

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Sonnabend, den 6. Februar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr

Beläuft für die sechsgehaltene Spaltenzeile über deren Raum 40 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungsanzeigen 35 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (selbstgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetrate für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Wochenblatt 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 29 Pfg. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in die Post-Zeitungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Abheftung täglich außer Montags.

Mit Scheidewasser getauft.

Als eine reiche Jüdin sich, um der Ehe mit einem Sprößling arischen Abels teilhaftig zu werden, der Taufe unterzog, aber als bald wieder sich von dem Gatten trennen mußte, kaluerte der Vorfrentwig, die Dame sei mit Scheidewasser getauft worden.

Der Vorgang hat jetzt auf dem Gebiet der Parteipolitik ein merkwürdiges Gegenstück gefunden. In überraschender Schnelligkeit, wohl durch den persönlichen Einfluß des inzwischen verstorbenen Abgeordneten Röske, hatte sich die kapitalistische Freisinnige Vereinigung dazu verstanden, sich mit sozialem Scheidewasser taufen zu lassen, um die Ehe mit dem Nationalsozialismus eingehen zu können. Ein paar Monate sind seitdem in die Land gegangen und schon geht die Ehe in die Brüche. Die freisinnige Vereinigung schüttelt das sociale Taufwasser von ihrer kapitalistischen Kastenreinheit ab und streift mit recht unanständiger Hast, das Raumann-Gesponst wieder los zu werden. Der Bund zwischen den Bankiers und den Nationalsozialisten war mit Scheidewasser getauft.

Wie gierig die freisinnige Vereinigung ist, sich des Nationalsozialismus zu entledigen, das wird dadurch bewiesen, daß man den ersten besten Verwandt in kindischer Weise benutzte, um das Band durchzuschneiden: Ein von sozialem Empfinden erfülltes Gedicht in der „Hilfe“ Raumanns, das folgende „Fabrikantenlied“:

Der Winterhimmel, kalt und grau,
Dingt uns jetzt voller Geigen,
Wir sind die Herren von Crimmitschau
Und wollen es euch zeigen.

Wer schwächlich oder bang geduckt
Am Ofen hat gefessen
Und mit der Herde nur gemuckt,
Kriegt wieder was zu fressen.

Doch wer beim Streife ohne Blatt
Vorn Munde hat geipochen,
Und wer ein heißes Rindglat hat,
Dem wird es jetzt gebrochen.

Der mach' nun alle Tage blau,
Bis er am Weg verendet!
Wir wollen hier in Crimmitschau
Nicht Männer, sondern Handel!

Das Gedicht hat nicht nur nicht eine ehrliche Tendenz, sondern zeigt auch künstlerische Vollkraft. Bisher pflegten unsre Liberalen doch auf dem Gebiet der Litteratur gewaltig tolerant zu sein. Man schwärmt doch auch in den Salons bei Kommerzianten für Heine, der schließlich sein anrüchliches Weberlied gedichtet, auch Hauptmanns jarte sociale Empfindsamkeit wird verehrt, und man läßt sich von Gorkis „Nachtag“ unendlich rühren. Hier aber wird plötzlich dem socialen Empfinden selbst in Versen der Krieg erklärt, man regt sich über ihre umstürzlerische Demagogie auf und daselbe „Berliner Tageblatt“, das mit geläufiger Feder und bewegtem Herzen die freie Kunst wider die höfische Diktatur verteidigt, verlangt von der künstlerischen Gestaltung des Crimmitschauer Weberkampfs, daß er nicht die Ruhe der Fabrikanten über. Die Kunst, deren Unabhängigkeit von höfischen Strömungen mannesbrüchig gefordert wird, darf sich nicht gegen das Unternehmertum auflehnen.

Dieser tolle Widerspruch erklärt sich eben aus dem Eifer des Freisinn, das sociale Element so rasch wie möglich über Bord zu werfen. Das Gedicht war nur ein Vorwand, eine Handhabe. Das „Berliner Tageblatt“ unternahm den ersten Vorstoß gegen die socialen Zeitgenossen, im preussischen Abgeordnetenhause verhängte der dortige Führer der freisinnigen Vereinigung, Herr Brömel, den großen Bann über die Leute, die solche Gedichte machen oder verbreiten. Der reine Kapitalismus sprengt eben die sociale Journierung.

Herr Raumann antwortet auf die Angriffe in der „Hilfe“:
Die Urteile über das Gedicht gehen weit auseinander, von lebhafter Zustimmung bis zu stärkstem Tadel. Falsch ist natürlich die Annahme, daß ich es gemacht habe, aber es ist ein alter, bewährter Freund, dessen Mitempfinden durch die Nachricht aus Crimmitschau auf das bitterste getroffen wurde. Auch ist es nicht verboten, für das Unrecht, das darin liegt, wenn die Führer des Arbeiterkampfes als Opfer fallen müssen, ein deutsches Rechtsgefühl zu haben, und noch hat der Dichter (und es ist ein Dichter) die Freiheit, etwas bewegtere Töne anzuschlagen, als es dem Verfasser eines socialpolitischen Artikels erlaubt sein dürfte.

Der Schreiber des „Berliner Tageblatts“ fügte dieser Erklärung eine Bemerkung im Stil der lex Feinze hinzu: „Auch für die poetische Lizenz giebt es Grenzen, die zu überfahrenen Geschmack und Gerechtigkeit gleichmäßig verbieten.“ Die Grenzen aber bestimmt — der Fabrikant und der Profit!

Herr Raumann scheint in seiner verteidigenden Entschuldigung gar nicht zu merken, daß es sich gar nicht um das Gedicht handelt. Man schilt den Dichter, will aber den Protektor hensen. Die junge Richtung pakt den kapitalistischen Hintermännern nicht. Das sociale Geheue ist gut, so lange man mit Worten die Arbeiter zu fördern hofft. Eine wirkliche sociale Gesinnung kann auch in der schwächsten Form der Kapitalismus nicht ertragen.

Zur Bewertung der liberalen Bourgeoisie und ihrer „socialen Wiedergeburt“ ist der Zwischenfall nicht unbedeutend. Man erkennt, was die Socialdemokratie freilich seit jeher weiß, daß der Liberalismus den socialen Gedanken nicht einmal in der dünnsten Lösung übertragen kann.

Großlosend betrachtet denn auch Herr Eugen Richter die Kapitalgerei über die — wie die „Freisinnige Zeitung“ schon schreibt — „häßliche Melmerei zur Einleitung der wildesten Klassenhege“. Er kennt seine Pappenheimer, er weiß, warum er nicht „social“ sein darf, wenn er es selbst wollte. Keinen Pfennig würde seine Partei mehr kriegen. Jetzt — so demütiert er — muß nur noch Herr

Barth abgeschlachtet werden, dann hat die ganze sociale Rederei des Freisinn sein Ende erreicht und Eugen Richter ist wieder der anerkannte große Führer des „durch die Spar-Agnes gemilderten Kapitalismus.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Februar.

Der Reichstag

widmete am Freitag einen weiteren Tag der Generaldebatte über Socialpolitik, die zugleich eine Generaldebatte über die Socialdemokratie geworden ist. Gleich der erste Redner, der Generalsekretär der Nationalliberalen, Herr Dr. Payig, verwendete anderthalb Stunden darauf, um in überschäumender Temperamentslosigkeit die Angriffe zu wiederholen, die Herr v. Heyl und andre Nationalliberale bereits gegen uns im Lauf dieser Etatberatung erhoben haben. Aus dem eignen Arsenal des Herrn Payig stammte nur ein Waischor voll unbewiesener Verdächtigungen der Crimmitschauer Weber. Die Arbeitswilligen seien fürchterlich drangaliert worden, fast so fürchterlich wie ein Meeraner Arbeitswilliger, der sich aus Verzweiflung schließlich habe aufhängen müssen. Offenlich würden die Fabrikanten aber auch in Zukunft zum Schutze der wackeren Arbeitswilligen auf dem Posten sein. Bei alledem kam aber selbst Herr Payig um einen leisen Tadel der sächsischen Regierung wegen ihrer unbegründeten Versammlungsverbote nicht herum.

Dem Nationalliberalen trat brat brüderlich ein Centrums-Abgeordneter an die Seite, Herr Erzberger, der sich allmählich zum Spezialisten in der Verunglimpfung der Socialdemokratie entwickelt. Er eröffnete einen wahren Citatenbazar und brachte die Befehle seiner durchwachten Nächte unerbittlich an den Mann. Grillenberger, Singer, Legien, Fräßdorf, Bollmar, Debel, Jacob Stern in Stuttgart, Lassalle, Schweiger, der „Vorwärts“-Kalender, Mehring, Dr. Braun, Stadthagen, Richard Fischer, Schippel, Wurm und David wurden von diesem Citatenwälder zu unfreiwilligen Mitarbeitern ernannt. Leider lieh er es an der notwendigen Ehrlichkeit fehlen, und so hatte er das Pech, daß ihm Genosse Wurm noch am Schluß der Sitzung eine kleine Citatensäckelung an der Hand einer von einem Jesuitenpater verfaßten Biographie des Bischofs Ketteler nachweisen konnte.

Zwischen diesen beiden Gegnern kam Genosse Lesche zum Wort, der mit vollem Rechte die Reden der Feinde der Arbeiterklasse als unser bestes Agitationsmittel bezeichnen durfte. Er war der einzige Redner der ruhig und sachlich ein socialpolitisches Thema erörterte. Gestützt auf seine reichen Erfahrungen als Arbeitersekretär, besprach er die sociale Versicherungsgefehrgebung, wies das Unzulängliche der Krankenversicherung eingehend nach und zeigte an verschiedenen Beispielen, wie unsicher die Rechtslage und die Rechtsprechung auf dem Gebiete der Unfallversicherung sind. Als nächste Aufgabe für den weiteren Ausbau der Versicherungsgefehrgebung stellte er die Vereinigung der drei Versicherungszweige hin; damit wird es aber wohl seine gute Wille haben.

Graf Posadowsky bestätigte in einer kürzeren Rede die Unfähigkeit der Regierung, in der Socialpolitik einigermaßen gründlich und einigermaßen flott vorzugehen: Die Medizin sei die Socialpolitik nur „in vorstichtigen Dosen“ zu verabreichen. So hält denn der Staatssekretär auch eine Erhebung über die Verhältnisse der Arbeiter in Verkehrsanstalten für dringend erforderlich; aber diese Arbeiter unterliegen nicht der Gewerbe-Ordnung, und so ist es ihm ungewiß, ob die Einzelstaaten die Zustimmung zu einer solchen Enquete geben. Höchst ungewiß sind auch die Aussichten auf ein Reichs-Vereinsgesetz, das eine Resolution der Nationalliberalen bei diesem Etat fordert.

Herr Dr. Müller-Reinigen sah bereits den Himmel voller Geigen hängen, weil selbst Herr Sticker eine leise Sehnsucht nach der reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage vertrat hatte. Aber Graf Posadowsky äußerte sich wiederum sehr skeptisch. Er kennt seine Pappenheimer, die Kollegen in den preussischen und sächsischen Ministerien, die ein Reichs-Vereinsgesetz nur nach dem Muster ihrer ausländischen Landesgefehrgebung zulassen würden.

Neben Preußen und Sachsen steht auch die „Republik Hamburg“; von den Schönheiten des Hamburger Vereinsgesetzes gab Herr Müller nochmals einige charakteristische Proben. Leider wurde die Hoffnung, von dem Verteidiger der Republik, dem Syndikus Dr. Schäfer, eine weitere Probe seiner köstlichen Veredelsamkeit zu erhalten, arg enttäuscht. Dieser Wöde scheint nach seinem ersten Auftreten durch einen Senatsbeschluss gefesselt worden zu sein. Er durfte keine weitere Rede zum Ruhme des Vorbildewesens seiner Vaterstadt halten, sondern mußte sich auf einige trodene Sätze beschränken. Auch umherlaufen durfte er nicht, still mußte er auf seinem Platz in der äußersten Ecke der kleinen Bundesratsseite stehen bleiben.

Nach einer Rede des Dänen Jessen über die preussischen Polizeigeispostenheiten in Nord-Schleswig wurde die Fortsetzung der Debatte auf Sonnabend vertagt.

Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause hat am Freitag die Generaldebatte des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung beendet. Die Agrarier schickten als letzten Redner einen ihrer Häuptlinge,

Herrn v. Oldenburg (L) vor, der noch einmal alle agrarischen Wünsche zusammenfaßte und besonders eifrig gegen das Koalitionsrecht der ländlichen Arbeiter wettete. Der Bundesführer verstieg sich sogar zu der kühnen Behauptung, die Landarbeiter hielten auf das Koalitionsrecht und würden gegen den, der in einer Versammlung dafür eintritt, handgreiflich werden. Wir laden Herrn v. Oldenburg freundlichst ein, einmal gemeinsam mit unsren Genossen eine Agitationstour aufs Land zu machen, er wird dann die Stimmung der Landarbeiter besser kennen lernen. Von Wichtigkeit ist die Ankündigung eines neuen Antrages der Konservativen auf Bestrafung des Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter. Die Herren verlangen die Bestrafung der Arbeitgeber, die willentlich kontraktbrüchige Arbeiter annehmen, der Vermittler solcher Arbeiter und aller derer, die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. In Wirklichkeit bedeutet der angeforderte Antrag, ebenso wie ähnliche in den letzten Sessionen verhandelte, ein neues Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter, die unter Androhung mit Gefängnisstrafen zu mittelalterlichen Hörigen gemacht werden sollen.

Großmütig ließ die Mehrheit, bevor sie die Debatte schloß, noch einen Redner der Linken, Herrn Goldschmidt (fr. Sp.) zu Worte kommen; allerdings wird man kaum wohl gehen in der Annahme, daß sie diesen Redner nur deshalb noch reden ließ, um sich eine heitere Stunde zu bereiten. Denn thatsächlich spielt Herr Goldschmidt, wenn er seine abgestandene Freisinnigkeit an den Mann bringt und in wobigefälliger Art gegen die Agrarier zu Felde zieht, eine etwas löbliche Rolle. Auf die agrarische Annahme gehört denn doch eine etwas kräftigere Antwort, als sie dieser unentwegte Harmonie-Apostel zu erteilen vermag.

Nachdem das Gehalt des Ministers bewilligt und der dazu vorliegende Antrag Herald (L. u. Wen. auf Änderung des Jagdpolizei-Gesetzes angenommen war, erledigte das Haus in rascher Reihenfolge noch eine ganze Reihe von Kapiteln des landwirtschaftlichen Etats.

Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt. Dem folgt die Beratung des Gesäts-Etats.

Som Hereros-Krieg

liegen heute folgende Nachrichten vor:
Das Gouvernement in Windhuk telegraphiert, daß nach Angabe eingeborener Diener der Hilfsarbeiter in der Kolonialabteilung, Legationsrat Höpner, der landwirtschaftliche Sachverständige beim Gouvernement: Watermeyer, am 14. Januar in Waterberg von den Hereros ermordet worden seien. Hinsichtlich des Korrespondenten der „Königlichen Zeitung“ Müllendorff und des ihn begleitenden forstwirtschaftlichen Sachverständigen Dr. Gerber, die hier eingetroffenen privaten Mitteilungen zufolge ebenfalls ermordet worden sein sollen, meldet das Gouvernement, daß eine Nachricht nicht vorliegt.

Der „Kolonialen Zeitschrift“ ist nachstehendes Telegramm am 4. abends 10 Uhr, von ihrem Windhuker Korrespondenten zugegangen:

Der Telegrammbote vom 19. Januar wurde von den Hereros abgefaßt. Windhuk ist ohne Angriff geblieben. Die Omuru-Compagnie ist vom Süden zurückgezogen. Wahn und Telegraph sind wieder hergestellt. Otjimbingwe und Gobabis sind noch belagert. Der Hereros-Kaufstand ging von Waterberg aus und begann überall am 12. Januar. Vom Norden liegen keine Nachrichten vor. Frau Pileth und Schwägerin Dierck sind am Leben. Die überlebenden Farmer haben nichts als das nackte Leben gerettet. Alles Vieh ist geraubt worden. Man befürchtet, daß die Hereros bei einem Angriff mit ihrem Raub nach Osten über die Grenze gehen werden.

Die Kriegsvorfälle in Ostasien

nehmen einen bedrohlichen Charakter an. Rußland (sowohl wie Japan treffen alle Vorbereitungen, um sofort loszuschlagen zu können. Nach Meldungen der Blätter aus Seoul sind etwa 6000 Mann russischer Truppen in Port Arthur nach Korea eingeschifft worden. Die Transportschiffe werden von russischen Kriegsschiffen geleitet. Man erwartet, daß die Truppen in Echemulpo landen und sich auf dem Landwege nach Seoul begeben werden. Die russische Flotte segelte am Mittwoch ab, und kehrte jedoch am Donnerstag nach Port Arthur zurück, ging aber nicht in den Hafen.

Nach einer andren Meldung soll Japan bereits 8000 Mann Truppen verladen nach Korea eingeschmuggelt haben.

Selbst die russischen Nachrichten bezeugen die große Aufregung in Ostasien. Die „Kowoje Wremja“ meldet aus Vladivostok vom 4.: Auf Anordnung des japanischen Konsuls wurden heute nacht über tausend japanische Mädchen auf einen Dampfer gebracht. Drei Dampfer mit japanischen Familien gehen nach Japan ab. Aus Nikolai im Ussuriengebiet zogen am 3. d. M. eine große Zahl japanischer Familien fort.

Der Russischen Telegraphen-Agentur wird aus Port Arthur gemeldet: Die Reutermeldung, daß die Landeschreibbahn keine Handelsfrachten annehme, ist unrichtig. Die Schiffe des Geschwaders im Stillen Ocean, welche sich in Reserve befanden, sind in Dienst gestellt worden. Die Regimenter der dritten ostibirischen Schützenbrigade begannen aus Port Arthur auszurücken, um zeitweilig längs der Linie der chinesischen Bahn Aufstellung zu nehmen. In Port Arthur befinden sich die Regimenter der siebenten Brigade. Hier sind Rekruten eingetroffen, für welche verkürzte Frist zur Einübung bestimmt ist. Kohlen und Proviant werden beschafft. Die erforderlichen Arbeiten werden energisch betrieben. Armeen und Flotte sind in vortrefflichem Zustande; für etwaige Eventualitäten ist alles bereit. Man erwartet jedoch mit Geduld die Ergebnisse der Verhandlungen. Die russische Bevölkerung ist ruhig; nur einzelne Personen reisen ab; viele japanische Händler verkaufen ihre Waren und verlassen den Ort; diejenigen, welche zurückbleiben, zeigen der Verwaltung Vertrauen. Die Meldungen

aus Madagaskar über eine in den Gebieten des fernen Ostens be- vorstehende Mobilisierung sind verfrüht.

Der „Matin“ publiziert eine Unterredung seines Londoner Korrespondenten mit dem japanischen Gesandten Vicomte Hayashi.

Der Korrespondent fragt: Hält die japanische Regierung daran fest, daß Rußland einen Vertrag unterzeichne, in dem es die Unabhän- gigkeit Chinas in der Mandchurie anerkennt?

Hayashi: Das ist absolut richtig!

Korrespondent: Und wenn Rußland sich weigert?

Hayashi: Wenn Rußland sich weigert, werden wir uns schlagen.

Korrespondent: Die japanische Regierung ist in diesem Punkte unbegänglich?

Hayashi: Unbegänglich.

Korrespondent: Und wenn Rußland in einer Note an die Regierungen Japans und der anderen Nationen förmlich er- klärt, die chinesische Unabhängigkeit in der Mandchurie an- zuerkennen?

Hayashi: Wir würden uns mit Versprechungen nicht be- gnügen, zuviel Versprechungen sind nicht gehalten worden, wir be- stehen auf einem von Rußland unterzeichneten Vertrag.

Hayashi erklärte ferner, man spreche immer von den Kon- zessionen, die Rußland schon gemacht habe. Vom japanischen Gesichtspunkt aus habe Rußland keine Konzessionen gemacht. Alles, was es verspreche, habe es schon oft versprochen. Europa scheine über die Situation in Ostasien nicht im klaren zu sein. Es wisse nicht, welche Gefahr die bedingungslose russische Okkupation der Mandchurie für Japan bedeute.

Der Korrespondent fragt, wie Japan eine eventuelle Intervention Englands aufnehmen würde?

Hayashi antwortet, daß Japan sie durchaus ablehnen möchte. Wir wünschen, sagt er, daß man uns in unfrem Duell mit Rußland allein läßt. Wir verlangen keinen Beistand, keine Hilfe; wir wünschen, unsere Rechnung mit Rußland allein zu regeln.

Korrespondent: Falls also Rußland ablehnt, jenen Ver- trag zu unterzeichnen, ist das der Krieg?

Hayashi: Das wäre der Krieg!

Korrespondent: Das ist die Absicht Ihrer Regierung?

Hayashi: Ich glaube.

Korrespondent: Sie gestatten mir, das zu sagen?

Hayashi: Gewiß. —

Deutsches Reich.

Ueber den Stand der deutsch-russischen Handelsvertrags-Ver- handlungen wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg gemeldet, daß nach einer Mitteilung der russischen Handelsattaché-Agentur die Fortsetzung der deutsch-russischen Handelsvertrags-Verhandlungen in Petersburg im Februar nicht stattfinden werde. Die Ver- handlungen seien vielmehr für unbestimmte Zeit wegen der Ver- wicklungen im fernen Osten aufgeschoben. Dagegen behauptet die „Kowoje Wremja“ in einer inspirierten Notiz, daß die Lage im fernen Osten nicht die geringsten Beziehungen zu den Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages hat. Ob die Verhandlungen im Februar aufgenommen werden oder nicht, erklärt das Blatt nicht zu wissen. Doch wisse sie zuverlässig, daß das ausschließlich von der deutschen Regierung abhängt. Wenn es nicht zu Verhandlungen kommt, so geschehe das nur, weil die deutsche Regierung aus nur ihre bekannten Gründe solches nicht wünscht, aus Gründen jedoch, die nichts mit der Lage im fernen Osten zu thun haben.

Die Meldung bestätigt nur, was sich schon aus der Meldung ergab, die deutsche Regierung habe die österreichische zum Beginn mit den Handelsvertragsverhandlungen aufgefordert. Bisher war es noch wiederholter Ankündigung offizieller Blätter die Absicht der deutschen Regierung, zunächst mit Rußland zur Verständigung zu gelangen und erst dann auf Grund der deutsch-russischen Vereinbarungen mit Oesterreich-Ungarn in Unterhandlungen einzutreten. Wenn sie nun plötzlich mit dieser Absicht bricht und zunächst mit Oesterreich zu unter- handeln sucht, so bedeutet dies nichts anderes, als daß sie mit Ruß- land auf einen toten Punkt angekommen ist und nun in ihrer Ver- legenheit unternimmt, auf umgekehrtem Wege zum Ziel zu ge- langen. —

Sachsen-Klemme.

Die sächsische Politik weiß nicht ein und nicht aus, sie sitzt fest zwischen dem Groll des tausendfältig beleidigten Volkes und dem Hochgebot der konservativen Gruppe, die im Landtag die Allein- herrschaft führt.

Unter dem Wahlschrei vom 16. Juni 1903 brach in der kon- servativen Presse der Ruf nach Wahlrechtsreform hervor; die „Dresdner Nachrichten“ gingen voran und bald erklärte die Regierung ihre Bereitschaft, eine Reform einzuleiten.

Die sächsische Socialdemokratie, zu der die große Mehrheit des sächsischen Volkes sich bekannt hatte, wußte sofort, daß die Verzweiflung der Regierung noch nicht im mindesten die Gewißheit einer auch nur mäßigen Aenderung des schmachvollen Wahlrechts verbürge. Sie kennt die Brutalität und den Starrsinn der konservativen Führer, die je jörniger die Blut des Unwissens im Volke aufschäumt, in um so bornierterer Reaktion ihre Rettung suchen.

Thatsächlich stellte sich bald heraus, daß die konservativen Politiker und die eigentliche Parteipresse der Konservativen im Votum des 16. Juni keinen Anlaß zur Umkehr sahen. Schon bald nach dem ersten Reformruf der „Dresdner Nachrichten“ wandte sich der Vice- präsident der Zweiten Kammer, der Abgeordnete Pöhl in Treuen, einer der engagiertesten Fanatiker der Socialistenverfolgung, gegen die Reform. Das „Vaterland“, das offizielle Blatt der konservativen Partei in Sachsen, folgte seiner Anschauung.

Auch die Regierung mußte sich daher bald von ihren ersten Absichten zurückziehen. Auch sie dachte von vornherein nicht an die völlige Beseitigung des Unrechts von 1808, aber sie gedachte den Wahlschrei auszunutzen, um wenigstens die seit Jahren schwer auch auf ihre lastende konservative Herrschaft zu mildern. Die sächsische Regierung hatte sich durch die Wahlentziehung von 1808 selbst in die jämmerlichste Abhängigkeit von einer konservativen Zweidrittel- majorität gebracht, die für das industrielle und kommerzielle Land- städt unerbittlicher wurde und die es liebte, ihre eigenen Ver- schlingungen, wenn sie allzu offenbar wurden, auf das Schuldkonto der Regierung zu legen. Durch den Sturz des Finanzministers v. Wapdorf, des nahen Verwandten des leitenden Ministers v. Meylich, trat die unwürdige Gefangenschaft der Regierung im konservativen Joch auf das peinlichste zu Tage. Die Regierung wünschte daher eine Wahlrechtsänderung, durch welche das kon- servative Uebergewicht einigermaßen gemildert und die Nationalliberalen, die sich gleichfalls zur Teilnahme am Unrecht von 1808 zur poli- tischen Ohnmacht herabgewürdigt hatten, zu größerer parlamentarischer Macht gelangen könnten. Um dies Ziel zu erreichen und vielleicht auch, um die entrechtete dritte Wählerklasse einigermaßen zu be- schädigen, hante die Regierung das Rumpelstück der Wahlrechts- vorläge aus, das sie in ihrer von uns gemüht kritisierten Denkschrift dem Landtag vorgelegt hat. Sie wagte es schon nicht, eine Gesetzesvorlage zu machen, weil sie die Ablehnung in den Kammern befürchten mußte.

Die Debatte, die in der Zweiten Kammer am Mittwoch statt- fand, hat nun bestätigt, daß die Situation der sächsischen Re-

gierung gänzlich aussichtslos ist. Diese Debatte hat das Bild des schamlosesten Klassenegoismus. Es war nicht die Frage, wie Gerechtigkeit geschaffen werden könne, wie die entrechteten Massen zu ihrem Menschenrecht gelangen sollen; im Gegenteil: die durch- gehende Meinung der Konservativen und nicht minder der National- liberalen war, daß das Unrecht gegen das Volk bleiben müsse, daß der Socialdemokratie nicht im geringsten Raum gegeben werden dürfe. Und man haberte nur unter- einander über den Anteil am Unrecht, das jeder der beiden streitenden Parteien zukommen solle. Der Nationalliberalen genügt das nicht, was die Regierung bietet. Die Konservativen erklären behnflächlich, daß sie nicht daran denken, ihre Zweidrittel-Majorität zu gefährden. In einer eintägigen Debatte, die das Ungeheuerliche an blöden und frechen Verschlingungen der Socialdemokratie und damit der Mehrheit des sächsischen Volkes leistete, haben die sächsischen „Patrioten“ die Wahlreform und zugleich die Wünsche der Regierung begraben. Es ist nicht daran zu denken, daß in der jetzigen Session irgend etwas aus der Sache herauskommt, und erst in der nächsten Session, in zwei Jahren, wird der sächsische Landtag höchstens einige geringfügigkeiten am Wahlschrei fügen, so daß bei Restwahl die Zusammenfügung der Zweiten Kammer fast völlig dieselbe bleiben muß wie jetzt.

Eine winzige Minderheit widerlegt sich hochmütig der gewaltigen Bewegung und Erregung im Volke! Der 16. Juni hat diese gewalt- thätige Reaktion nicht zur Einlösung und Umkehr ertragen. Diese Reaktion erwartet noch immer, daß die Massen des Volkes schließlich ermüden und den Kampf um ihr Recht preisgeben. Dies aber ist der große Irrtum der Reaktion.

Das sächsische Volk hat zwar keine Gewaltmittel, um die kon- servativ-nationalliberale Gewaltthätigkeit zu verjagen. Aber die Empörung im Volke, die den 16. Juni 1903 herbeigeführt hat, wird höher und höher schwellen, die sächsische Reaktion wird vollends dem Gerichtspruch des Volkes verfallen.

Und die sächsische Regierung? Und — der König?

Es ist bekannt, daß der König von Sachsen, der selbst als Prinz in der ersten Ständekammer an der Einführung des Drei- klassen-Wahlrechts mitgewirkt hat, schwer unter dem Druck der jetzigen Zustände leidet! Er hat den konservativen Partei- führern bedeutet, daß er eine Wahlreform für nötig halte, durch die einige Verühigung in das zu des Königs Entsetzen rot geordnete Land getragen werden könne! Doch es scheint, daß die glühenden Monarchisten um Wölkert, daß die eifrigsten Königsstreuen um Pöhl doch nicht genug Monarchismus und nicht genug Königsstreu empfinden, um ihre brutalen Partei- und Klassen- interessen auch nur wenig den Wünschen des Königs anzupassen.

Wenn aber die konservativen Matadore ihres Königs Wünschen die Erfüllung hindern mögen, so werden sie doch in all ihrem hart- näckigen Dünkel sich als machtlos erweisen gegen die geschichtliche Entwicklung, gegen die elementare Bewegung des Volkes, das sein Wahlrechtschwert erst am Siegestag aus der Hand legt.

Ein verunglücktes Wahlrechtsattentat.

Aus Bremen wird uns geschrieben: In den letzten zwei Wochen hat sich hier in Bremen ein Kampf abgepielt, der nicht ohne allgemeine Bedeutung ist. Die beiden einzigen Parteien in Bremen, die Liberalen und die Socialdemo- kraten, rangen in erbitterter Weise miteinander um das Wahlrecht zur bremischen Bürgererschaft. Es ist den Socialdemokraten gelungen, das geplante Attentat auf das bremische Wahlrecht in der wichtigs- ten Punkten abzuschießen.

Bremen hat trotz seines vielberühmten „Liberalismus“ keines- wegs ein liberales Wahlrecht zur Bürgererschaft, dem bremischen Land- tag, zugleich Stadtparlament. Das aus der Reaktion der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts stammende Wahlrecht teilt die Wählerschaft in acht (!) Klassen ein. Die Klasse der Kaufmannschaft kommt dabei am besten weg, bedroht sind ferner noch die Klasse der gelehrten Berufsstände, des Gewerbes und der Land- wirtschaft. Während bei diesen Klassen schon ein Vertreter auf etwa zwanzig Wähler kommt, können bei den aus den allgemeinen Massen der übrigen Klassen hervorgegangenen Vertretern erst etwa 300 Wähler einen Vertreter wählen. Auf die bevorrechteten Klassen kommen 52 Vertreter in der Bürgererschaft, durch allgemeine Wahlen werden nur insgesamt 68 Vertreter gewählt.

Dazu kommen noch einige weitere Schwierigkeiten für die Wähler, besonders für die Erwerbung des Bürgerrechts, wofür eine Registrierungsgebühr von 16,50 M. erhoben wird. Da eine Summe von 16,50 M. für Arbeiter kaum erschwinglich ist, so stellte die socialdemokratische Fraktion der bremischen Bürgererschaft im Oktober 1900 den Antrag, diese Gebühr aufzuheben. In der folgenden Zeit zeigte sich bereits, daß in den „Ordnungs“- kreisen die Meinung besteht, eine Verschlechterung des Wahlrechts durchzuführen. Eine von der Bürgererschaft eingesetzte Kommission trat vor 14 Tagen plötzlich mit Vorschlägen hervor, die in ihrer Wirkung auf den unerbittlichsten und schamlosesten Wahl- rechtsraub hinausliefen. Die Kommission ließ die Gebühr von 16,50 M. bestehen. Verschieden wurde dieser Vorschlag noch dadurch, daß sie von Ausländern eine Naturalisationsgebühr von 50 M. verlangte, die nur zur Hälfte zurückgezahlt werden soll, falls die Naturalisation abgelehnt wird. Ferner wollte die Kommission den Zwang zur Ableistung des Bürgerrechts aufheben, aber nur für die Steuerpflichtigen mit einem Einkommen unter 1500 M. Die wohlhabenden und „gesinnungstüchtigen“ Kreise sollen also nach wie vor zum Bürgerwerden gezwungen und damit der liberalen Partei zwangsweise einige Stimmen zugeführt werden. Am unerhörtesten war aber die „Anregung“ der Kommission, die Einführung der Censurwahlen für die bisher aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Klassen der bremischen Bürgererschaft ein- zuführen. Nach dem Vorschlag der Kommission sollte nur derjenige wahlberechtigt sein, der fünf Jahre lang mindestens 1200 M. Jahreseinkommen versteuert hat. Damit wären über zwei Drittel der bremischen Bevölkerung politisch entrecht worden.

Die bremische Socialdemokratie erkannte natürlich sofort die ihr drohende Gefahr und sie füllte auch sofort heraus, daß es der liberalen Mehrheit um eine Ueberrumpelung der Bevölkerung zu thun war. Das einzige Mittel der Gegenwehr war deshalb die so- fortige Organisierung eines Volksprotestes. Mit Energie und Umsicht wurde die Protestbewegung inszeniert und durchgeführt. Zuerst sorgte das Partei-Organ, die „Bremser Bürger-Zeitung“ für die notwendige Ausbreitung der parteigenösslichen Kreise. Sodann wurden zwei Flugblätter in einer Auflage von je 50 000 Exemplaren im bremischen Staatsgebiet zur Verteilung gebracht. Und in den letzten Tagen vor der entscheidenden Bürgerchaftssitzung fanden noch ins- gesamt dreizehn Protestversammlungen statt, davon acht im bremischen Landtag, je eine in Bremerhaven und Vegesack und drei in der Stadt Bremen. Diese letzteren drei Versammlungen, die an einem Abend stattfanden, vereinigten in drei der größten Säle Bremens etwa 6000 Personen zum Protest.

Durch diese gewaltige Protestbewegung wurden auch die Liberalen aus ihrem Hinterhalt hervorgeholt. Da auch bürgerliche Kreise die besonders den keinen Handwerker, Geschäftsleute und Beamten drohende Gefahr der Censurwahlen herausfühlten, so konnten die Liberalen nicht anders, als sich, kündenlos und matt zwar, dem socialdemokratischen Proteste anschließen.

Damit war das Schicksal der Kommissionsvorschläge besiegelt. In der am letzten Mittwoch stattgefundenen Bürgerchaftssitzung wurden nach dreistündiger Debatte die Vorschläge der Kommission abgelehnt bis auf die Erhöhung der Naturalisationsgebühr, die nebst den Vorschlägen der Deputation auf Aufhebung des Zwanges und Verklärung der Frist angenommen wurden. Für den Vor- schlag, Censurwahlen in Bremen einzuführen,

erhob sich nicht ein Mann. Selbst den Antrag dieses schimpflichen Antrages war das Herz in die Hosen gefallen. Der Referent hatte plötzlich über Land“ müssen und war gar nicht er- schienen, sein Vertreter aber machte einen so kläglichen Eindruck, daß er dem Zuschauer keine Freude thun konnte. Er erklärte, daß er und seine Freunde sich der Stimme enthalten würden. So kam es, daß der arbeitereindliche Censurvorschlag, ähnlich wie seiner Zeit ein bekanntes arbeitereindliches Reichsgesetz, „verscharrt“ wurde.

Der Wachsamkeit der Socialdemokratie verdankt es die bremische Arbeiterchaft, daß sie vor diesem Ausnahmegerichte bewahrt geblieben ist, und der Aufrüttelung durch die Socialdemokratie verdankt es der bremische Liberalismus, daß ihm die Schande einer unauslöschlichen politischen Diskreditierung erspart geblieben ist. —

Der Fürstbischof Kopp klagt gegen den radikalpolitischen „Vornachschal“. Er fühlt sich durch zwei Artikel beleidigt; mehr als dreißig katholische Geistliche klagen außerdem für ihre Person.

In einem Artikel war behauptet worden, daß katholische Geist- liche nur dann in Obersachsen angestellt würden, nachdem ihre antipolitische Gesinnung vor Polizei oder Regierungsbürokraten er- härtet sei. Ein anderer Artikel enthielt allgemeine Angriffe gegen die politische Thätigkeit des ober-sächsischen Klerus.

Die Prozesse werden in Weuthen verhandelt. Man sieht: die ärztlich-katholische Geistlichkeit begnügt sich nicht mehr mit Ver- schweigen vor der himmlischen Justiz. Zum Weuthener Bericht haben sie anscheinend ein noch höheres Zutrauen. —

Das Heilige Köln.

Es wird uns geschrieben:

Alljährlich findet an dem katholischen Feiertag Maria-Lichtmess in dem städtischen Festhaus Gürzenich, einem vornehmen alten gothischen Bauwerk, der Lichtmess-Ball statt. Wie jedesmal, so füllten auch diesmal tausende Masken die weiten Räume. Ein großer Teil der weiblichen Teilnehmer gehörte der Halbwelt, die männlichen meist dem zahlungsfähigen Bürgertum an, die herbei- geströmt waren, um im Sekt- und Sinnenrausch zu schwelgen. Was sich da abgespielt hat, läßt sich nicht beschreiben. Das ganze bot ein Bild entsetzlicher sittlicher Verkommenheit. Allenfalls sah man Szenen der abstoßendsten Art: Einige Momentphotographien: In dem Saale trieben sich eine Anzahl Weißbiller umher, deren Ober- körper bis zu den Hüften völlig nackt waren. Mit ihnen ergötzen sich die Lustlinge, die die Weiber mit Sekt, das Gläschen eine Marl, trollierten. In den Nebenzimmern sah man mehrfach halb- nackte Frauenzimmer in den unbeschreiblichsten Lagen und Stellungen, die in der elchhaftesten Art mit ihren Gönnern kosteten. Auf einer an den Seitenwänden sich hinziehenden Bank tanzte, von einer Zuschauermenge umringt, ein üppiges Weib, indem es nach dem Takte der Musik jedesmal auf seine nackten Brüste passierte. Aus der Menge wurde der Tänzerin immer wieder Sekt gereicht. Dadurch und durch den Beifallsjubel immer toller gemacht, tanzte sie schließlich mit hochgehobenen Kleidern. Endlich sprang sie hinunter, einem zu ihren Füßen stehenden glas- löpfigen Galan ihre Kleider über den Kopf stülpend.

Der Jubel der Zuschauer kannte keine Grenzen. An einer anderen Stelle „vergnügte“ sich eine Gruppe von Männern damit, die in ihre Nähe geratenden Angehörigen des anderen Geschlechts zu ergreifen, hochzuhalten, dann auf den Kopf zu stellen und die elch- haftesten Schamlosigkeit zu begehnen.

Die wenigen anständigen Leute auf dem „Ball“ waren gegen das Treiben machtlos. Das alles und noch vieles andre spielte sich vor ein Uhr nachts ab, wo der Beobachter den Gürzenich verließ, unfähig, länger noch den Anblick zu ertragen. Das Treiben dauerte bis zum Morgen.

Solche Saturnalien finden in einem Saale statt, der sich im Besitz der Stadt Köln befindet. In socialdemokratischen Versamm- lungen aber verteidigt die städtische Verwaltung den Saal!

Das Heilige Köln! —

Ein Wahlbild aus Obersachsen.

Gegen die Gemeindevertreterwahl in Koyberg vom März 1902 hatte die Stadt Weuthen als Jorene durch ihren Magistrat die An- setzung erhoben. Allgemeines Interesse hat das Verfahren, soweit es sich um die Ansetzung der Wahl des Herrn Witschorrel in der dritten Abteilung handelt. W. war der Kandidat der Gewalt- haber in der Heintzgrube. Der Weuthener Magistrat machte gegen seine Wahl folgendes geltend: Sie sei nur durch un- erhörte Wahlbeeinflussungen durchgeführt worden. Als gegen Mittag — die Wahlzeit war für die Stunden von 9 Uhr früh bis 1 Uhr mittags festgesetzt, das Stimmverhältnis sich für W. ungünstig gestaltete, sei den noch in der Heintzgrube thätigen Vergleuten befohlen worden, auszufahren und so schamlos, wie sie seien, zur Wahl zu gehen und Witschorrel zu wählen. Ein Grubenbeamter habe ihnen beim Abmarsch zugerufen: „Witschorrel wählen!“ Im Wahlvorstand habe dann der Obersteiger Weigt ge- sessen und auch von einer anderen Seite hätten die Leute von einem Grubenbeamten beobachtet werden können. So sei ihnen nichts anderes möglich gewesen, als der Weisung zu folgen und Witschorrel zu wählen, der dann auch trotz der vorherigen ungünstigen Stimmen- zahl mit 182 gegen 161 Stimmen gewählt worden sei. Auch am Wahltag sei man der Meinung gewesen, daß diese Arbeiter in der Mittagszeit nicht freiwillig wählen, denn beim Antritt der beschmutzten Ver- gente habe der Wahlvorsteher geäußert: Jetzt kommt das Stimmvieh!

Der Kreisaustrich erklärte jedoch die Wahl für gültig und der Verleumdungsvorwurf die Verurteilung der Stadt Weuthen mit fol- gender Begründung: Die Gemeinderhebung habe eine unzulässige Wahl- beeinflussung nicht ergeben. Nach seiner eidlichen Aussage habe der Grubendirektor Koyberg nur gelegentlich dem einen oder anderen Arbeiter die Wahl Witschorrels empfohlen und Beamten gegenüber erklärt, wünschenswert sei die Wiederwahl Witschorrels und auch er wünscht (!), sie den Arbeitern zu empfehlen. (!) Thatsächlich sei auch auf der Grube die Wahl Witschorrels empfohlen worden: „Morgen ist Wahl in Koyberg, unser Kandidat ist der Stellen- besitzer Witschorrel.“ Eine Benachteiligung oder Bestrafung wegen der Stimmabgabe für einen anderen sei nicht angedroht worden und auch nicht erfolgt. Der Jurist der Grubenbeamten: Witschorrel wählen! sei nicht als ein direkter Befehl anzusehen, sondern nur als eine Empfehlung der Wahl W. Neue Empfehlungen recht- fertigen nicht die Annahme eines positiven Trudens, und es sei auch nicht anzunehmen, daß man es hier in dem Wahlresultat mit einem solchen zu thun hätte, das nicht an- gesehen werden könnte als das Ergebnis der Willenserklärung der Stimmenden.

Der Magistrat legte Revision ein und rügte vor allem es als einen wesentlichen Mangel des Verfahrens, daß nicht gemäß seinem Verweisungsbescheid die Arbeiter darüber vernommen worden seien, ob sie freiwillig für Witschorrel gestimmt hätten.

Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts wies die Revision zurück und führte begründend aus: In der Vorentscheidung sei ein Rechtsirrtum nicht zu erkennen und auch ein wesentlicher Mangel des Verfahrens liege nicht vor. Auf den Verweisungsbescheid der Stadt Weuthen hätte der Vorderrichter schon deshalb nicht eingehen brauchen, weil die einzelnen zu vernehmenden Arbeiter nicht persönlich genannt worden seien und das Gericht nicht die Aufgabe habe, selber die zu vernehmenden Personen zu ermitteln. Weiter habe der Antrag nicht berücksichtigt werden brauchen, weil der Gegenstand (die Aussage darüber, ob die Arbeiter freiwillig W. gewählt hätten) nicht Thatsachen betreffe, sondern von den Zeugen durch den Antrag ein Urteil über ihr Thun erfordert werde. —

Abrechnung der Unteroffiziersvermehrung.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde am Freitag über die Forderung der Regierung verhandelt, 800 Unteroffiziere mehr einzustellen; vielfach sind bisher Unteroffiziere zu Schreibdiensten und ähnlichen Beschäftigungen abkommandiert worden, wodurch sich im Frontdienst mannmäßige Uebelstände ergeben haben sollen. Abg. v. Cleren (L.) beantragte die Bewilligung, Abg. Sped (C.) wies darauf hin, daß durch diese Vermehrung der Unteroffiziere und durch den Ersatz der sogenannten Oekonomienhändler durch Zivilhandwerker eine Präzisionshebung um rund 1250 Mann geschaffen werde; die daraus resultierende Neubelastung um 700 000 Mark müsse bedenklich stimmen. Die Forderung sei damit begründet worden, man wolle den Soldatenmishandlungen besser als bisher vorbeugen; diese Begründung könne ihm aber nicht genügend erscheinen und man warte mit der ganzen Angelegenheit am besten so lange, bis die neue Militärvorlage komme. Der bayerische General v. Endres meinte zwar, Mißhandlungen würden sich niemals gänzlich vermeiden lassen, hoffte aber, daß die Vermehrung der Unteroffiziere die Mißhandlungen auf ein Minimum werde herabsinken lassen. Abg. Koezen fragte an, warum denn eine so große Zahl von Unteroffizieren zu allerhand Dienstleistungen abkommandiert würden, wenn die Belastung der Frontunteroffiziere gar so groß sei, wie sie von den Befürwortern der Vorlage geschildert wurde. Kriegsdirektor v. Einem meinte, er habe auf eine allseitige Zustimmung zu dieser Forderung gehofft. Schon im vorigen Jahre sei sie aufgestellt, aber aus Mangel an Geldmitteln zurückgezogen worden. Dieses Jahr habe er sich darauf beharrt und dem Kanzler die Frage als eine wichtige politische Frage bezeichnet. Die Kriegsverwaltung habe schon früher den Fehler gemacht, nicht rechtzeitig auf eine Vermehrung und Besserstellung der Unteroffiziere hinzuwirken. Die Arbeitslast sei beständig gewachsen, an manchen Orten sei es schwer, genügend Ersatz für abgehende Unteroffiziere zu schaffen. Man müsse den Hauptleuten die Möglichkeit einer besseren Auswahl von Unteroffizieren schaffen; deshalb bitte er, die Forderung in ihrem Anfang anzu nehmen. Abg. Dr. Sudekum warnt vor Ueberreibungen bei der Schilderung der Unteroffiziersarbeit; den Soldatenmishandlungen grade man mit einer Vermehrung des Personals den Boden nicht ab. Viel Schuld liege daran die unwürdige Behandlung, die häufig namentlich jüngere Offiziere den langgedienten Unteroffizieren zu teil werden ließen. Da müsse Besserung erstrebt werden. Bei einer Vermehrung der Unteroffiziere solle man auch bedenken, daß man damit die Zahl der Militärärzte wieder vermehre, was aus verschiedenen Gründen bedenklich sei. Der Kriegsminister und Abg. v. Staudy besäufte diese Darlegungen. Abg. Müller-Flüda (C.) wies auf die vielfache außerdienstliche Beschäftigung von Soldaten hin, worauf der Kriegsminister erklärte, daß die neueste Verordnung des Kaisers die Mißstände auf diesem Gebiete einschränken wolle. Abg. Gröber (C.) legte dar, daß die Zahl der Unteroffiziere in den letzten Jahren absolut und relativ sehr stark erhöht worden sei. Die Vermehrung des Kriegsministers, daß es sich hier um den Anfang einer Forderung handle, müsse stutzig machen; die Frage könne erst mit der kommenden Militärvorlage zusammen behandelt werden; parlamentarische Gründe ständen zur Zeit einer Bewilligung entgegen. Der Kriegsminister bemerkte darauf, daß es ihm darauf ankomme, später die aufsichtsführenden Organe bei den Truppen durch Vermehrung der Vorposten-Unteroffiziere zahlreicher zu machen. Nachdem Abg. v. Kardorff (freil.) der Vorlage zugestimmt hatte, bemerkte Abg. Spahn (C.), daß die ablehnenden Abgeordneten, denen Abg. v. Nitzsch den Verantwortung für das Weiterbestehen von Soldatenmishandlungen aufbürden wollte, diese Verantwortung um so leichter tragen könnten, als ja die Regierung selbst diese Forderung schon einmal zurückgestellt habe.

Die Vorlage der Regierung wurde darauf mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im Landesausschuß von Elß-Lothringen.

Aus Straßburg wird uns unterm 4. d. M. geschrieben: Heute hatte der Landesausschuß einen großen Tag, jedenfalls den bedeutendsten der diesjährigen Etatsdebatten. Den Reigen der Redner eröffnete Genosse Emmel, dem Herr v. Köller gleich und der Justizminister Petri in später Abendstunden erwiderten. Außer ihnen kamen noch u. a. besonders der Merikale-Ex-Reichstags-Abgeordnete Karl Gauß und sein gehäßer Gegner, der durch seine Reichstagsrede bekannt gewordene Demokrat Blumenthal zum Wort. Und dementsprechend drehte sich die Debatte um allgemeine politische Fragen.

Emmel sparte nicht an Kritik und nicht an Energie der Kritik. Er wies nach, daß der Etat nichts für die Arbeiterinteressen vorsieht. Insbesondere zeigte er auch an charakteristischen Beispielen, wie die Verwaltungspraxis im Lande gegen die Arbeiterschaft gelbt wird, bewies aufs schärfste, daß die Regierung über ihre Befugnisse hinaus, als sie den Versuch des Willkürer Gemeinderats über die Streichung der Margehälter gewaltam umwarf, und polemisierte fest und geistreich gegen die Prinzipien der Gesetzesanwendung, die Herr v. Köller im Dezember im Reichstage proklamiert hat. „Das ist keine Gerechtigkeit“, rief er aus, „das ist Willkür!“

Herrn v. Köllers Erwiderung war recht schwach. Der schroffe Junker ist doch nie so zornig gewesen wie heute. Nach einigen Bemerkungen, die mehr oder weniger eine Zurückziehung seiner in Berlin gedruckten Ansichten über tatsächliche Verhältnisse im Reichslande bedeuteten, verwarf er sich gegen den Ausbruch Willkür: er verbeißte sich nicht gegen die Gesetze, sondern nur die Latitüde, die das Gesetz ihm lasse, werde er zu Ungunsten der Sozialdemokratie an. Und das ist keine Willkür — nach Herrn v. Köllers Ansicht!

Herr Gauß hielt eine recht milde Merikale Rede, die in den Schluß auslang, alle bürgerlichen Elemente sollten sich gegen die Sozialdemokratie vereinigen.

Aber von dieser Vermuthung wollte Herr Blumenthal nichts wissen. Ihm kommt das „schwarze Meer“ gefährlicher vor, und die Sozialdemokratie soll behandelt werden wie die andern Parteien. Dagegen zog er sarkastisch gegen die Merikalen und die von ihnen beliebte konfessionelle Vergebung der Bevölkerung vom Leder. Den Merikalen bereitete seine geschickte Rede sichtlich große Verlegenheit.

Herr Blumenthal ist noch der Typus des alten, wahren Demokraten. Er läßt sich von seinen echt liberalen Ueberzeugungen leiten, indem er vielleicht den wachsenden Massengegenständen allzuwenig Beachtung schenkt.

Die Etatsdebatten nimmt ihren Fortgang.

Druckfehler-Berichtigung. In der gestrigen politischen Notiz „Väterchen Gany“ muß es in der neunten Zeile heißen: „in den Thatstücken (nicht Thatstücken) der französischen Revolution“.

Husland.

Schweiz.

Ein neues Programm der herrschenden Radikalen.

Zürich, 2. Februar. (Eig. Ber.) Die Radikalen, oder wie sie sich offiziell nennen: die freisinnig-demokratische Partei, hielten am Sonntag und Montag in Bern einen von 298 Delegierten aus 20 Kantonen besuchten Parteitag ab, der zunächst ein Referat des Bundesrats Forrer über die Kranken- und Unfallversicherung anhörte, aber keinen Beschluß faßte. Nach den Ausführungen des Referenten soll die Regelung der Krankenversicherung wieder in Angriff genommen werden und zwar in dem Sinne, daß das Schwergewicht des Krankentragens in die Kantone verlegt wird und der Bund sich auf die Aufstellung bestimmter Grundzüge und die finanzielle Unterstützung beschränkt: Dem neuen Programm sind einige ganz hübsche allgemeine demokratische Grundzüge vorausgeschickt.

Das Arbeitsprogramm, dessen Verwirklichung in der nächsten Zukunft angestrebt werden soll, lautet:

1. Durchführung der Civil- und Strafrechtseinheit mit Einfluß der Gesetzgebung über den Versicherungsvertrag.
2. Eigenthümliche Unfallversicherung; Obligatorium der Krankenversicherung mit Bundeshilfe; Alters- und Invalidenversicherung.
3. Reform des Militärwesens, hauptsächlich im Sinne der Konzentration des Unterrechts auf die jüngeren Jahrgänge und der Fürsorge für die Angehörigen der Wehrmänner.
4. Ausbau der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung; Revision des Fabrikgesetzes.
5. Armen- und Jugendgesetzgebung; zunächst die internationale und interkantonalen Armenwesen.
6. Maßnahmen zur Verhütung und Wälderung der Arbeitslosigkeit.
7. Schweizerisches Gewerbegesetz.
8. Bundeshaushalt.
9. Durchführung von Art. 47 B. V. betreffend die politischen und bürgerlichen Rechte der Schweizer Bürger. Aufstellung von bundesverfassungsmäßigen Garantien betreffend die Volkswahl in den Kantonen.
10. Ausbau von Art. 27 B. V. betreffend die Volksschule; Förderung der landwirtschaftlichen, gewerblichen, industriellen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Berufsbildung der schweizerischen Jugend.
11. Neuordnung des Subventionswesens.
12. Verwaltungsreform.
13. Revision der Gesetzgebung betreffend die Viehseuchen.
14. Gesetzgebung betreffend Ausbarmachung der schweizerischen Wasserkraft.
15. Ausbau der Alkoholgesetzgebung.

Weiter wurde die Einführung der Gesetzgebungs-Initiative zur Ergänzung der Verfassungs-Initiative, sowie der Bürgerrechte zur politischen Ausbildung des jungen Republikaners beschlossen. Abgelehnt wurden die Volkswahl des Bundesrates, sowie die Aufrechterhaltung eines ausgedehnten Asylrechts und in der Ablehnung dieser beiden Forderungen befindet sich die reaktionäre Verschlechterung der freisinnig-demokratischen Partei.

In der Presse will man in dem revidierten Programm der herrschenden radikalen Partei eine Schwenkung nach links, eine Annäherung an die sozialdemokratische Partei erblicken. Diese Entdeckung dünkt uns recht naiv. Das neue Programm enthält nichts Neues, außerdem hat es mit seiner Ausführung gute Weile. Zugegeben kann werden, daß die Durchführung des Programms in sozialem und gutem demokratischem Sinne für die Arbeiterschaft manche Verbesserung zur Folge haben würde. Die Probe aufs Exempel, wie es gemeint ist, wird die herrschende Partei schon in der nächsten Zeit zu bestehen haben, wenn die Frage der Revision des Fabrikgesetzes an die Reihe kommt, die von der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat bereits beantragt ist.

Wirklich von einer Annäherung der Radikalen an die Sozialdemokratie könnte man mit Recht nur dann reden, wenn in das Programm auch die Proportionalwahl des Nationalrats aufgenommen worden wäre, um der Arbeiterschaft die ihr gebührende Vertretung im Parlament zu gewähren und zu sichern. Das ist nicht geschehen und darum bleibt trotz neuem Programm alles beim Alten.

England.

Eine Antwort auf zukunftsstaatliche Fragen.

London, 3. Februar. (Eig. Ber.) In seiner Antwort auf die Thronrede forderte der liberale Führer Sir G. Campbell-Bannerman die Regierung auf, dem Parlament doch einmal die Einzelheiten der neuen Finanzpolitik darzulegen. Darauf antwortete der Finanzminister Mr. Austen Chamberlain: Im Parlament wurden oft derartige Fragen gestellt, die der kommenden Praxis weit vorausseilen. Alle derartigen Fragen wurden vom Parlamente stets zurückgewiesen. Der erste, der eine Antwort auf derartige Fragen abgelehnt hätte, wäre Mr. Gladstone gewesen, der wiederholt gezeigt hat, daß er gegen eine Darlegung von Einzelheiten war, so lange nicht die neue Politik in Form eines Gesetzes dem Lande vorgelegt wurde. Quers muß doch über das Prinzip der neuen Politik entschieden werden.“ („Times“, 3. Februar 1904, Seite 8, Spalte 1.)

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Textilindustrie am Niederrhein. Aus Arefeld wird uns geschrieben: Trübe bliden die Textilarbeiter des Niederrheins, soweit sie Sammet und Seide weben, in die Zukunft. Keine Aussicht auf eine Besserung der Verhältnisse ist vorhanden. Wohl keine Industrie hat in den letzten fünf Jahren so schwere Krisen durchgemacht, wie die hiesige Textilindustrie; man kann tatsächlich sagen, die Krise herrscht hier in Permanenz. Sobald sich ein Zweig etwas gehoben, liegt der andre plötzlich am Boden. Eine schwere Krise macht jetzt wieder die Sammetindustrie durch, während in Seide, mit Ausnahme der Seidenweberei, einigermaßen Beschäftigung vorhanden ist. Von einem auskömmlichen Verdienst der Arbeiter kann jedoch auch in dem Teil der Industrie, in dem momentan ein kleiner wirtschaftlicher Aufschwung zu verzeichnen ist, nicht gesprochen werden, denn die große Zahl der Arbeitslosen drückt allzuheftig auf die Löhne. Durch die geradezu staunenerregenden technischen Fortschritte, die in der Herstellung der Seiden, sowohl als der Sammetwaren gemacht sind, wurden überhaupt viele Arbeitskräfte überflüssig.

Die Depression thut nun das übrige. Ein Teil der Weber und der in den Hilfsindustrien beschäftigten Arbeiter, und zwar die kräftigsten, schütteln den Staub von ihren Pantoffeln und suchen entweder in Amerika eine neue Heimat oder ziehen nach dem Ruhrrevier, um in der Montanindustrie Unterlunft zu suchen. Die Stadt Arefeld, der Mittelpunkt für die niederrheinische Textilindustrie, einigt das deutsche Elbon genannt, hat denn auch im Gegensatz zu den andern Großstädten keine Vermehrung, sondern mit einer Verminderung seiner Einwohnerzahl zu rechnen. Diesem Zustande stand die Vermaltung in Arefeld bis vor einiger Zeit thatenlos gegenüber; jetzt ist ein Vorort, der am Rhein liegt, eingemeindet worden, und soll dort ein Industriebahnhof angelegt werden, der durch eine Schleppebahn mit der Stadt selbst verbunden wird. Später soll ein schiffbarer Kanal gebaut werden, um das Hinterland zu erschließen. Für die Hafenanlage sind von der Stadtverordneten-Versammlung 11 Millionen Mark bewilligt worden. Hafen und Kanal soll das Mittel sein, mit der man neue Industrien heranzuziehen hofft, ob aber der Wunsch in Erfüllung geht, wer weiß das? Soviel ist sicher, daß Arefeld sich eine große Schuldenlast aufgebürdet hat und daß die Steuerkraft der Bürger aufs höchste angespannt wird. Dabei steigt die Armut unter der arbeitenden Bevölkerung fortwährend. Das ist erklärlich. Nach einer in den letzten Tagen ausgenommenen Statistik ist z. B. in Arefeld annähernd die Hälfte aller mechanischen Sammetwebstühle außer Betrieb. Die tägliche Beschäftigungsdauer an den in Betrieb befindlichen Stühlen beträgt — durchschnittlich 6 Stunden, in einigen Betrieben werden gar nur 4 bis 5 Stunden gearbeitet, während nur noch 190 Arbeiter eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden haben. Fällt man aber die Wartezeit, d. h. die Zeit, in der die Weber auf Material warten müssen, ab, so wird die durchschnittliche Arbeitszeit eine Dauer von 5 Stunden nicht überschreiten. Und so wie in Arefeld liegen die Verhältnisse am ganzen Niederrhein, soweit die Textilindustrie in Betracht kommt.

Schärfste Bodenrent-Anstalt in Dresden. Nach dem veröffentlichten Geschäftsbericht weist das letzte Geschäftsjahr wiederum eine fortgeschrittene Weiterentwicklung des Geschäftsumfanges auf. Die schon im Vorjahre befallige Grundstücksrenten in Dresden ist noch nicht überunden, wie aus der Häufigkeit der Zwangsversteigerungen und der verstärkten Zunahme des Angebots leerstehender Wohnungen hervorgeht. Das während des ganzen Jahres 1903 anhaltende reichliche Angebot billiger Kapitalien und die sich steigenden Anforderungen der Darlehenssuchenden bereiten dem Hypothekenerwerb mancherlei Erschwernungen. Im Hinblick auf die erreichte Höhe des Pfandbriefumlaufs macht sich zur Vorbereitung der Ausgabe weiterer Pfandbriefserien die Erhöhung des Aktienkapitals erforderlich. Es wird daher beantragt, das Grundkapital um 3 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu vermehren.

Der Reingewinn beziffert sich einschließlich des Vortrages von 1902 auf 801 120 M. Hierzu werden dem geschlossenen Reservefonds und dem Specialreservefonds je 40 000 M. zugeführt. Auf

Pfandbrief-Geschäftsconto sollen 40 000 M., für den Beamten-Pensionsfonds 10 000 M. zurückgestellt und 30 000 M. auf Bank-Gebühren abgeschrieben werden. Sodann sind für zahlungsmäßige Zantien 66 099 M. abzusetzen, während 400 000 M. zu einer Dividende von 7 Proz. benutzt werden sollen. 94 909 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Die bairische Baumwollindustrie wird durch die Preissteigerungen auf dem amerikanischen Baumwollmarkt in eine höchst ungünstige Geschäftslage getrieben. Wie der „Frankf. Zeitung“ aus Augsburg gemeldet wird, stehen dort die Spinnereien der kolossalen Steigerung der Rohstoffpreise machtlos gegenüber. Sie mühen wohl oder übel ihre Forderungen täglich erhöhen, manchmal um mehrere Pfennige auf einmal, und die Folge davon war, wie immer in solchen Zeiten, daß die Käufer sich vollständig vom Markt zurückzogen. Es wurden zwar hin und wieder kleine Posten für nahen Bedarf aus dem Markt genommen und dafür volle Tagespreise bewilligt, aber von irgend welcher Lebhaftigkeit konnte keine Rede sein. Im Tücherhandel liegen die Verhältnisse ähnlich wie im Garngeschäft. Unfre Fabrikanten konnten im letzten Monat, wörtlich gesagt, kaum ein Stück verkaufen, denn selbst äußerst mäßige Forderungen wurden von Druckern und Händlern rundweg abgelehnt. Auch hier heißt die Parole abwarten. Vieles wird der Meinung Ausdruck gegeben, der Verbrauch von Baumwollstoffen werde durch billige Halbwole, Wolle und leinere Fabrikate ersetzt werden können, doch ist dies leichter gesagt, als zur Ausführung gebracht. In der Wuntweberei ist man gut beschäftigt. Wer aber mit heutigen Garnpreisen zu rechnen hat, dem wird es schwer fallen, auch nur bescheidenen Nutzen herauszuschlagen. Die Lage der Stationdruckerei ist sehr schwierig geworden, denn bei dem Mangel an Vertrauen zu heutigen Preisen schraubt man sich, den Bedarf an Tüchern für die nächste Saison einzudecken.

Die Arbeiterfrage in Südafrika. Dem Verlangen der Minenmagnaten, chinesische Aulis importieren zu dürfen, stellt sich eine Schwierigkeit nach der andern entgegen. Wie kürzlich verlautete, hat auch die Regierung des Kaplandes gegen die Chineseneinfuhr Protest erhoben; der Wortlaut wird jedoch erst jetzt bekannt. Die Kapregierung weist in diesem Protest darauf hin, daß die farbige Bevölkerung südlich des Kapbets die weiße so sehr an Zahl überwiege, daß es höchst unerwünscht sei, durch weitere Einführung einer farbigen Masse dieses Uebergewicht noch zu erhöhen. Im Kaplande geschehe alles, um die eingeborene Bevölkerung zu zivilisieren und ohne Zwang irgend welcher Art zur Arbeit zu bewegen. Ein Import von Aulis könne die Zivilisationsbemühungen zum Scheitern bringen. Ferner sei die Einführung von Aulis deshalb gefährlich, weil die europäischen Elemente außerhalb Transvaals dadurch in eine so erregte Stimmung gegenüber Transvaal gebracht werden könnten, daß dadurch ein Verband der Staaten Südafrikas erschwert, wenn nicht für alle Zeit verhindert werde. Die lapidären Minister sind überdies davon überzeugt, daß in Afrika, südlich vom Äquator, reichlich Arbeitskräfte zu finden sein würden, wenn man sich den Eingeborenen gegenüber nur dazu verstehen wollte, eine anständige Behandlung in Bezug auf Unterbringung und Verpflegung sowie gute Löhne zuzusichern.

Die darauf erfolgte Antwort des englischen Kolonialamts erklärt, daß die Regierung in England entschlossen sei, Transvaal als selbstständige Kolonie zu betrachten. Aus diesem Grunde werde sich die Regierung so wenig wie möglich in die lokalen Wünsche und Ansichten Transvaals einmischen. Sie sei der Ansicht, daß diese Kolonie in Bezug auf die Frage der Einführung asiatischer Arbeitskräfte dieselbe Entscheidungsfreiheit besitze wie die Kapkolonie und Natal. Diese Antwort war voraussichtlich; demnach dürfte der Schritt der Kapregierung den Erfolg haben, daß man den Chinesen-Import streng überwaht.

Gewerkchaftliches.

Der Bergarbeiter-Streit in Oberhausen.

Es werden immer mehr Thatsachen bekannt, welche darauf schließen lassen, daß die rheinisch-westfälischen Grubenbarone an den Arbeitern ein Beispiel zu statuieren wüßten verflören, und daß das Kohlenkapital durch seine Maßnahmen die Arbeiter geradezu zur Empörung aufreizt. Der Kohlenabsatz ist in der letzten Zeit nicht nur infolge der milden Witterung, sondern auch wegen starken Minderverbrauchs in der Eisenindustrie, deren Lage vor kurzem noch fast als glänzend geschildert wurde, nicht unbedeutend zurückgegangen. Auf den Kohlereien und den abnahmeverpflichteten Werken wachsen die Vorräte bedenklich an und in den letzten Wochen sind auf einer ganzen Anzahl Gruben bereits Feierschichten eingelegt worden wegen Mangel an Absatz. Da nun man thatsächlich stutzig werden, wenn von verschiedenen Seiten Klagen kommen über Verjuche, die Arbeitszeit zu verlängern. Obwohl man ganz genau weiß, daß die Arbeiter solchen Verjuchen sich hartnäckig widersetzen werden, drängt die Verwaltung der Beche Oberhausen der Belegschaft plötzlich eine Schichtverlängerung auf. Muß man da nicht zu der Meinung kommen, die Folge sei der Jwed gewesen?

Und noch eine andre Thatsache stützt solche Meinung. Trotz des Arbeiterüberflusses sucht man auswärts Kohlenhauer. Man will durch Heranlockung fremder Kräfte die Schär der Ueberflüssigen vergrößern und event. Streikbrecher zur Verfügung haben. In der „Obersteirischen Volksztg.“ liest man z. B. folgendes Inserat:

Häufig bis sechzig tüchtige Hauer welche der deutschen Sprache mächtig sind, erhalten bei einem größeren Steinkohlen-Bergbau dauernde Arbeit. Bei Anfragen ist das Alter sowie (!) Familienzahl anzugeben. Ferner sind 20 Heller Marken für die Antwort beizufügen. — Angebote sind unter „Tüchtige Hauer“ posto restante Recklinghausen, Westfalen zu richten.“

Jedenfalls ist das genannte Blatt nicht das einzige, in welchem Ausländer für den rheinisch-westfälischen Bergbau gesucht werden. Wogu braucht das Kohlenkapital die Leute? Interessant ist die Anfrage wegen Familienzahl! Je größer die Familie, desto sicher kann man darauf bauen, daß der Ausländer nicht wieder anrückt, man steckt ihn in eine Kolonie und er muß Lohnbrüder und Streikbrecher spielen. Falls man dabei aber doch mal einen Reintigten erwirbt, dann braucht nicht der Himmel zu helfen, da hilft der preussische Polizeiknüppel, wer dem Kapital nicht pariert — wird als lästiger Ausländer abgeschoben. Der „Schutz“ der nationalen Arbeit durch das Kohlenkapital treibt eigenartige Blüten!

Leider scheint die Bewegung noch an Ausdehnung gewinnen zu wollen, indem am Donnerstagmittag auf Schacht „Königsberg“ die Arbeit ebenfalls eingestellt wurde. Eine sehr stark besuchte Belegschafts-Versammlung fand am Donnerstag statt. Die anwesenden Vertreter der beiden Verbände bemühten sich angelegentlich, die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, doch war die Stimmung der Arbeiter sehr gereizt und ist sehr fraglich, ob dem Anraten Folge geleistet wird. Am Freitag früh hat die Kommission der Arbeiter eine Besprechung mit den Beamten des Ober-Bergamtes, die Zulassung der Kommission ist zugestagt.

Von der Leitung des Bergarbeiter-Verbandes erhalten wir unter dem Datum vom 2. Februar folgenden Situationsbericht:

Die gewählte Kommission wurde heute beim Ober-Bergamt in Dortmund vorstellig, um dessen Vermittlung anzurufen. Das Ober-Bergamt will morgen (also am heutigen Sonnabend. Red.) mit der Direktion verhandeln, um den alten Zustand, das heißt die alte Arbeitszeit wieder herzustellen. (Vergleiche auch unsre untenstehenden Privattelegramme. Red. d. B.)

Die Beche „Oberhausen“ hat die Arbeitsordnung eigenmächtig dahin abgeändert, daß sie die Arbeitszeit im Durchschnitt

für jede Schicht um eine halbe Stunde, pro Tag also um anderthalb Stunden verlängerte. Die 2000 Mann betragende Belegschaft hielt wiederholt Versammlungen ab, wählte sich eine Kommission, welche mit der Direktion verhandeln sollte, um die alte Arbeitszeit wieder herzustellen und auch die angeordnete Verzögerung der Kontroll-Blattmarken seitens der Arbeiter wieder zurückzunehmen.

Am 31. Januar beschloß die Belegschaftsversammlung, sich mit der Verlängerung der Nachmittags- und Nachschicht einverstanden zu erklären, um einen Streik zu vermeiden. Die genannte Kommission sollte nochmals mit der Direktion verhandeln, sie gab nicht nach, daher der Streik. Derselbe greift immer mehr um sich, es sind heute 1000 Mann nicht angefahren. Auch auf den Nachbarzügen kräftelt es. Möge die Feherverwaltung von ihrer rücksichtslosen Verlängerung der Schichtzeit ablassen, um nicht einen unabsehbaren Ausbruch heraufzubeschwören. Die „Gute Hoffungshütte“, zu der die Fische „Oberhausen“ gehört, hat in den letzten drei Jahren je 20 Proz. Dividende gezahlt. Es ist also geradezu unerhört, wenn die Verwaltung dieser Fische die Arbeitszeit zu verlängern sucht und einen Krieg heraufbeschwört, dessen Folgen sich nicht absehen lassen.

Ueber die Lage gehen uns noch folgende Mitteilungen zu:
Dortmund, 5. Februar, früh. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Lage in Oberhausen ist ernst. Gestern Abend und heute früh ist kein Mann angefahren. Die Arbeiter rufen die zum Feinden mahnenden Aufrufe der Kommission von den Anschlagssäulen und forderten ihrerseits in Anschlägen zum allgemeinen Streik auf. Man wolle sich nicht mehr ducken und nicht beschwichtigen lassen, heißt es in den Aufrufen. Heute nachmittag findet abermals eine große Versammlung statt.

Dortmund, 5. Februar, nachmittags. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Bergbehörde erklärte der Kommission der streikenden Bergleute in Oberhausen, bestimmte Zusagen nicht machen zu können. Verghauptmann Waur und 3 Kommissare wollen aber mit der Verwaltung der Fische verhandeln. Man rief der Kommission an, die Führung der Bewegung nicht zu verlieren. — Die Versammlung, welche heute nachmittag stattfand, lehnt es ab, wieder anzufahren. — Die Belegschaft der Fische „Ostfeld“ trat ebenfalls in den Streik ein. Der Ausbruch des Streiks auf „Krummholz“ wird für heute Abend befürchtet. Die Zahl der Anschlägen beträgt jetzt schon circa 2000 Mann. — Morgen findet wieder eine Versammlung statt.

Berlin und Umgegend.

Verband der Bauarbeiter. Die Ortsverwaltung der hiesigen Stadt Berlin hat ebenfalls für das Jahr 1903 einen Gehaltsbericht herausgegeben. Demselben entnehmen wir folgendes: Laut Beschluß des letzten Verbandstages, in einem gemeinsamen Lohngebiet nur eine Zahlstelle bestehen zu lassen, ist an Stelle des bisherigen losen Zusammenhanges der 25 im Lohngebiet Berlin und Umgegend bestehenden Zahlstellen eine einheitliche feste Organisation getreten. Dadurch konnte der innere Ausbau der jetzigen Einheitszahlstelle wesentlich gefördert werden. Sämtliche Sektionen und Bezirke haben ihre eigene Leitung, doch werden alle Angelegenheiten, die eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, Kassengeschäfte usw. betreffen, gemeinsam im erweiterten Vorstand beraten. Ein Ortsrat gibt entsprechend dem Verbandsstatut bestimmte Vorschriften für die Gesamtwirtschaft sowie für die Unterstützungseinrichtungen, die Beitragsleistung und die Arbeitslosmeldung der Mitglieder.

Eine Haupterrungenschaft war der Abschluß eines Tarifvertrags mit den Unternehmern. Im Jahre 1902 hatten die Bauarbeiter trotz in fortwährenden Einzelstreiks eine Lohnhöhung durchgesetzt, doch die lange Arbeitslosigkeit im Winter darauf stellte bald alle Erfolge wieder in Frage. Da die Bauunternehmer im folgenden Sommer aber wieder auf neue Lohnkämpfe gefaßt sein mußten, so kam es zwischen beiden Parteien zu Verhandlungen, die am 15. Mai zur Einführung des auf 1 Jahr abgeschlossenen Vertrags führten. Der Vertrag brachte ca. 6000 Arbeitern eine kleine Lohnhöhung.

Anfangs erweckte es den Anschein, als ob der Vertrag sich schlecht einbürgern würde, indem verschiedene Unternehmer trotz Inkrafttreten desselben die Löhne dennoch nicht gutwillig zahlen wollten. Um nun zu ermitteln, in welchem Umfang dies geschah, wurde eine Kontrollexpedition vorgenommen. Diese fand in der Zeit vom 22. bis 27. Juni statt. Es wurden hierdurch 476 Neubauten, 701 Neubauten und Scharwerke ermittelt. Beschäftigt waren hierbei 1484 Eintragsarbeiter, welche alle nach dem im Vertrage festgesetzten Lohnsätzen arbeiteten, ferner 6796 Lohnarbeiter, bei denen der Lohn je nach der Art der Beschäftigung verschieden war. Es erhielten nämlich 1484 Kollegen einen Stundenlohn von 47/10, bis 75 Pf., 4694 einen solchen von 45 Pf. und nur 618 einen solchen unter 45 Pf., nämlich von 42/10, bis 35 Pf. Da nun der Vertrag als Minimallohn 45 Pf. für Bauarbeiter und 42 Pf. für jugendliche Arbeiter vorsieht, den Lohn für durch Alter und Invalidität minder leistungsfähige Arbeiter aber der freien Vereinbarung überläßt, so konnte man mit dem Ergebnis der Kontrolle in dieser Beziehung zufrieden sein, denn 618 Arbeiter kann man wohl zu den beiden letzten Positionen rechnen. Eine andre Erscheinung trat aber durch die Kontrolle zu Tage, nämlich die, daß bei 51 Firmen entweder der Wasserträger oder der beim Mischen beschäftigte Bauarbeiter nur 45 Pf. pro Stunde erhielt, wogegen der Vertrag 50 Pf. für diese Arbeiter vorsieht. Durch das Eingreifen der Vertreter der Organisation in der Schlichtungskommission wurde auch diesem soviel wie möglich abgeholfen, so daß der Vertrag nunmehr im wesentlichen in allen Punkten innegehalten wird.

Ferner wurden Lohnhöhen resp. Verträge erzielt für die Bahnschlepper, die jedoch später zum Maurerverbande übertraten, für die Luginarbeiter, die Fuhrerträger und die Zöpferträger. — Was die Maifeier anbelangt, so verlief dieselbe insofern und ohne Aussperrung. Zwar hatten die Unternehmer eine eintägige Ausperrung angedroht, doch damit hätte die Polizei eingreifen, denn von der ganzen Masse der Bauarbeiter haben sich am 2. Mai nur vereinzelte als ausgesperrt gemeldet. Vielleicht sehen die Unternehmer auch für die Zukunft das Auslösen ihrer verfehlten Maßregel ein.

Die Regelung der Arbeitsverhältnisse auf den Bauten erforderte eine sehr intensive Thätigkeit, waren doch nicht weniger als 1152 Streitfälle zu erledigen. Davon betrafen 249 Wahregelungen, die in 55 Fällen durch Vermittelung der Verbandsleitung rückgängig gemacht wurden, in 8 Fällen kam es zur Aussperrung. 350mal handelte es sich um Lohnhöhen, die in 298 Fällen sofort zu Gunsten der Arbeiter erledigt wurden. In 30 Fällen griff der Verband der Baugeschäfte regelnd ein, während 17 Fälle zur Aussperrung führten. 45mal mußte wegen Streitigkeiten aus dem Vertragsverhältnis und wegen Mißständen auf Bauten usw. eingegriffen werden, darunter 75mal wegen mangelhafter Schutzvorrichtungen und 33mal wegen schlechter Neubauten. 21 Fälle, in denen es sich um Schutzvorrichtungen handelte, sind der Berufsgenossenschaft gemeldet worden. Aussperrungen wurden insgesamt 20 verhängt, davon verließen 13 mit Erfolg, 2 mit teilweisem Erfolg, 5 erfolglos. Durch Streiks anderer Berufs wurden die Bauarbeiter in 16 Fällen in Mitleidenchaft gezogen. — Eine besondere Sorgfalt wurde auch auf die Agitation verwandt, wobei zahlreiche Versammlungen, Besprechungen und Flugblattverbreitungen zeugen.

Die Zahlstelle hatte eine Jahreszunahme von 128 229,48 M., der eine Ausgabe von 77 046,20 M. gegenübersteht, es verbleibt somit ein Bestand von 51 178,28 M. Die Mitgliederzahl beträgt 4100, das ist eine Zunahme von etwa 300 Mitgliedern gegenüber dem Vorjahre. Bemerkenswert sei, daß die Fluktuation unter den Bauarbeitern eine ziemlich starke ist.

Die Lohnbewegung der Eisenbahn hat einen vollen und über Erwarten schnellen Erfolg gehabt. Nachdem am Montag die Forderungen vorgelegt waren, war die Bewegung bereits am Dienstag in der Hauptsache erfolgreich beendet und am Mittwoch konnte bereits das Streikbureau aufgehoben werden. In einer gestern Abend abgehaltenen Eisenbahnerversammlung wurde berichtet, daß 131 Firmen, bei denen 720 Eisenbahner arbeiten, die Forderungen bewilligt haben. Nur einzelne Firmen haben den Tarif noch nicht anerkannt. Die Arbeiter sind bereit, mit den Unternehmern zu verhandeln, um eine Tarifgemeinschaft auf Grund der jetzt bewilligten Forderungen herbeizuführen. Durch Kontrolle der Bauten soll darüber gewacht werden, daß nicht gegen die bewilligten Forderungen verstoßen wird. Die Arbeiter der anderen Bauverufe werden ersucht, darauf zu sehen, daß jeder Eisenbahner im Besitz einer Arbeitsberechtigungskarte ist.

Deutsches Reich.

Was sich ein Unternehmer in Grimmitzschau gegen eine Arbeiterin erlauben darf!

Gegen den Fabrikanten Donath hat die seiner Zeit ausgesperrte Arbeiterin Schmieder eine Strafanzeige erstattet wegen Vergehen nach §§ 223 (Körperverletzung) und 240 (Freiheitsberaubung), die jedoch von der Staatsanwaltschaft zu Zwickau durch folgenden Beschluß abgelehnt wurde:

Die angeklagten Erörterungen haben folgendes ergeben: Am 28. November 1902 früh ist die Arbeiterin Hermine Agnes Schmieder aus Grimmitzschau in der Nähe der Donath'schen Fabrik in Grimmitzschau auf und ab gegangen, um die in die Donath'sche Fabrik auf Arbeit gehenden Arbeiter zu beobachten, und hat auch diesen Arbeitern wiederholt in das Gesicht gepeitscht. Der Beschuldigte, Kaufmannfabrikant Johann Hermann Donath in Grimmitzschau, der dies wahrgenommen und schon vorher die Anzeige-Erstatlerin mehrfach beim Streikposten stehen beobachtet, sie aber, weil sie das Gesicht verhielt, nicht erkannt hatte und sie auch an diesem Tage aus dem gleichen Grunde nicht erkennen konnte, ist der Schmieder nachgeheilt, hat sie, um sie festzuhalten und ihren Namen durch den in der Nähe befindlichen Gendarm feststellen zu lassen, gepackt, sie trotz ihres Sträubens mit beiden Händen an den Handgelenken gefaßt und sie gegen ein dort befindliches Eisengitter gedrückt. Als die Schmieder nunmehr um Hilfe rief und der Gendarm Hamann hinzukam, hat Donath das Mädchen losgelassen und die Feststellung des Namens derselben verlangt. Möglicherweise ist bei dem Pangetum mit Donath der linke Juchetarmel der Schmieder angegriffen.

Dieser Sachverhalt ergibt sich aus den Angaben des Beschuldigten, sowie den Wahrnehmungen des Gendarmen Hamann, des Fabrikanten Ludwig Feodor Donath und des Kaufmanns Weise. Insofern, als die Schmieder weiter behauptet, sie sei vom Beschuldigten ein Stück fortergejagt und absichtlich derart gegen das Eisengitter gestoßen worden, daß sie einen blauen Fleck erhalten und acht Tage lang Schmerzen empfunden habe, verhält sich der Angeklagte-Erstatlerin der Beweis; der Beschuldigte leugnet es, die übrigen Zeugen haben dahingehende Wahrnehmungen nicht gemacht und die Angaben der Schmieder reichen bei ihrer Beteiligung am Sachausgange zu einer dahingehenden Uebersicherung des Beschuldigten nicht aus.

In dem hiernach als erweislich anzusehenden Verhalten Donath's aber kann eine strafbare Handlung desselben nicht erblickt werden. Der Beschuldigte ist der Uebersicherung gewiesen, daß die Schmieder an diesem Morgen erneut gegen § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und § 155 des Strafgesetzbuchs durch Verletzung Arbeitswilliger verstoßen hatte. Derselbe war daher, als er die Schmieder hierbei betraf, mit Rücksicht darauf, daß er, wie er unwiderleglich behauptet, dieselbe nicht konnte oder nicht erkannte, nach § 127 der Strafprozess-Ordnung befugt, die Schmieder vorläufig festzunehmen.

Dies gab ihm auch weiter das Recht, den auf Lockereien gerichteten und behafteten Willen der Schmieder zu drehen und durchzuführen, bei der Festnahme Gewalt anzuwenden. Daß Donath hierbei die ihm gezogenen Grenzen überschritten hat, ist nicht bezweifelbar; es ist nicht zu widerlegen, daß er nur die zur Verwirklichung der Festnahme erforderliche Gewalt ausgeübt hat, wie sich schon daraus ergibt, daß er die Schmieder beim Fallen des Volkzeuamten freiwillig losgelassen hat. Die Beschädigung des Juchetts würde daher, wenn sie überhaupt erfolgt ist, auch keine vorläufige und jedenfalls keine widerrechtliche sein, da sie nur eine Folge der Festnahme gewesen sein kann.

Nach alledem ist die That des Beschuldigten keine widerrechtliche gewesen und werden daher die wider ihn aus §§ 223, 240 A. O. Str. G. B. eingeleiteten Erörterungen unter Uebernahme der erstandenen Kosten auf die Staatskasse eingestellt.

Zwickau, den 21. Januar 1904.
Königliche Staatsanwaltschaft.
gez. Klüber.

Wir fürchten beinahe, der Staatsanwaltschaft in Zwickau wird trotz aller Vorsicht ihrerseits ihr diesmal merkwürdigerweise so ungern gesehenes Opfer, der Fabrikant Donath, nicht entgehen. Sie hat zwar zur Beurteilung des geradezu unerhörten Terrorismus dieses Herrn vielen Scharfsinn aufgewandt, sie unterliegt aber dabei einem schweren Rechtsirrtum, auf den hoffentlich die Oberstaatsanwaltschaft nach erfolgter Beschwerde noch aufmerksam wird.

Der § 127 der Strafprozess-Ordnung befugt jemand zur vorläufigen Festnahme einer Person, wenn derselbe einen andern auf fester That erwischt und eine Flucht oder Nichtfeststellung der Persönlichkeit zu befürchten ist.

Die Staatsanwaltschaft in Zwickau hat aber selbst festgestellt, daß Herr Donath die Streitende nicht bei Verübung eines Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung oder § 155 der Strafprozess-Ordnung erbielt, sondern nur beschädet hat, sie hätte an diesem Morgen dagegen verstoßen, ohne daß er darüber mehr als eine Vermutung hatte!

Aber noch mehr. Was berechtigte denn Herrn Donath dazu, sich an der von ihm Mißhandelten überhaupt in dieser Form zu vergehen, selbst wenn er ein Recht zur Festnahme hätte? Weist die Staatsanwaltschaft in Zwickau nicht, daß selbst ein Polizeibeamter, der eine Verhaftung in solcher Form vornimmt, sich einer Ueberschreitung seiner Amtsgewalt schuldig machen würde? — Angesichts des Verhaltens der „objektiven Beobachter“ gegenüber streikenden Arbeitern, die mit dem nebelhaft gewordenen § 153 angeblich in Konflikt geraten sind, wird dieser Fall von nicht zu überbietendem Terrorismus eines Unternehmers, und seine Beurteilung durch die Staatsanwaltschaft zu einer wertvollen Ergänzung der Stellung der Behörden im Grimmitzschauer Kampfe.

Die Unternehmer im Schneidergewerbe zu Jena und Weimar bezu. Beauftragte von diesen versuchten es mit der alten Unternehmertaktik, Ausländer unter Vorspiegelung falscher Thatigkeiten als Arbeitswillige heranzuziehen. So hat man in Weimar eine Anzahl Schneider angeworben, welche dieser Tage eintreffen sollten. Ein Telegramm aus Prag setzte die Wehrlin in Jena und Weimar in den Stand, ihre Maßnahmen zu treffen. Die Bahnstrecken Leipzig-Weimar und Gera-Eger wurden beobachtet und tatsächlich kamen 26 Ezechien in Begleitung eines Agenten und Herrn vom Arbeitgeber-Verband gegen Abend in Gera an. Durch eingehende Klärung über die Lage in Jena und Weimar ließen sich 20 Mann bewegen, in Gera zu bleiben, und nur sechs Mann gingen mit nach Weimar, keineswegs aber um zu arbeiten, sondern um die Lage kennen zu lernen und Geld zur Rückreise zu erlangen. — Auch die erste Strafverfügung, unterzeichnet von Dr. Wagner, zweiter Bürgermeister, ist eingetroffen. Ein ausgesperrter Schneider Namens B. S. soll dadurch

groben Unfug verübt haben, daß er am Nachmittage des 20. Januar auf dem Weimar-Geraer Bahnhof angelommene Schneidergesellen durch Redensarten wiederholt belästigte. Diese Belästigung wird in einigen aufklärenden, in durchaus anständigen Tönen gehaltenen Keuschungen des Streikpostens gefunden. Es wird Antrag auf gerichtliche Entscheidung gestellt.

Ausland.

Die Differenzen in der Diamantindustrie.

Nach einer Mitteilung von „Het Volk“ aus Antwerpen stehen die Parteien dort einander schroff gegenüber, so daß ein Kampf unvermeidlich erscheint. Die Arbeiter scheinen fest entschlossen zu sein, das Keuschere zu wagen, um zum Siege zu gelangen. Sie wollen den Reinstundentag im Austausch für die Zulassung von Lehrlingen und werden nicht davon ablassen. Ebenso entschieden lehnen aber die Juweliere die Verletzung der Arbeitszeit ab und bestehen gleichwohl darauf, 300 Lehrlinge einstellen zu können. Aus dem Schreiben der Juweliere an den Diamantarbeiter-Verband wird noch folgender Schlußsatz mitgeteilt, der die Stellung der Arbeitgeber kennzeichnet: „Wir können, meine Herren, auf dem Wege der Zugeständnisse von Arbeitgeberseite unmöglich weiter gehen und erklären, daß weder die Ehre ihrer Vereinigung, noch die Zukunft der Arbeitnehmer durch uneingeschränkte Zustimmung zu den Vorschlägen der Arbeitgeber bedroht wird. Wir ersuchen Sie, uns endgültig auf den Vorschlag in unserem Brief vom 21. Januar zu antworten; wenn Sie jedoch als unerlässliche Bedingung bei der Beibringung verlangen, daß die Einführung des Reinstundentags damit verbunden werde, dann können wir Ihnen schon jetzt erklären, daß die ganze friedliche Lösung der Sache Schiffbruch leiden wird, da der Reinstundentag bereits früher durch univ. beiden Vereinigungen verworfen wurde und zwar wegen Mangel an Arbeitskräften.“

Was die Situation in Amsterdam anbelangt, so wird mitgeteilt, daß der Allgemeine niederländische Diamantarbeiter-Verband im Fall einer Ausperrung auch in Bezug auf das Weiterarbeiten nicht ganz ungerüstet dastehet. Es würden zusammen noch ungefähr 2000 Mitglieder, darunter 1000 bis 1200 Schleifer, in Arbeit bleiben.

Eine neue Taff-Bale-Klage.

London, 3. Februar. (Sig. Ver.) Vor dem Richter Lawrence und einer Specialjury wird gegenwärtig im Oberhofgericht zu London ein Prozeß verhandelt, in dem die Vergleiche von Denaby und Cadby die Kläger und die Gewerkschaft und die Verantw. der Vergleiche von Northshire die Angeklagten sind. Der verlangte Schadensersatz beläuft sich auf über 2 1/2 Millionen Mark. Die Klage beruht hauptsächlich auf dem Taff-Bale-Urteil, obwohl noch andre Urteile gegen Gewerkschaften angeführt werden. Der Prozeß ist die Folge des wohlbekanntesten Streiks im Jahre 1901 im Kohlenbezirk Cadby und Danby. Die Kläger behaupten: 1. die Vergleiche hätten sich verschworen, die Vergleiche zu schädigen; 2. die Vergleiche hätten Kontraktbruch begangen, indem sie die vierzehntägige Kündigungsfrist nicht einhielten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Berlin, 5. Februar. (W. Z. B.) Heute Abend um 6 1/2 Uhr besichtigte der Kaiser im inneren Schloßhof einen Verstärkungs-Transport, der für Deutsch-Südwestafrika bestimmt ist. Es waren 802 Mann, 18 Offiziere und 8 Kanonen. Der Kaiser schritt die Fronten ab und hielt dann eine Ansprache an die Truppen mit lauter Stimme, in der er sie auf die ihrer herrlichen Aufgabe hinwies, den armen Deutschen in Südwest-Afrika Hilfe zu bringen, sie zur Tapferkeit, Selbstlosigkeit und Hingebung ermahnte und die er mit einem Abschiedschor, das die Mannschaften mit einem kräftigen „Adieu Eure Majestät“ erwiderten. Der Kaiser versammelte nun die Offiziere zu einer besonderen Ansprache um sich, worauf Hauptmann v. Wagners dem Kaiser den Dank der Truppe, die hinausziehe, aussprach, den Eid der Treue bis zum Tode erneuerte und mit einem dreifachen Hurra schloß.

Vor der Entscheidung.

Washington, 5. Februar. (W. Z. B.) Dem Staatsdepartement ist die Nachricht zugegangen, daß die japanische Regierung die auf der koreanischen Seite des Jalu-Flusses wohnenden japanischen Staatsangehörigen auffordere, sich nach Seoul zurückzuziehen.

New York, 5. Februar. (W. Z. B.) Die hiesigen Telegraphenlabel-Gesellschaften machen bekannt, daß sie Depeschen nach Japan und Korea nur auf Befehl der Abender annehmen.

Paris, 5. Februar. (W. Z. B.) Dem „Temps“ ist, wie er sagt, von berufener russischer Seite folgendes erklärt worden: Alles, was man über die militärischen Vorbereitungen Rußlands gesagt hat, sind nichts als seine friedfertigen Dispositionen. Rußland rüftet, solange man verhandelt. Wenn man hofft, auf Rußland durch dieses alles Eindruck zu machen, täuscht man sich. Es zeigt sich übrigens, so fährt der „Temps“ fort, daß weder in Paris noch in Petersburg die Geschichtswelt sich sehr über die Hege aufregt, deren sich in England ist, und welcher, wohl bemerkt, die englische Regierung durchaus fernsteht. Es giebt keinerlei Ursache zu irgendwelcher Beunruhigung.

Russische Rüstungen.

Jerusal, 5. Februar. (Melbung der Russischen Telegraphen-Agentur.) Hier ist der telegraphische Befehl eingegangen, schleunigst 45 Waggons Schienen nebst Zubehör mit der Sibirischen Bahn abzuschicken und dieselben der Transbaikalbahn zwecks Schienenlegung über den Baikalsee zwischen den Stationen Baikal und Tanchot zur Verfügung zu stellen. Bis zur Zeit der Durchreise des Verkehrsministers Chilkow, welcher am 10. d. Mts. morgens in Jerusal erwartet wird, soll der Schienentransport beendet sein.

Eine Streikdebatte in der französischen Depuliertenkammer.

Paris, 5. Februar. (W. Z. B.) Lafer richtete eine Anfrage an die Regierung über den Arbeiterausstand im Süden und wirft der sozialistischen Presse vor, die Arbeiter gegen die Arbeitgeber aufgereizt zu haben. Er weist auf mehrere von den Ausständigen begangene Ausschreitungen und Gewaltthatigkeiten hin und verlangt den Schutz der Behörden für die Arbeitgeber. Der Ministerpräsident Combes erwidert, aus den amtlichen Berichten gehe hervor, daß der Ausstand sich in geschwähigen Säranken gehalten habe und ein so friedlicher gewesen sei, wie ein Ausstand sein könne. Allerdings hätten sich einige bedauerliche Vorkommnisse ereignet. So habe ein Arbeitgeber zwei Ausständige durch Revolvergeschüsse verletzt und er müsse dem Justizminister sein Entsetzen darüber ausdrücken, daß dieser Arbeitgeber nicht festgenommen worden ist. (Beifall und Zwischenrufe.) Combes erklärt nochmals, der Ausstand sei friedlich verlaufen; die Regierung und die Behörden hätten ihre Pflicht getan. (Beifall.) Die Kammer nahm darauf mit 343 gegen 200 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärungen der Regierung gebilligt werden.

Die Befähigung der Offiziere.

New York, 5. Februar. (W. Z. B.) Im Senat verlangte der demokratische Führer Gorman entschieden eine Verringerung des Militäretats wegen der Befähigung der Offiziere. Er wies dabei auf die bekannnten Keuschungen des Generals Mac Arthur betreffs eines Krieges mit Deutschland hin.

Reichstag.

25. Sitzung. Freitag, den 6. Februar 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posadowsky. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. (Titel: Staatssekretär.)

Abg. Pappig (natl.):

Unsere Anträge zu diesem Etat verlangen nicht die Ausarbeitung großer Gesekentwürfe, sondern es handelt sich dabei um bereits angefangene Enquetes, um die Bearbeitung von Material, das bereits beregehob dabeigt, wie z. B. bei der Enquete über die Verhältnisse der Privatbeamten, und es handelt sich weiter um Forderungen im Interesse der Handwerker. Unmähig sind diese Wünsche nicht und wir dürfen wohl erwarten, daß die Regierung unsre zum großen Teil nicht neuen Anregungen mit Wohlwollen prüft. Die Socialdemokratie wirft uns ja auf Grund unsres Vorgehens vor: armselige Demagogie, Heuchelei und hämpferhaftes Plagiat. Nun zum wenigsten in der Fürsorge für den Mittelstand kann uns die Socialdemokratie kaum des Plagiats beschuldigen. — Daß die Enquete über das Handwerkergefech als finanziellen Gründen aufgehoben ist, bedauern wir tief. Es wird ernst zu prüfen sein, ob nicht an anderer Stelle des Etats die hierzu benötigten 200 000 M. gespart werden können. Aber wünschenswert wäre eine obligatorische Alters- und Invalidenversicherung für das Handwerk. Wenigstens vorbereitende Schritte in dieser Richtung sollte man thun.

Die Kritik der Socialdemokratie an unsrem Vorgehen ist ja äußerst scharf. Was aber leisten die Herren denn Positives? Ein Unmoh von Kritik, eine Herabwürdigung der Monarchie, des guten Willens der bürgerlichen Gesellschaft, ernsthafte Socialpolitik zu leisten, und eine weitgehende Kritik unsrer allgemeinen politischen Zustände. Das ist alles, was wir gehört haben. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Socialdemokratie redet den Arbeitern ein, nichts könne der Arbeiterstand von dem Klassenstaat erwarten. Der Satz wird richtig, wenn man zwei wesentliche Kenderungen vornimmt und sagt: Nichts hat die Socialdemokratie von dem deutschen Verfassungsstaat zu erwarten, ebensowenig wie dieser Verfassungsstaat je etwas von der Socialdemokratie zu erwarten hat. Dazu sind die Herren, wie die leidenschaftliche Rede des Herrn Fischer bewiesen hat, von zu tiefem Haß und zu großer Ungerechtigkeit uns gegenüber erfüllt. Hat doch auch Herr Webel auf dem Dreißendern Parteitag sich als den Lohneind dieser Gesellschaft bezeichnet. Worin hat dieser Haß seinen Grund. Etwa in dem Vergleich dessen, was wir für die Arbeiter thun mit den socialpolitischen Leistungen anderer Länder. Was Frankreich anlangt, so hat der „Vorwärts“ in seiner Jahresübersicht selbst konstatiert, daß dort völliger Stillstand in der Socialpolitik herrscht. Zu den bourgeois-konfessionellen Parteien gehört ja nach dem „Vorwärts“ auch ein Teil der dortigen Socialdemokraten. (Dah! bei den Socialdemokraten.) Und wir in Deutschland stehen nicht vor dem 25-jährigen Jubiläum der kaiserlichen Votenschaft. Herr Fischer verfuhr ja mit einer gewissen Vorsicht; er sprach von der empörenden Ausbeutung, die die Textilarbeiter-Enquete 1877 aus Tageslicht brachte. Aber er verschweigt, daß diese Enquete von bürgerlichen Parteien gefordert und beantragt war. Damals wurde in einer Robelle zur Gewerbe-Ordnung, gegen die die Socialdemokratie natürlich stimmte, die Gewerbeaufsicht eingeführt. Mit ihren Ergebnissen ist Herr Fischer unzufrieden; aber die Hälfte aller Betriebe wird schon jetzt jährlich revidiert; dazu kommt noch die Aufsicht aller unfallversicherungsplichtigen Betriebe durch die Beauftragten der Berufsgenossenschaften. Und in der Versicherung werden 200 Millionen für Kranken-, 118 für Unfall- und 112 Millionen für Invaliden- und Altersversicherung jährlich ausgegeben; bald wird der Betrag eine halbe Milliarde erreicht haben; die praktischen Engländer würden eine solche Belastung der Industrie für unmöglich halten. Wie maßlos übertreibt Herr Fischer, wenn er den Arbeitern gleichsam rät, in diesem Staat alle Hoffnung drauhen zu lassen. Und angesichts alles dessen spricht Herr Fischer von einer reinen Armenunterstützung, die lediglich den wirtschaftlich ganz Schwachen nütze. Was ist das für eine Uebertreibung! — Die Gewerbe-Inspektionen-Verichte sind ja der beste Beweis dafür, was bei uns auf dem Gebiete der Socialpolitik geleistet wird. Ich billige es durchaus, daß diese Verichte nichts enthalten als eine rein objektive Wiedergabe von Thatsachen. Was die Gutachten der Gewerbe-Inspektoren über Specialfragen anlangt, so wünschte ich solche gutachtliche Auswertungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens über das Verhältnis von Miete und Wohnlohnkommen und weiter über die Frage der Regelung der Heimarbeit. — Daneben begriffen wir die Schaffung des „Reichs-Arbeitsblatt“. Seine Veröffentlichungen aber das Wohnungswesen drängen uns geradezu zu Maßregeln, um den bestehenden Mifständen abzuheffen. Das „Reichs-Arbeitsblatt“ sollte wichtige Entscheidungen der Berufsgenossenschaften im Wortlaut veröffentlicht, damit man sich hinterher nicht von der socialdemokratischen Presse Urteile aufhängen lassen muß, in denen z. B. der Satz vorkommt: Ein Nervenschwacher, dem jede Aufregung schade, lasse sich auf eigene Gefahr in das Renten-Streitverfahren ein. Unter der Ueberschrift „Die Arbeiter um ihre Rente kommen“, teilt der „Vorwärts“ einen Fall mit, in dem ein Kranter, der zweimal gegen den Willen der Aerzte des Krankenhauses verließ, mit seinem Anspruch abgewiesen wurde. Haben Sie (zu den Socialdemokraten) nicht den Mut, solchen Arbeitern aus Ihrer Anhängererschaft zu sagen, daß ihnen hier nur ihr Recht geworden ist? So lange Sie den nicht haben, brauchen wir uns die Strafprohigten der Socialdemokraten über die Rücksichtslosigkeit und Ausbeutungsfucht des Unternehmertums nicht anzuhören. Sie (zu den Socialdemokraten) sollten lieber praktische Vorschläge über Einzelheiten der socialen Gesetzgebung machen. — 1889 wurde eine Enquete über die Verhältnisse der Arbeiter in der Textilindustrie durchgeführt, die übrigens schon aus dem Jahre 1884, nicht 1889 stammt, auf die Sie (zu den Socialdemokraten) sich so gern berufen, unterschiedlich ganz treffend zwischen führenden Geistern in der Socialpolitik, wie Kaiser Wilhelm und er selbst waren, und zwischen Widerstrebenden, die überwunden werden müssen. Sie (zu den Socialdemokraten) sind nicht allein die treibenden Kräfte, das sind auch die Humanität und das Christentum in Deutschland. Lange vor Kaffalle haben große Unternehmen wie Krupp und Stumm Arbeiter-Wohlfahrtsvereinigungen geschaffen. Das was Herr v. Seydl der Socialdemokratie vorgeworfen hat, war im wesentlichen durchaus berechtigt, wenn auch einzelne Details textmäßig dargelegt sein mögen. Die Angaben über das Urtliche Steuerprojekt waren durchaus zutreffend. Herr Ulrich hat sich erst nachträglich berichtigt. (Abg. David (Soc.): Ganz falsch!) — Eine große Enttäuschung hat mir die neueste Auseinandersetzung innerhalb der Socialdemokratie gebracht. Als ich Herrn Schippels Ausführungen las, sagte ich mir: jetzt hat doch endlich mal einer den Mut einer wirklich arbeiterfreundlichen Verhandlung der socialpolitischen Fragen gefunden. Nachher aber sollte alles nur ein Referat unsrer Anschauungen sein. Neu es ist ja festgestellt, daß der erste Teil der Schippelschen Ausführungen nur seinen früheren Veröffentlichungen entspricht. Nun war eigentlich nur der zweite Teil, wo ich mir sagen mußte: jetzt wird endlich einmal die Regierung in ihren Vertragsverhandlungen mit dem Auslande unterstützt. Das stand allerdings im Gegensatz zu dem Bahlankauf der Partei, den Herr Schippel auch unterschrieben hat. Zu einer klaren Stellung gegenüber unsrer Gesellschaft wird die Socialdemokratie nie kommen, das liegt an den Gegensätzen in

ihrem Programm. Demokratie und Kommunismus lassen sich eben nicht vereinigen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) — Noch ein Wort über Crimmitschau. Ich will nicht gegen die Crimmitschauer Arbeiter auftreten, sondern nur gegen diejenigen, die die Arbeiter in den Streik hinein-gelrieben haben, und das ist die Socialdemokratie. (Widerpruch b. D. Socialdem.) Die Möglichkeit einer Verständigung hörte in dem Augenblick auf, als von den socialdemokratischen Führern der Streikenden erklärt wurde, es handle sich hier um eine Nachtprobe. Jetzt, nach Beendigung des Streiks, muß klargestellt werden, ob denn die Nachtprobe zu Ende ist. Die Socialdemokraten selbst sagen, der Kampf ist unterbrochen, noch nicht beendet. Wie die Dinge liegen, wird sich zeigen, wenn wir nach Jahr und Tag beurteilen können, ob die Arbeitswilligen und unbefähigt geblieben sind von denen, die jetzt zur Arbeit zurückkehren.

Ich werde das von mir gesammelte Material ausführlich drucken lassen und Ihrer Nachprüfung überantworten. Das Resultat ist: Zunächst hat eine Umfrage bei den Arbeitswilligen ergeben, daß in den öffentlichen Verammlungen nur die gewöhnlichsten Tiraden vorgetragen wurden. Aber in den Häuten haben die Streikenden durch Drohungen und Beleidigungen in unerhörter Weise gearbeitet. Man hat sich doch sogar nicht gefeurt, auf die Folgen des Streiks in Pöerane hinzuweisen, wo nach dem Siege der Arbeiter ein Arbeitswilliger so drangsalariert wurde, daß er sich erhängte. (Oh! und Lachen bei den Socialdemokraten.) Ja, ich kann das beweisen. Ich zeigeweise auch nicht, daß, wenn die Drohungen gegen die Arbeitswilligen wahr gemacht werden, ein zweiter Streik sich dort wird vermeiden lassen. Die Fabrikanten werden hoffentlich nicht ein Tüpfelchen zum Schutze der Arbeitswilligen verkaufen.

Wir haben aber so mit ungeahnter Schnelligkeit einige Stufen der notwendigen Entwicklung überprungen. Wir hätten in der That vor einem halben Jahre nicht geglaubt, daß plötzlich die Gesamtheit des Arbeitgebertums solidarisch würde. Ob dies ein Glück oder Unglück für die Zukunft Deutschlands ist: Jedenfalls werden sich an dieser festen Mauer, der Solidarität des gesamten deutschen Unternehmertums Sie (zu den Socialdemokraten) sich hoffentlich noch oft genug den Schädel einrennen. Wir sind den Fabrikanten dankbar, daß sie sich zusammengerafft haben.

Aber ein andres ist die Stellung zu einem Streik und zur gesamten Socialpolitik. Dieser Streik soll und nicht hindern in der Fortführung freudiger Socialpolitik. Sie (zu den Socialdemokraten) sehen nur Uebertreibung und Verhezung, aber die Behörden mögen etwas weniger nervös und weniger übereilt sein, namentlich im Königreich Sachsen. Das Verbot der Verammlungen ist unsres Erachtens sehr schwer zu vereinbaren mit dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht. Unser Antrag auf die reichsgeflechte Regelung dieser Frage hängt ursächlich mit diesen Erfahrungen zusammen. (Abg. Dr. Sidelum: Wie lange hat das gedauert?) So lange, bis wir hier im Reichstage zusammenkommen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Sidelum.) Herr Dr. Sidelum, wir sind hier nicht allein.

Wir können mit Stolz hinweisen auf unser Reichsamt des Innern, das es an aufopferungsvoller Arbeit nicht fehlen läßt, und auf unser Unternehmertum, das sich auch gen Dpfer aufzulegen läßt. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ich spreche nur im allgemeinen von den deutschen Verhältnissen. Wir wollen fleißig, aber nicht überstürzt schaffen, damit die Verammlungen vermieden werden, die Ihre (zu den Socialdemokraten) Partei herbeiführen will. Wir aber wollen diesen Staat und diese Gesellschaft festmachen, so im Geiste der Abwehr, wie in dem des Schaffens. (Lebhafter Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Müller-Reinigen (rsf. Sp.):

Wir haben nie die Etatsberatung mit wertlosen Resolutions be-lasht; wenn wir eine Materie gründlich durchberaten wollen, stellen wir Initiativanträge. Jedenfalls danke ich Herrn Pappig für seine Anerkennung der socialpolitischen Thätigkeit der alten Fortschritts-partei.

Ich muß jetzt etwas näher eingehen auf die neulichen Aus-führungen des Herrn Dr. Schäfer über die Kasernierung der Prostitutions in Hamburg. Ich habe es nicht verstanden, warum der Herr Vertreter von Hamburg nach meinen Welterungen so sehr aus-geregert hier auf- und abließ. (Weiterkeit.) Kein Jehntel von dem, was er sagte, gehörte überhaupt nicht zur Sache. Ich habe kein Wort über Kasernierung und Lokalisierung der Prostitutions vom principellen Standpunkt aus gesprochen, denn ich bin kein Sachverständiger auf diesen Gebiete (Weiterkeit links), da mag sich Herr Dr. Schäfer mit den Hygienikern und Medizinem auseinandersetzen. Jedenfalls kann der Herr Vertreter von Hamburg nicht bestreiten, daß durch die Polizei thatsächlich das Bestehen des Bordellwesens in Hamburg an-erkannt ist. Dann hat aber die Hamburger Behörde kein Recht zu sagen: Wir haben keine Vorbelle im polizei-technischen Sinne. (Sehr richtig! links.) Besonders stolz war der Herr Syndikus Dr. Schäfer darauf, daß durch die Kasernierung das Jubälter- und Dirnenwesen in Hamburg vollständig beseitigt sei. In kraffem Widerspruch dazu steht eine Notiz der Frankfurter Zeitung, wonach in dem im Februar 1904 er-schienenen Verichte des Budgetausschusses der Bürger-schaft Hamburgs über die ständige Zunahme der heimlichen Prostitutions und mit ihr des Jubälter- und Dirnenwesens geflagt wird. (Hört! hört! links.) Die Bürger-schaft hat dann auch Erfah-mittel zur Bekämpfung dieses Jubälter- und Dirnenwesens be-willigt. Wer hat nun hier recht? Herr Dr. Schäfer hat bis zum Schluß seiner Ausführungen überhaupt nicht verstanden, warum ich meine Klage vorgebracht hatte. Ich habe aus-drücklich gesagt, die rechtlichen und thatsächlichen Verhältnisse in einer Reihe von Bundesstaaten, in erster Linie sogar der freien Republik Hamburg, bewiesen, daß unsre Verhältnisse auf dem Ge-biete des Vereins- und Versammlungs-wesens un-haltbar sind. Das Wesentliche meiner Ausführungen hat der Vertreter von Hamburg vollständig zugegeben. Er hat zu-gegeben, daß die Person der betreffenden Frauenführerin es allein war, welche die Chikanen der Hamburger Polizei hervorgerufen hat. Soeben und Neuch ältere Linie müssen geradezu vor Leid bersten (Weiterkeit), daß sie noch nicht auf die wunderbare Idee ge-kommen sind, eine Verammlung zu verbieten, weil in der Disziplin von einer Person, von der man noch gar nicht weiß, ob sie überhaupt sprechen wird, vielleicht etwas gesagt werden könnte, was den betreffenden Polizeileutnant nicht paßt. Das Ham-burger Vereins-gesetz ist ganz ultrareaktionär. § 1 lautet: Vereine und Verammlungen, deren Zweck oder deren Thätigkeit mit dem Gefetze in Widerspruch stehen, oder den öffentlichen Frieden, oder die öffentliche Sicher-heit gefährden, sind verboten.“ Was heißt „Gefährdung der öffent-lichen Sicherheit“? Nach den Ausführungen des Vertreters von Hamburg liegt eine solche schon vor, wenn eine Dame, die bei der Polizei, wer weiß, weshalb, nicht beliebt ist, vielleicht ein paar Worte sprechen könnte. § 2 lautet: „Bei dringender Gefahr für den öffentlichen Frieden oder die öffentliche Sicherheit ist die Polizei-behörde berechtigt, jede öffentliche und nicht öffentliche Verammlung zu unterlagen.“ (Hört! hört! links.) Das muß mit derartigen Kniffen-Vestimmungen alles machen kann, ist klar. Eine Verammlung wurde sofort aufgelöst, als die Rednerin auf die Unkenntnis der Hamburger Unterbeamten zu sprechen kam und darlegte, daß sie das Vereins-gesetz von Hamburg nicht zu kennen schienen. Eine Versammlung blieb erfolglos. Am 6. Februar 1903 wurde die Generalversammlung des Hamburger Zweigvereins der „Internationalen Föderation“, die in einem Privathause tagte, von der Polizei aufgelöst, trotzdem lediglich interne Angelegenheiten auf der Tagesordnung standen.

(Hört! hört! links.) Hier liegt zweifellos qualifizierter Handfriedensbruch vor. Am 13. Februar fand die General-verammlung des kaufmännischen Vereins „Industria“, der Organisation der Handlungsgehilfen Hamburgs, statt. Diese Verammlung war fünf Jahre lang ohne polizeiliche An-meldung erlaubt gewesen, solange sie unter dem Vorbehalt eines Hamburger Juristen stattfand. Jetzt führte die mehrfach erwähnte Dame das Präsidium und die Folge war, daß die Verammlung, trotzdem sie in einem Privathause stattfand und rein geschäftliche Angelegenheiten erörtert wurden, aufgelöst wurde. (Hört! hört! links.) Im März 1903 hielt der Verein für Lebensreform eine öffentliche Verammlung mit dem Thema: Die Prostitution, und dem Referenten Karl Schön ab. Die Verammlung wurde erlaubt. Der Zweigverein der internationalen Föderation berief darauf eine Ver-ammlung mit dem gleichen Thema und einem andren Referenten ein, die verboten wurde. Die Frauen haben infolge dessen den betreffenden Herrn Referenten entbunden. (Weiterkeit links.) und stellten als Referenten denselben Herrn Schön auf, der in den Verein für Lebensreform gesprochen hatte. Trotzdem wurde es den Frauen unterlagt, dasselbe Thema durch denselben Referenten in demselben Lokal behandeln zu lassen. (Hört! hört! links.) Herr Schäfer hat sich nun die Sympathien der Rechten und des Centrums dadurch erworben, daß er uns graulich zu machen suchte: es seien in solchen Verammlungen jugendliche Personen zugegen gewesen. Dafür hat er aber nicht den Schatten eines Beweises beigebracht. Wären wirklich Jugendliche anwesend gewesen, so hätte die Polizei die Ver-ammlung sicher aufgelöst oder sie hätte für die Auflösung wenigstens diese Thatsache als Grund angegeben. Das ist aber in keinem einzigen Falle ge-schehen. Ich habe die ganze Hamburger Frage nur zur Illustrierung der Notwendigkeit eines Reichs-Vereins- und Versammlungs-rechts berührt. Und da muß ich noch einige Worte gegen den Staatssekretär sagen. Er wünscht den Frauen die Vertretung ihrer Berufsinteressen zu erleichtern, will sie aber von der politischen „Agitation“ fern-halten. Welche Unklarheit der Auffassung, lediglich diktiert von der Verlogenheit des Staatssekretärs. In ihm wohnen zwei Seelen: der ganz moderne Mann, der weiß, daß es mit der Frauenstellung nicht so bleiben kann und der z. B. über Frauenbildung sehr freie Ansichten hat, auf der andren Seite der Vertreter der verbündeten Regierungen, der an der preußischen Tradition festhalten muß. Nur so konnte ein so klar denkender und hell sehender Mann einen solchen Satz aussprechen. Was ist denn politisch? Vertreten die Frauen nicht gerade ihre Berufsinteressen, wenn sie das aktive und passive Wahlrecht zu den Handelsgerichten verlangen, die Zulassung zur Universität, unabhängig von einem Honorarprofessor, dem viel-leicht die Rufe der Dame nicht gefällt. (Weiterkeit.) Das ist thatsächlich vorgekommen (Hört! hört! links, Lachen rechts) — wenn sie zur Börse, zur Gewerbe-Kassette zugelassen zu werden wünschen, wenn sie die Prostitution, den Mädchenhandel bekämpfen? Wollen Sie bei dieser hervorragenden Aufgabe die christ-liche Caritas, die Mithilfe der Frauen entbehren? Sind nicht gerade eine Anzahl Damen des höchsten Adels in diesen Vereinen? Die Dame, von der der Vertreter für Ham-burg sprach, hat wie man mir berichtet, mehr ge-fundene Schwefelstein aus dem Sumpfe gerettet, als zehn Vereine, die alles mit Glacehandschuhen anfassen. — Ich freue mich, daß der Staatssekretär endlich zur Frage des Reichs-Vereins- und Ver-sammlungs-rechts Stellung genommen hat, daß er es für wünschens-wert erklärt hat, ein solches Gesetz zu schaffen. Vor einigen Jahren wurde uns noch ein blutiger Regierungsschaffessor in die Petitions-kommission geschickt, der erklärte, über diese Frage brauchen wir gar nicht zu verhandeln. Jetzt hat man eingesehen, daß es eine der wichtigsten Fragen unsres Staatsrechts und unsrer Socialpolitik ist. Der Reichstag ist gegenüber den verbündeten Regierungen nicht un-höflich. Sie können jederzeit den Gegenstand an unser Haus bringen; aber wenn wir die wichtigsten Initiativanträge beraten, hört uns kaum der jüngste Regierungsschaffessor zu. Der Staatssekretär drückte ferner die Furcht der Regierung aus, der Entwurf eines Vereins-gesetzes würde vom Reichs-tage in unannehmbare Weise umgestaltet werden. Vor der Unannehmbareit hat sich ja die Regierung bei der Justizhaus-, der Unsurzvorlage und der lex Heinze auch nicht gefürchtet, und wenn die Regierung nicht die Zeit haben sollte, die Vorlage zu entwerfen, so bin ich gern bereit, ihr unsren vollständigen Entwurf zu überlassen, den wir nur aus Mangel an der nötigen Zeit für die Beratung dem Hause nicht vorgelegt haben. Unsre Forderungen auf diesem Gebiete sind gar nicht so unbekannt. Wir verlangen nur, was in einer großen Reihe von Bundesstaaten schon jetzt besteht und was die hervortragendsten Männer des gemäßigten Liberalismus, Richter, v. Verlepsch und v. Camille, hier im Hause längst verlangt haben. Aber die Herren, die die denkwürdige Denkschrift zur Justizhaus-vorlage gemacht haben, soll die Regierung aus dem Spiel lassen (Sehr richtig! links), dann wird es schon gehen.

Ein kluger Mann baut vor, Herr Staatssekretär! Die Ver-handlungen der letzten Tage haben gezeigt, daß das Drängen nach einem einheitlichen Vereins- und Versammlungsrecht von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten geht, bis zu Herrn Stöcker, mit dem ich sonst wirklich sehr selten harmoniere. Mögen Sie selbst die Initiative ergreifen, selbst vorgehen, um ein derartiges Gesetz zu schaffen. Ich kann mir überhaupt nicht denken, wie Sie ohne einheitliches Vereinsrecht ein Reichsgesetz über die Berufsvereine dem Hause vorlegen könnten. Die heilsame Ein-nahme des ganzen Volkes an unsrer socialpolitischen Thätigkeit ist nur unter einem reichsrechtlichen Vereins-gesetz möglich. Im übrigen wünsche ich dem Herrn Staatssekretär, daß er möglichst bald sein Gehalt bekommt. (Weiterkeit; Beifall links.)

Abg. Lesche (Soc.):

Herr Pappig hat sich viele Mühe gegeben, die Socialdemokratie in die zweite Reihe der Socialpolitiker zu drängen. Demgegenüber möchte ich Herrn Pappig auf sein Partei-Organ, die national-liberale „Donaukräuter Zeitung“, verweisen. Da werden die „unerhörten Kritik“, die fruchtbarsten „Anregungen auf social-politischem Gebiete“ (Hört! hört! bei den Socialdemokraten) über alle Rassen gelobt. Die Nationalliberalen seien in der glücklichen Lage, den Bestrebungen der Socialdemokratie nicht oft entgegen-treten zu müssen (Hört! hört!) und ständen im Reichstage in freundschaftlichem Verkehr mit ihnen (Waden rechts.) Und da bemüht sich Herr Pappig 1/2 Stunden, um unsre socialpolitische Unfruchtbarkeit nachzuweisen! Er hat entdekt, daß in Amerika die Arbeiter kein gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht haben, sondern eine Stimm-wahl. In Wahrheit haben sie sowohl zum Kongreß wie zu den Einzelstaaten und Kommunen direktes, gleiches Stimmrecht, nur bei der Wahl mehrerer Beamten kommen Listen zur Anwendung. Sie (zu den Nationalliberalen) links ja doch auf allen Gebieten nach und erfüllen noch Jahren, was wir längst gefordert. — Für die kaiserliche Votenschaft von 1890 haben wir die intellektuelle Ueberechenschaft der Socialdemokratie schon nach-gewiesen. Jetzt hat sich der Staatssekretär hinter die von 1881 gestüllet. Aber wir können ihn auch da nicht umgestört lassen. Wir wollen den Beweis führen, daß schon vorher die Socialdemokratie positiv ge-wirkt hat. März 1881 lag dem Reichstage der Ge-fechentwurf über die Unfallversicherung vor und der erste Satz in den Notizen dieser Vorlage lautet folgendermaßen: „Bei der Beratung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemein-gefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie ist die Notwendigkeit anerkannt worden, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erfolg dieses Gesetzes notwendig gemacht haben, durch positive Maß-nahmen zu bekämpfen.“ Das kann nichts weiter heißen, als daß man die Forderungen dieser Partei, unsrer Partei, zum Gegenstand der Gesetzgebung machen

to alle. In der Beratung hob ein Abgeordneter hervor, er verwerfe den Entwurf, weil Methode wie Formel von der Socialdemokratie herrühre. Schon Bebel habe im Jahre 1878 bei der Beratung der Unfallversicherung genau die Grundzüge des heutigen Gesetzes von 1881 entworfen. Die Thätigkeit der Socialdemokratie hat also seit jener sehr befruchtend gewirkt. Darüber braucht man nicht mehr zu streiten, daß wir das ganze bishere Socialreform noch nicht hätten, wenn nicht die Socialdemokratie da wäre. Daß nur die Socialdemokratie gegen diese Gesetze gestimmt hat, liegt daran, daß die Gesetze in ihren Grundzügen nicht das boten, was man billigerweise verlangen durfte. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Zunächst war der Kreis der Versicherten viel zu klein. Die Krankenversicherung wurde in einer kleinlichen Weise an die bestehenden Zustände angeschlossen, so daß eine große Zersplitterung der Organisationen von vornherein eintreten mußte. Die Krankenversicherung ist infolgedessen nicht im Stande, etwas Vernünftiges zu leisten. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Auch verstehen die Arbeiter es immer noch nicht, daß sie von vornherein auf ein Drittel ihrer Entschädigungsansprüche verzichten müssen. Das habe ich in meiner Thätigkeit als Arbeitersekretär fortwährend erfahren. Derartige „ausgleichende“ Grundzüge haben immer ihren Schaden. Es ist so, als wenn ein behäbiger Bourgeois im Restaurant sein Beefsteak isst, während da draußen ein hungriger Proletarier ihm zuseht. Da wird die „ausgleichende“ Statistik festgestellt, auf jeden der beiden sei im Durchschnitt ein halbes Beefsteak entfallen. (Weiterheit bei den Socialdemokraten.)

Keineswegs stichhaltig ist auch der neuerdings immer wiederholte Vorwurf, die Socialdemokratie leiste keine positive Arbeit. So wünschen wir jetzt eine Vereinheitlichung der drei Versicherungsarten. Das Centrum aber bringt bei seiner sogenannten Socialpolitik der Regierung immer gleich die Gedanken auf dem Präsentierteller entgegen. Der Staatssekretär hat in Bezug auf die Vereinheitlichung der Versicherung nichts Verbindliches versprochen, sondern hat nur von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Unterbaues gesprochen. Möge doch diese Arbeit bald in Angriff genommen werden! Regierungsrat Dr. Zacher, Senatspräsident im Reichsamt des Innern, hält es ebenfalls für notwendig, der Vielheit der Versicherungsarten ein Ende zu machen. Der jegliche kolossale Apparat verursacht 35 Millionen jährliche Verwaltungsstellen und stellt somit eine ungeheure nationalökonomische Verschwendung dar. Der Verwaltungsapparat umfaßt nach Dr. Zacher etwa 1/4 Million bei insgesamt 13 Millionen versicherten Arbeitern. Schlimmer noch ist die bestehende Rechtsunsicherheit und Rechtsunklarheit im Versicherungswesen. Durch die letzten Novellen ist das Verfahren noch komplizierter geworden, als es bisher war. Es besteht zum Beispiel Unklarheit darüber, welche Klasse bei einem Wechsel der Mitgliedschaft während der Krankheit die Unterstützung zu zahlen habe. Das preussische Ober-Verwaltungsgericht hat hier entschieden, daß die zweite Klasse die Unterstützung zahlen müsse, badische und württembergische Gerichte waren — meiner Ansicht nach mit Recht — der entgegengegesetzten Meinung. Ähnlich liegt es mit der Frage, ob jemand, der durch Wechsel des Berufes in eine andre Klasse hat eintreten müssen, neben der Invalidenversicherung in der zweiten Klasse die freiwillige Versicherung in der ersten Klasse beibehalten kann. Redner erörtert weiterhin einen Fall, in dem eine Armenverwaltung die Entschädigungsummen einer Krankenkasse für sich in Anspruch genommen habe, und bittet den Staatssekretär, sich über diese Frage zu äußern. Dringend notwendig ist eine Vereinfachung des Streitverfahrens und die Schaffung eines einheitlichen Rechtsweges in der Versicherungs-Gesetzgebung.

Noch einige allgemeine Bemerkungen. Wir sollen nicht genügend berücksichtigen, wie große Summen für die Versicherung der Arbeiter ausgegeben werden. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß diese ganzen Leistungen der Unternehmer für die Arbeiter nicht mehr ausmachen, als 5 Pf. pro Tag Lohnerhöhung. Eine wirkliche Socialreform beginnt doch erst dann, wenn man nicht nur für die invaliden Arbeiter, sondern auch für die Arbeiter sorgt, die noch im Produktionsprozess thätig sind. Aber da gehen die Interessen auseinander. Die Unternehmer wollen sich ihre Profiteure nicht schmälern lassen, widerstreben daher jeder durchgreifenden Socialreform und machen den Arbeitern die Ausübung des Koalitionsrechts so schwer wie möglich, die Arbeiter andererseits streben nach einer Erhöhung ihrer Lebenshaltung, nach einem größeren Anteil an den von ihnen geschaffenen Gütern, an der Kultur. Die beste Agitation für uns sind die Reden, die hier von Gegnern der Arbeiterklasse gehalten werden. Wir werden in keiner Weise auch nur ein Jota zurückgehen, wir werden immer zur Stelle sein, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiter gegen den Kapitalismus zu verteidigen. (Lebhaftes Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Hamburgischer Bundesbevollmächtigter Syndikus Dr. Schäfer: Bei dem von Dr. Müller-Meinungen wieder erwähnten Versammlungsverbot handelt es sich um eine rein landespolizeiliche Frage, die lediglich nach Landesrecht zu entscheiden war. Ich gebe auf die Berechtigung der hamburgischen Polizeibehörde zu diesem Versammlungsverbot nicht weiter ein, sondern hebe nur hervor, daß die hamburgische Polizei grundsätzlich keinen Unterschied macht darin, ob Versammlungen von Männern oder von Frauen angemeldet sind. Das Verbot in dem konkreten Fall lag lediglich in der Art und Weise begründet, wie vorhergegangene Versammlungen derselben Rednerin verlaufen waren. Die darin anwesenden jugendlichen Personen waren nur durch die Hoffnung angelockt, pikante Sachen zu hören. Das hamburgische Vereinsrecht giebt der Polizei nicht das Recht, von einmal zugelassenen Versammlungen jugendliche Personen auszuschließen.

Abg. Erzberger (C.): Herr v. Hehl hat daraus, daß wir den Festsünden-Antrag diesmal selbständig eingebracht haben, den Schluß gezogen, daß wir nicht mehr im Verein mit den Nationalliberalen Socialpolitik machen wollten. Es lag aber nur an einem unglücklichen Zufall, daß wir den früheren Antrag Hehl-Trimborn diesmal ohne vorherige Verständigung mit dem Abg. v. Hehl eingebracht haben. Herr v. Hehl ist darüber auch von uns verständigt worden, und ich begreife eigentlich nicht, wie er zu einem Vorwurf kommt.

Von der Rechten und den Nationalliberalen ist uns ein zu rasches socialpolitisches Tempo vorgeworfen worden, von der Socialdemokratie wieder ein zu langsames Tempo. Das ist wohl ein Beweis dafür, daß wir die goldene Mittelstraße gehen. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Socialdemokratie meint, wir als regierende Partei könnten jede socialdemokratische Forderung durchsetzen. Wir sind aber wiederholt in solchen Materien abgestimmt worden. Sie (zu den Socialdemokraten) haben mit Ihren 81 Mitgliedern doch auch einen großen Einfluß! Nun verlangen Sie (zu den Socialdemokraten) von uns, wir sollten eventuell den Etat ablehnen. Grillenberger hat früher solches Verlangen als eine „offenbare Verriäththeit“ bezeichnet. Sollen wir solche „offenbare Verriäththeiten“ begehren? (Sehr gut! im Centrum.) Und meinen Sie, unser als sehr energisch bekannter Kaiser würde etwa das Heer auflösen und die Flotte veraktionieren, damit auch einige Schiffe auf dem Züricher See und dem Balchen See herumfahren könnten? (Große Heiterkeit im Centrum.) Die äußerste Linke behauptet, wir erledigten die Socialpolitik im Rausch, indem wir unsre Initiativanträge als Catorresolutionen wieder eingebracht hätten. Aber auf dem Dresdener Parteitag hat der Präsident Herr Singer dreizehn Initiativanträge glattweg im Rausch erledigt. (Heiterkeit.) Es bestand eben keine Aussicht, Initiativanträge zur Verhandlung zu bringen. Das hat Regier selbst für die vorige Session, wo viel weniger Initiativanträge eingebracht waren, in einem Artikel der „Socialistischen Monatshefte“ vom Jahre 1901 anerkannt. Herr Dr. Müller-Meinungen hat uns Verschleppung der parlamentarischen Arbeit vorgeworfen; aber er sitzt im Glasbause; wie war

es denn vor drei Jahren bei der ox Heinze? (Sehr gut! im Centrum.) Er sagte, die freisinnigen Parteien machten den socialpolitischen Weltlauf nicht mit; er mag sich beruhigen, wir haben das socialpolitische Laufen der Freisinnigen nie ernst genommen. Als eifriger Leser des „Vorwärts“ habe ich auch ein schönes Jahresgeschenk bekommen, den historischen Kalender für 1904. Ich lese daraus nur eine kleine Auswahl bis zum August vor. Der Abg. Fischer, der gerade dieser Produktion nicht fern stehen dürfte, hat sich zu einer Redewendung verhalten, die ich in Beziehung auf den historischen Kalender des „Vorwärts“ so variieren möchte: „Es giebt keine Infamie der Weltgeschichte, die er nicht für würdig erachtete, aufgenommen zu werden.“ Herr Frähdorf hat wieder einmal von den Bettelstuppen des Dr. Hige gesprochen. Hat er das Buch dieses Mannes einmal in der Hand gehabt? Bebel, Singer, der „Vorwärts“ haben sich nacheinander veranlaßt gesehen, diesen Vorwurf zurückzunehmen. Aber seit 28 Jahren geht die Socialdemokratie damit herum. In Bezug auf Freiherren v. Hehl sagte neulich der „Vorwärts“: wenn er dies und jenes weiter behauptet, würde er sich der höchstwillkürlichen und harmlichsten Verleumdung schuldig machen. Was soll man dann zu Ihrer Behauptung über Dr. Hige sagen? Die Männer, die sich um die Socialpolitik am meisten verdient gemacht haben, werden von Ihnen (zu den Soc.) am heftigsten angegriffen. Sie können ihm doch nicht verdenken, sich der Arbeiter anzuschließen. Aber eine Liebe ist der andern wert. Ich gestatte mir deshalb, einige Kochrezepte aus dem „Antustöpfen“ anzuführen. Herr Bebel hat sich mit seiner Schilderung der „zukünftigen Gesellschaftsstände“ in den Superlativen noch bei weitem von Herrn Stern übertreffen lassen. Nach ihm werden die Arbeiter im Hotel speisen, was ihnen beliebt, eine höchst komfortable Wohnung haben und mit den öffentlichen Hotels in Verbindung stehen, Telephon, Bäder, Einrichtungen usw. (Zwischenruf des Abgeordneten Bebel: Warum reden Sie nicht über die katholische Heiligen-Legende?) Die katholischen Heiligen haben ihre Phantasie auf dieses Gebiet nie erstreckt. Bischof Kettler, den Herr Wurm zum Erzbischof befördert hat, hat schon im Jahre 1848 grundlegende socialpolitische Predigten im Mainzer Dom gehalten. Einige Abgeordnete, wie Löwe, haben ihn daraufhin sogar socialdemokratischer Tendenzen beschuldigt. Ketteler war in keiner Weise von Laßalle beeinflusst, das zeigt die Vorrede zu seinem Buche „Das Christentum“, und das zeigt seine praktische Thätigkeit in der Socialreform. Der Brief von 1864 ist ebenso alt wie echt. Ketteler wünscht darin nur Auskunft über eine Specialfrage der Produktivassoziationen. Aber Laßalles interessanter Antwortbrief vom 21. Januar 1864 enthält die Stelle: „Die Zeitungen haben meine Ansichten merkwürdig entstellt, wenn sie mich in der unbedingten Gewerbfreiheit das Heil für den Arbeiter sehen lassen. Die hat vielmehr Pauperismus und Proletariat geschaffen und unter ihr kann nur eine Vermehrung, nicht eine Verminderung der Uebel eintreten. Und 1869 hat v. Schweiger erklärt, aus Bosheit für die Gewerbfreiheit zu stimmen. Auch das psychologische Mittel Mehring hat Laßalle und Ketteler als die beiden einzigen wirklichen Agitatoren großen Stils bezeichnet, die die deutsche Geschichte des 19. Jahrhunderts kennt. Ich will aber keinen allzu großen Wert darauf legen, weil ich eine Gegenrede des Dr. Wurm nach dem Dresdener Muster fürchte. Wer der wirklich ehrliche Arbeiterfreund war, Laßalle oder Ketteler, das beweist die Aeußerung Laßalles: Wir haben einen schmerzlichen Stand, denn der Mob ist groß, die Unwissenheit unglücklich. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ich glaube, das dieser Ausdruck: der Mob ist groß! tief, sehr tief blicken läßt. (Sehr richtig! im Centrum. Lachen bei den Socialdemokraten.) Zwei Gedanken hat Ketteler von Laßalle übernommen, die sich aber als Talmi erwiesen haben: die Produktivassoziationen und das ehernerne Lohngesetz. 16 Jahre lang hat die Socialdemokratie dies ehernerne Lohngesetz den Arbeitern als der Weisheit letzter Schluß vorgeführt, während die Führer schon längst von seiner Unhaltbarkeit überzeugt waren. Und da hat Herr Wurm den Mut, gegenüber dem Centrum von Heuchelei zu sprechen. (Sehr gut! im Centrum.) Herr Wurm hat mit einem ziemlich deutlichen Rud Herrn Schippel vor die Parteiliste gesetzt. Ich habe mir gedacht, unter Parteifreunden finden doch solche Ansprachen nicht vor dem öffentlichen Plenum des Reichstages statt. Da hat man doch Gelegenheit, sich unter einander zu verständigen. Was Herr Schippel eigentlich gesagt hat, wissen wir heute noch nicht. Wenn aber Herr Wurm glaubt, sich mit besonderem Stolz auf das Programm berufen zu können, so erinnere ich ihn an das hochinteressante Wort seines Parteigenossen Dr. David über Socialdemokratie und Landwirtschaft. Dr. David weist da nach, daß die marxistische Lehre von der Konzentration der Betriebe für die Landwirtschaft nicht zutrifft. Er sagt wörtlich: „Selten ist die Theorie durch die Praxis so zum besten gehalten worden, wie die marxistische Agrartheorie. (Hört! hört! rechts.)“ Damit festigt sich Herr David in den denkbar größten Gegensatz zu Aeußerungen des Herrn Bebel, und trotzdem hatte Herr Wurm noch vor drei Tagen den Mut zu sagen, daß die Socialdemokratie ihr Programm nach wie vor unerschütterlich aufrecht erhalte. Herr Wurm hat anerkannt, daß auf dem Gebiet des Arbeiterlaues bei uns viel geleistet sei. Es wäre aber nichts erreicht worden, wenn das Centrum und die andern bürgerlichen Parteien ebenso thätig und taktisch unflug gehandelt hätten, wie die Socialdemokratie. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Im Gegenteil!) Ich muß es entschieden bestritten, daß wir nur aus Furcht vor der Socialdemokratie für die Socialreform eintreten. Wenn auch kein einziger Socialdemokrat im Hause wäre, so würde ich mich zu genau derselben Thätigkeit verpflichtet halten, wie jetzt. (Lebhafter Beifall beim Centrum.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Herrn Bagig machte ich darauf aufmerksam, daß in den amtlichen Veröffentlichungen des Reichs-Versicherungsamtes wichtige Entscheidungen der Berufsgenossenschaften bereits jetzt veröffentlicht werden. Es ist darin ein Fall aus Hamburg mitgeteilt worden, in dem eine Rentenleistung der Berufsgenossenschaft dem Armenverband überwiesen sei, weil dieser Armenpflege gewähre. Der Fall liegt so, daß nach dem Unfallversicherungs-Gesetz § 8 vom Jahre 1884 ganz unzweifelhaft Armenverbände einen Erstattungsanspruch gegen Berufsgenossenschaften nur erheben können bei Gleichheit der Größe der Leistung. Bei der letzten Revision des Unfallversicherungs-Gesetzes wurde dann bestimmt, daß maßgebend sei die Zeit, das heißt, daß die Armenverbände nur für die Zeit Regrehananspruch erheben könnten, für welche auch Rente seitens der Berufsgenossenschaft gewährt sei. Zweifelloß ist nun nach der Entstehungsgeschichte des § 25 des Unfallversicherungs-Gesetzes, daß keineswegs beabsichtigt ist, etwa die Versicherten schlechter zu stellen. Meiner Meinung nach ist Gleichheit der Leistung in beiden Fällen noch wie vor erforderlich, wenn auch der Wortlaut des letzten Unfallversicherungs-Gesetzes gewisse Zweifel bestehen läßt. Mehring sagt einmal: „Je nachdem man bei der Auslegung von Gesetzen an dem Worte hängen bleibt und in ihm den vollkommenen Ausdruck des Willens des Gesetzgebers sieht, oder über den Wortlaut hinaus den Gedanken des Gesetzes zu fördern sucht, läßt man grammatikalische oder logische Interpretation. Das Oberverwaltungsgericht hat dadurch, daß es anerkannt hat, Gleichheit der Leistung müsse vorliegen, logische Interpretation geübt, wie sie geübt werden muß.“

Daß die Frauen berechtigt sind, gewisse öffentliche Zwecke zu verfolgen, erlaube ich durchaus an. Ich glaube aber, daß es eine Anzahl politischer Aufgaben giebt, die nicht Sache der Frauen sind. Herr Müller-Meinungen fragte, ob ich damit nicht nur die Auforderung des Bundesrats im Gegensatz zu meiner eignen vertrete. Wie würde er darüber urteilen, wenn beispielsweise die Frauen der Mitglieder des Bundes der Landwirte in öffentlichen Versammlungen die Regierung aufforderte, die Postläge, die der Bund der Landwirte vertritt, zu acceptieren. Ich glaube, dann würde er doch diese Thätigkeit der Frauen für eine sehr bedenkliche halten. (Große Heiterkeit.) In Bezug auf ein Reichs-Vereinsgesetz habe ich allerdings erklärt, daß wenn Hoffnung bestände,

mit diesem Hause ein solches Gesetz zu Stande zu bringen, man darüber reden könnte. Herr Müller sagte nun, er habe ein solches Gesetz für fertig. Da fällt mir eine Erzählung aus Zimmermanns Münchhausen ein. In einem Koffer war ein frommes und ein ziemlich leichtes Produkt der französischen Literatur verpackt, und als der Besizer den Koffer auspackte, waren die Seiten des französischen Buches ganz weiß; das fromme Buch hatte das französische befehlt. Wenn ich sicher bin, daß, wenn die Regierung ein Reichs-Vereinsgesetz einbringt und dies würde mit dem Gesetz des Herrn Müller-Meinungen zusammengepackt, daß dann unser Vereinsgesetz eine befehlende Wirkung haben würde (Heiterkeit), dann würde vielleicht der Bundesrat bereit sein, ein solches Gesetz vorzulegen.

Wir werden so oft moniert, daß wir in der Socialpolitik nicht schnell genug vorgingen. In der Medizin giebt es gewisse Stoffe, die, obwohl sie ein Heilmittel sind, doch vom Arzte nur in kleinen, vorsichtigen Dosen verordnet werden, damit man erst sehen könne, ob sie beruhigend oder aufregend wirken. Nach ganz demselben Rezept betreiben wir unsre Socialpolitik. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Ist das Gift?)

Eine Prüfung und Regelung der Verhältnisse der Arbeiter in den Verkehrsanstalten halte auch ich für erforderlich. Aber diese Arbeiter sollen nicht unter die Gewerbe-Ordnung, und zu solchen Erhebungen wäre zweifellos eine Uebereinstimmung der verbündeten Regierungen notwendig. Ob sie dazu geneigt sind, darüber kann ich heute noch keine Erklärung abgeben.

Gegenüber meinen Ausführungen über die kaiserlichen Erlasse ist heute von den Herren Socialdemokraten wieder die Priorität in Anspruch genommen worden für das, was auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung geschehen ist. Sie können aber doch nicht leugnen, daß den Grundstein die kaiserlichen Erlasse gelegt haben. Im übrigen aber halte ich es für das eigentliche Wesen der politischen Bildung, an jede Frage und jede Person, sie sei, wer sie wolle, durchaus vorurteilsfrei heranzutreten. Ich halte deshalb diesen Streit, von wem irgendeine Anregung zu einer nützlichen That ausgegangen ist, für politisch recht gleichgültig. (Sehr richtig!) Derartiges mag bei den Wahlen seinen Wert haben, hier und für das deutsche Volk hat es keinen Wert. Wir werden das Nützliche und Verständige immer daher nehmen, woher wir es bekommen. Unser Hinweis auf das bisher in Deutschland geleistete soll keine Nennmarge sein — eine Regierung darf am allerwenigsten renommieren — aber diese Hinweise waren nur ein Akt notwendiger Verteilung gegenüber der Socialdemokratie, die so oft die Socialpolitik der Regierung und der bürgerlichen Parteien als eine Reklamepolitik bezeichnet hat. Sobald von jener Seite das, was socialpolitisch geschieht, vorurteilsfrei anerkannt wird, wollen wir von der Regierung nie wieder darauf zurückkommen, was wir geleistet haben. Anerkennung verlangen wir nicht, wir wollen nur dem öffentlichen Wohl dienen. (Beifall.)

Abg. Jessen (Däne)

critisiert die vom Berliner Lokal-Anzeiger und in der offiziellen Korrespondenz des Herrn Schmeunberg angeführte Bestimmung der preussischen Vereinsgesetz-Novelle, wonach Versammlungen in fremder Sprache dann nicht abgehalten werden dürfen, wenn kein der fremden Sprache mächtiger, überwachender Beamter vorhanden ist. Es giebt wirklich dringlichere Aufgaben als das preussische Vereinsgesetz noch zu verfeinern. Der Austritt eines Mitgliedes aus einem politischen Verein soll der Polizei angezeigt werden. Kürzlich ist ein Vorstand bestraft worden, weil er ein verstorbenes Mitglied nicht abgemeldet hat. (Hört! hört! links.) Ueberhaupt werden die dänischen Vereine und Versammlungen in jeder möglichen Weise haniert.

Die Landräthe beschaffen mit allen möglichen Mitteln die Gastwirte, um den Dänen die Säle abzutreiben. Die Amtsvorsteher werden in vertraulichen Schreiben aufgefordert, über den Erfolg dieser Bemühungen an den Landrat zu berichten. (Hört! hört! links.) Die harten Urteile gegen deutsche Redakteure in Ungarn sind hier scharf angegriffen worden. Aber ich habe beim Vergleich der Urteile gefunden, daß Ungarn doch erst einen schwachen Anfang gemacht hat, Preussens Urteile in Nordschleswig zu erreichen, die noch viermal härter sind als die ungarischen. Ein Lied dänisch singen, kostet fünf Mark Strafe. Nächstens könnte man noch die lateinische Liturgie verbieten. (Weiterheit.) In Jönhus nach rechts) sieht kein Funke von Achtung für Rationalität und Volkstum.

Darauf vertagt sich das Haus.

Personlich bemerkt Abg. Frähdorf: Ich habe bei dem Ausdruck „Higeische Bettelstuppen“ gar nicht an die Person des Dr. Hige gedacht, sondern habe nur einen Sprachgebrauch der sächsischen Arbeiter Ausdruck geben wollen, wonach solche Socialreform, wie sie hier getrieben wird, schlechthin als Higeische Bettelstuppen bezeichnet werden. (Abg. Müller-Julda: Schlamm genug.)

Abg. Wurm: Meine Aeußerung über Kettler hat Herr Erzberger nicht richtig wiedergegeben. Ich stelle ihm gegenüber fest, daß Ketteler Habgier, Genußsucht und Selbstsucht in Verbindung mit großer Not als Ursache des Hasses der Arbeiter gegen die Reichen bezeichnet hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn er ohne jede Verächtung behauptet, Kettelers Worte bezögen sich auf die Reichen, so ist das eine sehr bequeme Kampfweise.

Abg. Erzberger: Herr Frähdorf leugnet, die Person des Dr. Hige gemeint zu haben, hat aber nach dem Stenogramm nicht von Higeischen Bettelstuppen, sondern von den Bettelstuppen des Dr. Hige gesprochen. (Frähdorf: Nein! Higeische Bettelstuppen.) Jedenfalls ist der Ausdruck erst von der Socialdemokratie nach Sachsen importiert worden. Herr Wurm muß zugeben, daß Ketteler ebenso wohl die Armen wie die Reichen gemeint hat, also nicht wie er zuerst sagte, nur die Armen. (Zwischenruf von den Socialdemokraten: Faule Ausrede.)

Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.
Nächste Sitzung morgen 1 Uhr. (Friedenspräsenzstärke in dritter Lesung. Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Parlamentarisches.

Kaufmannsgerichte.

Die Kommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung am 5. Februar hauptsächlich mit der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte in Streitigkeiten aus dem Konkurrenzkauf-Vertrage.

Die Regierungsvorlage schließt die Streitigkeiten aus dem Konkurrenzkauf-Vertrage von der Zuständigkeit der Kaufmannsgerichte aus.

Müller-Meinungen beantragt, dem § 5 Absatz 6 hinzuzufügen: „Die Ansprüche aus Konventionalstrafen, insbesondere aus der sogenannten Konkurrenzkauf, d. h. der Konventionalstrafe, welche für den Fall bedungen ist, daß der Handlungsgehilfe nach Beendigung seines Anstellungsverhältnisses ein solches bei andern Prinzipalen eingeht oder ein eigenes Geschäft errichtet.“

Trimborn (C.) beantragt, dem § 5 Ziffer 6 hinzuzufügen: „Die Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Handlungsgehilfe oder Handlungslehrling für die Zeit nach Beendigung des Dienst- oder Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Thätigkeit beschränkt wird, soweit sein Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt den Betrag von 2000 M. nicht übersteigt.“

Um unter allen Umständen die Streitigkeiten aus den genannten Verträgen der Kompetenz der Kaufmannsgerichte zu unterstellen, und um dem Einwand, daß wichtige Rechte dadurch verleret würden, zu begegnen, beantragten die Socialdemokraten, dem § 15 der Vorlage folgenden Zusatz zu geben: „Bei Streitigkeiten gemäß § 5 Ziffer 6 ist die Berufung an die ordentlichen Gerichte zulässig.“ Müller-Meinungen begründete den Antrag mit Hinweis auf das einmütige Verlangen der Rentner. Singer (Soc.) trug Bedenken gegen die Fassung des Müllerschen Antrags, da er bereits in Ziffer 4 des § 5 Gefogtes wiederholte und dadurch Komplikationen

Schaffe. Zur Erklärung des Unschlusses, die Konkurrenzklau-
sel-Streitigkeiten der Kompetenz der Kaufmannsgerichte zu unter-
stellen, sei der Antrag gestellt, daß die Berufung zulässig
sein soll. Er wendete sich dann gegen den letzten
Satz des Trimborn'schen Antrages. Müller-Weinigen zieht
seinen Antrag zurück und nimmt den Antrag Trimborn bis zu
den Worten: „soweit sein Jahresverdienst usw.“ auf. Preussischer
Bevollmächtigter Dr. Habich hebt Bedenken gegen den Antrag,
weil die Gewerbegerichte auch nicht kompetent für derartige Streitig-
keiten seien. Dadurch werde die Einheitlichkeit gestört. Dann sei auch
die schwierige Frage, welcher Zeitpunkt maßgebend für die Streitigkeit
sein solle. Werde der Gehalt selbständig, dann wären die Kaufmanns-
gerichte nicht mehr zuständig. Auch die Frage der Berufung
sei wesentlich. Wollte man die Berufung ohne Rücksicht auf den
Wert des Streitgegenstandes zulassen, dann würde man vier Instanzen
schaffen und die Entscheidung verschleppen. Wed (natl.) ist für den
Antrag, weil nicht die juristischen, sondern die wirtschaftlichen
Fragen hierbei in den Vordergrund treten. Fischer (C.) ist Gegner
des Antrages, weil er jedem Versuch, das ordentliche Verfahren einzu-
engen, entgegenstehe. Staatssekretär v. Posadowsky weist darauf
hin, daß durch Annahme dieses Antrages die Vorlage auf ganz andern
Boden gestellt werde; nicht die Höhe des Gehalts, nicht die Höhe der
Konventionalstrafe, sondern die Höhe des wirtschaftlichen Schadens
des Unternehmers sei doch maßgebend. Lipinski (Soz.): Es
komme vor allem darauf an, die Streitigkeiten vor das Forum Sach-
kundiger zu bringen. Durch die Öffentlichkeit des Verfahrens werde
eventuell dem Antrage des Unschlusses der Konkurrenzklau-
sel-Verträge gesteuert. Semler (natl.) hofft, daß die Regierung nach Annahme
des Antrages, der Vorlage ihre Zustimmung verweigern werde.
Singer (Soz.) nagelt dieses Scharfmachen der Regierung fest
und hebt hervor, daß der sozialdemokratische Antrag nur den Weg der
Kompetenzübertragung ebnet, auf den Antrag selbst und seine
Fassung verweisen wir uns nicht.

Lattmann (Antik.) verwirft den Instanzenzug. Der letzte
Satz im Antrag Trimborn: „soweit sein Jahres-Verdienst an
Lohn oder Gehalt den Betrag von 2000 M. nicht übersteigt“ —
wurde gegen die Stimmen des Centrums abgelehnt. Der übrige
Teil des Antrages Trimborn, der mit dem zweiten Antrag Müller-
Weinigen identisch ist, wird hierauf mit 17 gegen 3 Stimmen an-
genommen. Dagegen stimmten: Fischer, Wetten (C.),
Semler (natl.). Die Kommission hat die Zuständig-
keit der Kaufmannsgerichte auf die Streitig-
keiten aus der Konkurrenzklau- sel ausgedehnt.
Der zweite Absatz des § 5 der Vorlage, der diese Streitigkeiten aus-
schließt, wurde gestrichen und dann der ganze § 5 angenommen.

Die sozialdemokratische Fraktion fordert in einer Resolution zum
Etat des Reichsamts des Innern einen Gesetzentwurf, der
Strafbestimmungen gegen die Unternehmer vorschlägt, welche sich
vereinigten, um Arbeiter wegen Benutzung ihres Koalitionsrechts in
ihrem Fortkommen und ihrer Arbeitsgelegenheit zu behindern.

Ferner fordert die Fraktion zum Etat des Reichs- & Eisen-
bahn-Amtes einen Gesetzentwurf, durch den der Betrieb und
die Verwaltung der deutschen Eisenbahnen dem Reich übertragen wird.

Soziales.

Kerzte und Krankenkassen.

Eine Versammlung der Krankenkassen-Mitglieder von Köln-
Ehrenfeld, die sehr stark besucht war, beschäftigte sich mit der
Kerzfrage. Es sprachen unter andern die beiden Herren, die im
Auftrage der Kassenverbände mit den Ministern verhandelt hatten.
Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die Versammlung nimmt mit Erstaunen und Entrüstung
Kenntnis von den Verfügungen der Regierung und der städtischen
Aufsichtsbehörde vom 31. Januar d. J. Die Verfügungen lassen sich
nicht mit den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar 1890, in denen
dem wirtschaftlich Schwächeren vor allem der Schutz der Staatsgewalt
werden soll, vereinbaren. Beide Verfügungen lassen sich auch mit
dem Krankenversicherungs-Gesetz und namentlich dem Selbst-
verwaltungsberecht der Kassen nicht in Einklang bringen. Die Ver-
sammlung beauftragt den Vorstand, mit allen gesetzlichen Mitteln
Protest zu erheben gegen alle Maßnahmen, die das Selbstverwal-
tungsberecht der Kassen in irgend einer Weise beeinträchtigen und
möglichst bald an geeigneter Stelle Kenntnis zu geben, wie die kaiser-
lichen Erlasse vom 4. Februar 1890 seitens der hiesigen Behörde nicht
im Interesse der wirtschaftlich Schwächeren, sondern eines schon an
und für sich privilegierten Standes gegen die Krankenkassen gehand-
elt werden. Der Vorstand wird beauftragt, gegen die beiden Ver-
fügungen der Regierung und der städtischen Behörde das Ver-
waltungsstreitverfahren einzuleiten und bis zur höchsten Instanz
durchzuführen, auch den angeestellten Kerzten jeden möglichen Schutz
anzudeuten zu lassen. Die Versammlung erklart ferner: Der Streit
zwischen Krankenkassen und Kerzten ist nicht von der sozialdemo-
kratischen Partei ausgegangen. Die Kassenverbände bestehen aus
Angehörigen aller Parteien, und der Streit ist den Kassen in ganz
Deutschland von den Kerzten aufgedrungen worden.“

Der Blasenbier-Erlaß preussischer Ministerien hat die Frage
entstehen lassen, inwiefern wohl die Minister wissen, daß in den Arbeiter-
wohnungen die Bierflaschen nur so auf den Tischen herumstehen.
Vielleicht wird darauf einiges Licht geworfen durch die Mitteilung,
die uns einer unserer Leser macht. Demnach erschien dieser Tage in
dem Comptoir eines hiesigen Geschäfts ein Schupmann und er-
kundigte sich angelegentlich danach, ob dort Blasenbier getrunken
würde. In dem besonderen Falle war die Erkundung erfolglos.
Sollte sich der Erlaß der Minister auf solche Schupmannsfragen
gründen?

Der Fleischwucher in München beschäftigt schon seit einiger
Zeit die dortige Öffentlichkeit. Es ist in den Wochen nachgewiesen
worden, daß schon längst die Schweinepreise erheblich herabgegangen
sind; trotzdem fordern die Metzger noch immer die alten, viel zu
hohen Fleischpreise. Dazu meldet nun heute ein Telegramm:

Die Stellungnahme der Stadtgemeinde zur Frage der Schweine-
fleischpreise wurde heute in der nichtöffentlichen Sitzung des
Magistratsverwaltungs-Ausschusses beraten. Wie man hört, werden
städtische Schlachtereien errichtet werden, wenn die Metzgermeister
nicht im letzten Augenblick noch mit den Preisen für Schweinefleisch
bedeutend heruntergehen.

Das Verbot der Bleifarben hat nun auch nach dem Beispiel des
schweizerischen Bundesrates die Regierung des Kantons Zürich für
alle Arbeiter, welche der Kanton auszuführen hat, beschloffen. Andre
Kantonregierungen, sowie die Gemeinden werden sich voraussichtlich
diesem Vorgehen anschließen. In der Stadt Zürich besteht das
Verbot bereits für die städtischen Arbeiter.

Entwurf eines neuen niederländischen Arbeiterschutz-Gesetzes.

Die holländische Regierung hat vor kurzem den Entwurf zu
einem neuen Arbeiterschutz-Gesetz veröffentlicht, durch das die bestehenden
Gesetze über die Frauen- und Kinderarbeit und zum Schutze von
Leben und Gesundheit der Arbeiter in Fabriken und Werkstätten,
sowie die Bestimmungen dieser Art aufgehoben und ersetzt werden
sollen. Der Entwurf bildet in verschiedenen Punkten einen Fort-
schritt in der Arbeiterschutz-Gesetzgebung, doch weist er auch große
Mängel auf. So sollen z. B. die Arbeiter in der Landwirtschaft,
im Gartenbau und im Forstbau nach wie vor von diesen Schutz-
bestimmungen ausgeschlossen sein; nicht nur die Männer, sondern
auch die Frauen und Kinder können, auch wenn der Entwurf Gesetz
wird, in diesen Arbeitszweigen unbeschränkt ausbeutet werden.
Ebenso wenig werden die Fischer und Seelente, sowie das Comptoir-
personal berücksichtigt. Lange bevor der eigentliche Entwurf erschien,

hatte die Regierung einen Vorentwurf veröffentlicht, dessen Bestim-
mungen in einzelnen Punkten infolge Einwendungen von Unter-
nehmerseite verschlechtert wurden, teilweise jedoch auch eine Er-
weiterung erfahren haben. Der Gesetzentwurf enthält 444 Artikel,
ist also sehr umfangreich. Die wichtigsten Bestimmungen sind
folgende:

Für Kinder unter 12 Jahren (im Vorentwurf hieß es: unter
13 Jahren) ist jede Arbeit in Fabriken und Werkstätten verboten.
Die Arbeitszeit für Jungen und Mädchen (darunter sind solche bis
zu 17 Jahren zu verstehen), sowie für Frauen soll in Fabriken und
Werkstätten nicht länger als 10 Stunden dauern; Sonnabends soll
über die Arbeitszeit für verheiratete Frauen 8 Stunden nicht über-
steigen. Durch allgemeine Verordnungen kann die Arbeitszeit in
gesundheitschädlichen Betrieben auf 9, 8 und 7 Stunden herabgesetzt
werden. Als gesundheitschädlich gilt u. a. lange anhaltendes
Stehen, Staub, hohe Temperatur. Hinsichtlich der Beschran-
kung der Arbeitszeit ist auf Betreiben der Textilfabrikanten eine Aus-
nahmegestimmung getroffen, wonach der Minister die Erlau-
bnis erteilen kann, in bestimmten Fabriken und Werkstätten
Jungen, Mädchen und Frauen bis zu 11 Stunden arbeiten zu lassen.
Der Beginn der Arbeit wird im allgemeinen auf 6 Uhr fest-
gesetzt, in einzelnen Betrieben, wie Ziegereien, Glasfabriken,
Bäckereien und Schiffswerften auf 5 Uhr, der Schluß der
Arbeitszeit auf 7 Uhr. Hierbei sind noch mehrere Aus-
nahmen vorgelesen: in Glasbläsereien sollen noch während 5 Jahren
nach Inkrafttreten des Gesetzes Jungen von 14—16 Jahren in be-
schränktem Maße Nachtarbeit verrichten können; in den Werkstätten
der Rädermatten kann die Arbeitszeit für Mädchen von 14 Lebens-
jahr an und für Frauen von 8 bis 8 Jahren; in Probierereien
können Jungen von 14 Lebensjahr an zweimal in einer Woche, doch
nicht über sechsmal im Jahre um 4 Uhr morgens anfangen, in
Fischräucherereien, -Trocknerereien und -Salzereien können Mädchen
und Frauen bis 10 Uhr abends arbeiten, Frauen beim Heringsaufspieken
zu bestimmten Zeiten des Jahres bis 2 Uhr nachts. Ferner sind
Ausnahmen getroffen für Wasch-, Plätt- und Bleichereien, für
Verfertigung von Fischweizen, sowie für verschiedene Reinigungs-
arbeiten. Ueberzearbeit kann im Namen des Ministers für einen
Zeitraum von zwei Stunden zugelassen werden. Für Frauen und
Mädchen sowie Jungen sind innerhalb der Arbeitszeit Pausen von
1/2, 1 und 1 1/2 Stunden vorgeschrieben. Wöchnerinnen dürfen,
sofern sie zu denjenigen Arbeiterinnen gehören, deren Arbeitszeit
gesetzlich beschränkt ist, in den ersten vier Wochen nach der
Geburt nicht beschäftigt werden; in Fabriken, Werkstätten
und Verkaufsläden auch nicht während der letzten vier
Wochen vor der Zeit, wo die Entbindung
vermutlich eintritt. — Für Männer ist eine Beschränkung
der Arbeitszeit nur bei Nachtarbeit und in gesundheitschädlichen
Betrieben vorgesehn. In Betrieben, wo besonders giftige Stoffe
bearbeitet werden, kann die Arbeitszeit für Männer auch auf weniger
als 10 Stunden herabgesetzt werden. Eine wichtige Bestimmung ist
die des Verbots der Nachtarbeit in Bäckereien, das sich
auf die Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens erstreckt, jedoch
auf den Arbeitgeber und seine Ehefrau keine Anwendung findet. Die
Arbeitszeit in Bäckereien soll nicht mehr als 11 Stunden täglich be-
tragen, kann jedoch zweimal in der Woche, aber nicht mehr als
sechsmal im Jahre 13 1/2 Stunden betragen, wenn sie an den
andern Tagen 10 1/2 Stunden, 16 Stunden, wenn sie an den
andern Tagen 10 Stunden nicht übersteigt. An diesen Ausnahmetagen
kann um 2 Uhr begonnen werden. Die Ruhepausen müssen
außerhalb der Arbeitsräume zugebracht werden.

Hinsichtlich der Unfallverhütungs-Vorschriften ist es
sonderbar, daß hierbei die Vangeverbe ausgeschlossen werden. Eine
große Anzahl von Bestimmungen zum Schutze der Gesund-
heit sind sowohl für alle Industrien, wie für die gesundheits-
schädlichen Industrien im besonderen angeführt. Unter andern
wird für Fabriken und für Werkstätten, wo es wegen
der Art der Arbeit notwendig erscheint, Vadegelegenheit für
die Arbeiter verlangt. Jungen, Mädchen und Frauen ist das Arbeiten
verboten in: Bleichereien, bei Herstellung von Mehlzud,
Weizener, Mehlzud oder Chromatstoff, in Fertigung von Accumu-
latoren und bei Verarbeitung von Quecksilber sowie weihem Phosphor.
Hinsichtlich der Höhe der Arbeitslokale sowie hinsichtlich des Luft-
raumes, der für den einzelnen Arbeiter vorhanden sein soll, werden
für die gesundheitschädlichen Industrien höhere Forderungen gestellt
als für die übrigen; auch wird für eine Anzahl Industriezweige ein
Gesundheitsattest für die Arbeiter vorgeschrieben. In Ziegel-
brennereien dürfen Mütter, die ein Kind von unter sechs
Jahren haben, nicht arbeiten; Jungen, Mädchen und Frauen dürfen
nicht beschäftigt werden mit dem Befördern beladener Schubkarren,
noch mit dem Herauslösen der Steine aus Formen, die mehr als
einen Stein enthalten, noch mit Aufsichten, Hinaufreichen und
Hinaustragen von Steinen; auch sollen sie nicht Steine, die noch
nicht gänzlich abgekühlt sind, aus dem Ofen nehmen. Die Arbeit
für Jungen, Mädchen und Frauen in den Torfstechereien soll
auf 10 Stunden beschränkt werden, sofern es sich um
das Beladen oder Löschen von Schiffen, von Eisenbahn-
und Tramwagen handelt. Ebenso soll auch für Jungen, Mädchen
und Frauen, die beim Beladen und Löschen von Schiffen
beschäftigt werden, die Arbeitszeit nicht mehr als zehn Stunden be-
tragen und in die Zeit von 6 Uhr morgens und 7 Uhr abends
fallen. Die Arbeitsmittel für das Beladen und Löschen von Schiffen
werden amtlich geprüft und können, falls sie so ungenügend sind,
daß eine unmittelbare Gefahr vorliegt, sofort vom weiteren Gebrauch
ausgeschlossen werden. — Bemerkenswert ist, daß noch für „Lauf-
arbeit“ von Jungen, Mädchen und Frauen, also für Laufungen
und „Mähen, sowie Votenfrauen eine Beschränkung der Arbeitszeit
auf zehn Stunden und auf die Zeit zwischen 6 Uhr morgens und
7 Uhr abends vorgesehn ist. Die Beschäftigung von Kindern unter
zweölf Jahren mit Laufarbeit ist schon jetzt gesetzlich beschränkt. —
In Kaufläden soll die Arbeitszeit der Jungen, Mädchen und
Frauen elf Stunden nicht übersteigen und nicht länger als bis
9 Uhr abends dauern, einen Tag in der Woche ausgenommen, wo
18 Stunden und bis 10 Uhr gearbeitet werden kann. Der Ge-
meinderat kann in seinem Gemeindebezirk den Beginn der Arbeits-
zeit in den Läden festsetzen und auch über einen früheren Schluß,
sowie über Ruhepausen bestimmen.

Die Werkstätten der Hausindustrie stehen nach dem jetzigen
Arbeiterschutz unter Aufsicht, doch hat sich diese als gänzlich ungenügend
erwiesen. Nun soll gegen die schlimmen Zustände, die in der Haus-
industrie herrschen, etwas wirksamer vorgegangen werden durch
folgende Bestimmungen: Durch allgemeine Verordnungen kann fest-
gesetzt werden, welche Arbeiten nicht in Lokalen aus-
geführt werden dürfen, die auch als Wohn- oder
Schlafräume dienen. Derjenige, der nach dem 1. Januar
1906 Rohstoffe oder Halbprodukte ausbeutet, um sie außerhalb seiner
eigenen Lokalität für sein Geschäft zu bearbeiten oder zu verarbeiten zu
lassen, sei es nun in Wohn- oder Schlafräumen oder andern Lokali-
täten, hat dafür zu sorgen, daß die Arbeit nicht in Räumen ver-
richtet wird, wo sie verboten ist, und daß die gesetzlichen Be-
stimmungen über Luftraum, Lüftung, Beleuchtung, Sicherung
gegen Feuergefahr, Aborte, Reinlichkeit, Heizung, Entfernung von
Gasen, Dämpfen und Staub, über Schutzbrillen, Leitern, Treppen,
Zufußböden, explosive Stoffe, elektrische Leitungen usw. befolgt
werden. Ferner hat derjenige, der Hausarbeit verrichten läßt, ein
Register zu führen über diejenigen Personen, die für sein
Geschäft außerhalb seiner eigenen Räume thätig sind. So weit
für sie die Bestimmungen über die Beschränkung der Arbeitszeit in
Fabriken und Werkstätten (als solche gelten auch die Arbeitsräume
der Heimarbeiter) in Betracht kommen.

Eine besondere Regelung des Lehrlingswesens soll
in Gewerben, sowie in Fabriken, Werkstätten und Läden vor-
genommen werden, die dafür durch allgemeine Verwaltungs-
maßregeln (königlichen Beschluß) angewiesen werden. Hier sind
genaue Bestimmungen über den Abluß von Lehrverträgen vor-
gesehen, sowie über die Arbeit, die der Lehrling verrichten darf.
Zur Einstellung eines Lehrlings soll für den Arbeitgeber der be-
treffenden Gewerbe, Werkstätten usw. eine besondere Erlaubnis not-
wendig sein.

Bei den Strafbestimmungen des Gesetzentwurfes wird
danach getrachtet, soviel wie möglich den Unternehmer persönlich und
den obersten Leiter für die Vorgänge im Betriebe verantwortlich zu
machen. Bei Vergehen gegen das Gesetz kann auf bis zu 14 Tagen
Haft oder bis zu 75 Gulden Geldstrafe erkannt werden. Bei Wieder-
holung des Vergehens innerhalb zweier Jahre können die Strafen
verdoppelt werden; bei nochmaliger Wiederholung innerhalb der zwei
Jahre muß, wenn es sich um größere Vergehen (dazu gehören auch
die bezüglich der Arbeitszeit) handelt, auf Haft erkannt werden.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am
1. Februar seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende teilte
mit, daß 9 Versammlungen seit dem Juli stattgefunden haben. Der
Besuch war sehr reger. Die Versammlungen mit literarischen und
literarischen Themen waren viel stärker besucht, als die, welche sich
mit den Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen beschäftigten. Es
ergab sich in der Diskussion, daß die Arbeiterinnen in andern Ver-
sammlungen Gelegenheit hätten, über ihre sociale Stellung zu hören,
so daß sie mit Vorliebe Vorträge auf rein literarischem und wissen-
schaftlichem Gebiete in unserm Verein entgegennehmen. Ferner
veranstaltete der Verein zwei Urania-Vorstellungen und eine Führung
in der Seccion.

Der Verein hat nun auch eine praktische Arbeit vollendet, indem
er eine Enquete über die Heimarbeit gemacht hat. Die
Generalversammlung beschloß, diese Enquete in Form einer Broschüre
herauszugeben zu lassen.

Der Bericht der Kassiererin ergab als Einnahme 340,63 M., als
Ausgabe 316,24 M. Bestand 34,39 M. Die Mitgliederzahl beträgt
300. Nachdem der Kassiererin Decharge erteilt war, äußerte sich
die Bibliothekarin über die Anteilnahme an der Bibliothek und den
weiteren Ausbau derselben. Die Neuwahl des Vorstandes ergab
dieselbe Zusammensetzung desselben wie im vergangenen Jahre.

Der nächste Vereinsabend ist am 15. Februar. Fräulein Adele
Schreiber hat das Referat übernommen. Am 20. Februar feiert der
Verein sein fünftes Stiftungsfest. Der musikalische Teil steht unter
Leitung des Musikdirektors Hoffelder, als Sängerin wirkt Frau
Fankeliner-Werhold. Recitation: Herr Richard Leopold vom Kleinen
Theater. Das ausführliche Programm wird noch bekannt gegeben.

Villets sind zu haben im Verein und bei Frau Panzeram,
Pappel-Allee 128, I; Frau Klotz, Kopenstr. 81, IV; Frau Stein-
kopf, Schwedterstr. 34; Frau Franke, Goplowstr. 13; Frau Sachau,
Huffstr. 8; Frau Kullde, Prinzenstr. 102.

Gerichts-Zeitung.

Ausbildung statt Ausbildung.

Eine empfindliche Strafe verhängte das Schöffengericht am
Freitag über einen jener gewissenlosen Schwindler, welche durch
Zeitungsinserate Leute anlocken, denen sie scheinbare Ausbildung und
weitere Beschäftigung in einer leicht erlernbaren Branche vorpiegeln,
wobei es den Schwindlern lediglich um das nicht zu geringe Lehrgeld
der Betrogenen zu thun ist.

Wegen Betruges sah der Kaufmann und Kurbelstepper Emanuel
Adam, Weihenburgerstr. 51, auf der Anklagebank. Er hat durch
Inserate in der „Morgenpost“ Lehrlinge gesucht, die er in 14 Tagen
in der Kurbelstepperie auszubilden versprach, und ihnen auch
dauernde Beschäftigung nach vollendeter Lehrzeit bei einem Wochen-
verdienst bis 50 Mark zusicherte. — Auf solche verlockenden Inserate
meldeten sich denn auch eine Anzahl junger Leute beim Angeklagten,
meist solche, die bereits irgend einen Beruf hatten, zur Zeit aber
arbeitslos waren und nun hofften, durch Erlernung der Kurbel-
stepperie eine bessere, wenn auch nicht so glänzende Existenz zu finden,
wie ihnen die Inserate in Aussicht stellten. Sechs solcher durch den
Angeklagten betrogenen „Lehrlinge“ traten vor Gericht als Zeugen
auf und schilderten durch übereinstimmende Aussagen die betrübliche
Geschäftspraxis ihres einstigen „Lehrmeisters“. Bei Eröffnung
seiner „Lehranstalt“ verfügte Adam nur über eine einzige Maschine,
an welcher er zumeist selbst arbeitete. Trotzdem nahm er ohne Be-
denken 4—6 Lehrlinge gleichzeitig an. Das erste war natürlich, daß
Adam den Eintretenden ein Lehrgeld von 25 Mark abforderte; wenn
man mit ihm handelte, begnügte er sich auch mit 20 Mark. Nun ging
die „Ausbildung“ los. Die „Lehrlinge“ besuchten wohl 14 Tage
lang die Arbeitsstube ihres „Lehrmeisters“, aber von einer Uebung
war wenig die Rede, da ja der „Meister“ seine einzige Maschine,
wenn er überhaupt Arbeit hatte, selber benutzte. So kamen die Leh-
rlinge an manchem Tage überhaupt nicht zum Ueben, an andern
Tagen übten sie eine Viertel-, eine halbe, höchstens drei Stunden;
und wenn die 14 Tage um waren, hatte der „Meister“ wohl das
Lehrgeld, aber die Lehrlinge verstanden von der Kurbelstepperie so
viel wie nichts. Günstigenfalls hatten sie eine einzelne Special-
arbeit notdürftig erlernt, von denjenigen Arbeiten, die am häufigsten
in der Branche der Kurbelstepperie vorkommen, mühen sie dagegen
nichts, denn für diese Zwecke hatte Adam weder Arbeit noch die dazu
erforderlichen Maschinen. Später brachte es der Angeklagte zu zwei,
dann zu vier Maschinen, von denen aber die eine in unbrauchbarem
Zustande war, während er die andre selbst benutzte, so daß für 10 bis
12 Lehrlinge, die der Angeklagte zu jener Zeit hatte, nur zwei
Maschinen zur Verfügung standen. Ebensovienig wie Adam sein
Versprechen hinsichtlich der Ausbildung hielt, konnte er seine Fufage,
die „Ausgelernten“ weiter zu beschäftigen, halten. Wohl blieben
einige der jungen Leute auch nach der „Lehrzeit“ noch beim Ange-
klagten, sie wurden auch, wenn er Arbeit hatte, beschäftigt, aber Lohn
erhielten sie teils gar nicht, teils sehr wenig, und wenn sie schließlich
wenigstens auf teilweise Erfüllung der glänzenden Versprechungen
drangen, wurden sie einfach vom Angeklagten hinausgewiesen.
Außer für die Kurbelstepperie suchte Adam auch „Lehrlinge“ für das
Ausschneiden. Diese Arbeit wollte er in drei Tagen lehren,
wobei er den „Ausgelernten“ einen Wochenverdienst von 25 Mark
in Aussicht stellte. Eine Arbeiterin, die auf diese Verlockung hincin-
gefallen war, hat nach der „Lehrzeit“ noch fünf Wochen beim Ange-
klagten gearbeitet. Sie ist während dieser Zeit nicht nur mit Aus-
schneiden, sondern auch mit häuslichen Arbeiten beschäftigt worden
und hat dafür die erste Woche 1 Mark, später bis 6 Mark, und die
letzten drei Wochen gar nichts erhalten. Als Sachverständige wurden
Direktor Weber von der Städtischen Webeschule und Brillwig, der
Vorsitzende des Verbandes der in der Stadereibrande Beschäftigten,
vernommen. Beide Sachverständige gaben ihre Gutachten dahin ab,
daß es ausgeschlossen sei, daß der Angeklagte seine in den Inseraten
erlassenen Versprechungen halten konnte. Weder sei es möglich,
jemand in 14 Tagen bei täglich 2—3stündiger Uebung zu einem
Kurbelstepper auszubilden, noch könne ein Kurbelstepper regelmäßig
50 Mark in der Woche verdienen. Einen solchen Verdienst könnten
höchstens sehr geübte, viele Jahre thätige Kurbelstepper ausnahms-
weise unter besonders günstigen Verhältnissen erzielen. Aus-
schneiderinnen verdienen bei voller Beschäftigung 12 Mark in der
Woche.

Nach diesem Ergebnis der Beweisaufnahme beantragte der
Staatsanwalt eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Das Gericht
kam zu folgendem Urteil: Es sei kein Zweifel, daß es dem Ange-
klagten nur auf die Erlangung des Lehrgeldes und billiger Arbeits-
kräfte ankam. Der Angeklagte habe durch Vorpiegeln falscher
Zusagen das Lehrgeld erschwindelt und arme Leute, welche
glaubten, durch Erlernung der Kurbelstepperie eine bessere Existenz
zu erlangen, schamlos ausbeutet. Der Angeklagte sei des Ver-
truges in sechs Fällen überführt, und da er bereits wegen Eigen-
tumsvergehen vorbeurteilt ist, so hielt das Gericht für jeden Fall eine
Gefängnisstrafe von sechs Wochen für angemessen, die zusammen-
gezogen wurden zu einer Strafe von acht Monaten Gefängnis.

Adam ist nicht der einzige, der diese Art des Schwindels betreibt.
In letzter Zeit sind uns noch andre derartige Fälle mitgeteilt worden.
Vorsicht gegenüber Inseraten, welche die Ausbildung von Lehrlingen
in kurzer Zeit versprechen, ist also in jedem Falle geboten.

Abgeordnetenhaus.

11. Sitzung, Donnerstag, den 5. Februar 1904, 11 Uhr.

Am Mittertische: v. Poddiehl. Die zweite Beratung des Landwirtschafts-Etats wird fortgesetzt beim Titel „Ministergehalt“.

Dazu liegt vor ein Antrag Herold (C.) betr. Abänderung des Jagdpolizei-Gesetzes.

Abg. Wolf (Viehdieh, natl.) erklärt gegenüber den Angriffen des Abg. Herold auf die Nationalliberalen, seine Partei habe stets einen Schutz der Landwirtschaft auf der mittleren Linie erstrebt.

Abg. Graf Wolff (H., fast unverständlich) wünscht die Errichtung einer landwirtschaftlichen Centralstelle, die unter Verlässlichkeit aller preisbildenden Faktoren den Landwirten Auskunft über den Preis landwirtschaftlicher Produkte giebt.

Abg. v. Oldenburg-Jaunshausen (N.): Meine Freunde sind zwar zu einer generellen Revision des Jagdgesetzes nicht bereit, wohl aber zu einer erneuten Prüfung des im Antrag Herold erwähnten Bestimmungen.

Ueber die allgemeinen Agrar- und Zollfragen werden wir es uns nie nehmen lassen, hier zu reden. Das bildet geradezu ein nobilis officium des preussischen Parlaments.

Für einen preussischen Landwirtschaftsminister würde es ein guter Befähigungsnachweis sein, wenn er einmal in die Lage käme, sein: Zinsen leihen zu müssen.

Abg. Dr. Weder (C.): Einem Vertreter ländlicher Interessen muß es schwer fallen, Millionen für den Bau von Wasserstraßen auszugeben, wo es den Bauern am nötigsten fehlt.

Abg. v. Poddiehl (C.): Mehrere Redner der Rechten und aus der Mitte haben unster Partei vorgeworfen, sie habe kein Herz für die Landwirtschaft.

Abg. v. Poddiehl (C.): Mehrere Redner der Rechten und aus der Mitte haben unster Partei vorgeworfen, sie habe kein Herz für die Landwirtschaft.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Die Grundbesitzer der Landwirtschaft vorn im Osten ist doppelt so hoch wie die der Landwirtschaft im Westen.

Belastung der Gemeinden. Die Beamtenschaft der Generalkommission müsse verstärkt werden.

Abg. Herold (C.) begründet einen von ihm gestellten Antrag auf Abänderung des Gesetzes von 1887 betr. die durch ein Auseinandersehungs-Verfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten.

Abg. Christen (H.) erklärt, daß seine politischen Freunde zum größten Teil den Antrag Herold ablehnen würden.

Abg. v. Kessel (L.) beantragt namens seiner Freunde, den Antrag Herold der Agrarkommission zu überweisen.

Der Antrag Herold wird hierauf der Agrarkommission überwiesen.

Beim Kapitel „Landwirtschaftliche Lehr-Anstalten“ befragt

Abg. v. Kessel (L.) die Denkschrift über die Entwicklung der landlichen Fortbildungsschulen.

Abg. v. Savigny (C.) wünscht, daß den landwirtschaftlichen Winterschulen durch die Fortbildungsschulen keine Konkurrenz gemacht werde.

Abg. v. Savigny (C.) wünscht, daß den landwirtschaftlichen Winterschulen durch die Fortbildungsschulen keine Konkurrenz gemacht werde.

Abg. Dr. Heißig (C.) warnt davor, in den landlichen Fortbildungsschulen die Schüler mit zu gelehrten Dingen zu belasten.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Abg. Dr. Zwid (fr. Sp.) bemängelt, daß nur 160 000 Mark für das landliche Fortbildungsschulwesen ausgeworfen seien.

Lein stattand, war der Beklagte Dr. Hartmeyer nicht persönlich erschienen, er wurde durch Rechtsanwalt Dr. Riemeyer - Hamburg vertreten.

Rechtsanwalt Dr. Riemeyer brachte als Vertreter des Beklagten eine Anzahl Artikel zur Verlesung, u. a. aus der „Post“, „Kreuzzeitung“, „Düppelstädter Zeitung“.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld: Doch ehe der Roman das große Aufsehen erlangte, hatte die „Vita“ mehreren socialdemokratischen Blättern gestattet, den Roman abzufragen.

„Jena oder Sedan“ vor Gericht.

Berlin, den 5. Februar. In der Beleidigungssache des Geschäftsführers der Verlagsanstalt „Vita“ in Berlin, Felix Heinemann, als Verleger des Romans „Jena oder Sedan“ von Franz Wam Veyerlein, gegen den Verleger der „Hamburger Nachrichten“, Dr. Hartmeyer in Hamburg, stand heute vor der 148. Abteilung des hiesigen Schöffengerichts Termin an.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

Die Verhandlung wurde durch den hiesigen Schöffengerichtspräsidenten, Dr. Hartmeyer, geleitet. Der Angeklagte, Dr. Hartmeyer, wurde durch seinen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld vertreten.

ländischen Einrichtungen zu schütten und den scharfen Kampf gegen die Socialdemokratie aufzunehmen.

Rechtsanwalt K o e n i g erwidert, daß weder die Gerabsetzung des Preises noch der Abdruck in Zeitungen etwas Außergewöhnliches sei. Er möchte aber fragen, ob es fair von den „Hamburger Nachrichten“ sei, wenn sie vorne „Jena oder Sedan“ belämpfen und

hinten im Inzeratenteil

Dieses Roman empfehlen. Einige Monate früher hätten die „Hamburger Nachrichten“ übrigens über den Roman als Kunstwerk einen sehr günstigen Artikel geschrieben. Uebrigens könne er noch erklären, und er sei in der Lage, es unter Beweis zu stellen, daß

kein einziges Moment in dem Buch unwahr

sei, nicht einmal der Fall mit dem Stiefelabschneiden. Auch der Kommandeur, der fünf Monate erkrankt, existiere noch heute und ebenso der Kommandeur, der um desentwillen den Abschied genommen habe, „weil hier eine Wirtschaft herrsche, die er nicht billigen könne und die ihn um seinen besten Kapitalanten gebracht habe.“

Das Urteil

des Gerichts ging dahin: Der Angeklagte ist der Beleidigung schuldig und wird zu 50 Mark Geldstrafe event. fünf Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Gerichtshof hält Beleidigungen nach drei Richtungen als vorliegend. Zunächst werde der Vorwurf erhoben, daß die Preisreduktion aus Mitteln der Socialdemokratie bewirkt sei. Diese Behauptung sei für einen Herrn, der der Socialdemokratie nicht angehört und nach seiner Angabe nationalliberal gewählt habe, beleidigend. Ebenso sei beleidigend, wenn die Behauptung des Klägers, daß die Preisreduktion lediglich zum Zwecke der weiteren Verbreitung des Werkes stattgefunden habe, für unwahr erklärt werde. Schließlich zeige der Vorwurf der hinterlistigen Täuschung, der auch in der Form eine Beleidigung enthalte, die von dem Angeklagten besorgte Tendenz. An und für sich stehe dem Angeklagten der Schutz des § 193 zur Seite. An und für sich sei der Angeklagte berechtigt, den Inhalt des Buches zu kritisieren und auch einen Buchhändler, der nicht Socialdemokrat sei und doch von der Socialdemokratie in der Weise sich unterstützen ließe, daß er im Stande sei, daß Buch billiger abzulassen, anzugreifen. Diese Behauptung sei aber frivol aufgestellt. Es sei keineswegs ohne weiteres anzunehmen, daß das Buch lediglich eine socialdemokratische Tendenz verfolge. Wenn auch Mängel des Heres erörtert und festgestellt werden, so könne ebenso gut die Tendenz des Verfassers dahingegangen sein, auf Besserung und Abstellung der Mängel hinzuwirken. Dafür spreche auch der in der Verhandlung angelegte Artikel des „Vorwärts“, der durchaus nicht zugebe, daß das Buch der Socialdemokratie nütze. Nach Ansicht des Gerichts habe kein Grund zu der Annahme vorgelegen, daß die Socialdemokratie Geld zur Verbreitung des Buches hergegeben habe. Bei der Strafabmessung sei berücksichtigt, daß dem bisher unbestraften Angeklagten zu Gute kommen müsse, daß der Verleger den Roman auch an verschiedene socialdemokratische Zeitungen gegeben und dadurch einen gewissen Verdacht bei dem Angeklagten erregt habe. Aus diesen Gründen habe der Gerichtshof auf die verhältnismäßig niedrige Strafe von 50 M. erkannt.

Partei-Nachrichten.

Weschluss

Kontroll-Kommission der socialdemokratischen Partei

in Sachen

Windhoff und Genossen in Düsseldorf

gegen

Schmidt und Genossen daselbst

den Streit in der dortigen Parteigenossenschaft betreffend.

Gegen das schiedsgerichtliche Urteil, welches in dieser Parteistreitigkeit unter dem Vorsitz des Parteivorstands-Mitgliedes A. Gerlich zu Düsseldorf unterm 10. Januar d. J. erlassen wurde, haben die beiden Parteien Berufung an die Kontroll-Kommission eingereicht.

Das Schiedsgericht, welches sein Botum einstimmig abgab, hat im wesentlichen Teile sämtliche, beiderseits gestellten Auschlussanträge abgelehnt und sonst gegen einzelne Beteiligten wegen bestimmter Vorkommnisse den Tadel ausgesprochen.

Die Kontroll-Kommission trat am heutigen Tage zur Prüfung der vorgelegten Akten zusammen.

Sowohl das Urteil des Schiedsgerichts vom 10. Januar als auch die von den Beteiligten an uns gerichteten Berufungsschriften wurden verlesen; ebenso wurde eine Verichterstattung der als Vertreter der Kontroll-Kommission beim Schiedsgericht zugegen gewesenen Mitglieder Meister und Koenen entgegengenommen.

Nach eingehender Prüfung des vorhandenen Materials, der Akten und des Verhandlungsberichtes des Schiedsgerichts kamen die Kontroll-Kommission einstimmig zu der Ansicht, daß sich die Richter erster Instanz bei der Feststellung des ihrer Entscheidung zu Grunde gelegten Materials objektiv an die beachtenswerten Thatsachen hielten und sich dabei in keinem Irrtum befinden.

Was jedoch die Schlussfolgerung des Schiedsgerichts betrifft, weicht von dessen Urteil die Ansicht der Kontroll-Kommission in einem einzigen Punkte ab.

Das Schiedsgericht hatte bei Windhoff die Schuld bejaht und nur deshalb von einer anderen Entscheidung abgesehen, weil es zu Gunsten B.s annahm, daß er sich „zur fraglichen Zeit in einem Zustande hochgradiger Erregung befunden hat“.

Es mußte aber bei der Beurteilung der dem B. nachgewiesenen und zum Gegenstande schwerer Anschuldigungen gemachten Thatsachen das Berufungsgericht zur Ueberzeugung kommen, daß Windhoff sich bei den fortgesetzten Handlungen des Unrechtes, dessen er nun beschuldigt ist, bewußt war.

Da es aber eine Handlungsweise ist, die ein Mitglied der socialdemokratischen Partei sich nicht zu Schulden kommen lassen darf, wurde beschloffen:

Windhoff ist aus der Partei auszuschließen.

Berlin, den 4. Februar 1904.

H. Meister,

Adolf Ged,

Vorsitzender.

Schriftführer.

Hr. Ehrhart, Aug. Kaden, Clara Zellin, W. Bod.

J. Pfarr, D. Koenen, Fr. Brähne.

Der Fall Schippel in der Parteipresse.

Es mußte bis jetzt als ein unerlöses Unternehmen angesehen werden, darüber zu berichten, wie sich die Parteipresse (zu den Schippelschen Ansichten kann man nicht gut sagen), also zum Falle Schippel stellt. Es fehlte der Stellungnahme die feste Grundlage und sie fehlt ihr bis heute. Das eine ist jedoch zu konstatieren, daß solche Ansichten, wie sie Schippel nach dem von uns veröffentlichten Veranlassungsbericht geäußert haben soll, ganz einmütig in der Parteipresse beurteilt worden sind. Mit einer einzigen Ausnahme: Die Chemnitzer „Vollstimme“ hatte die angelegten Ansichten Schippels als Leitartikel veröffentlicht. Doch auch sie erklärt heute gegenüber einer diesbezüglichen Bemerkung des Genossen Kautsky, daß sie dies nur gethan habe, um ihre Leser zu informieren; zu den angeregten Fragen werde sie ihre Ansichten „mit gedohnter Selbstständigkeit, selbständig gegenüber Kautsky wie gegenüber Schippel“ noch äußern. Daneben äußert sich aber die Chemnitzer „Vollstimme“ heute auch über die Art der Behandlung des Falles und diese Beurteilungen seien den Lesern doch mitgeteilt. — Die „Vollstimme“ giebt die Auslassungen Kautskys in Nr. 23 des „Vorwärts“ wieder und sagt dazu:

„Also Kautsky. Wir geben seine Ausführungen wieder, weil er mit ihnen unserer Ansicht nach den häßlichen Zweck verfolgt, Schippel aus der Partei zu drängen.“

Alle Welt weiß, daß Schippel von den Pollfragen eine andere Meinung hat als Kautsky. Kautskys freihändlerischer Standpunkt war früher, zu der Zeit, als Schippel in die Partei eintrat, nicht Grundlag der Partei, nicht von den Parteitaggen innerfamit. Die

Partei war früher nicht freihändlerisch, sondern dafür, daß Pollfragen von Fall zu Fall behandelt würden. Auf dem Stuttgarter Parteitage hat Kautsky die Freihändlerresolution durchgebracht, wobei ihm die Agitation der Junker für höhere Lebensmittelzölle zu statten kam. Durch die Kautskysche Resolution hat sich die Partei auf die Forderung des Freihandels festgelegt und gemäß der Parteidisziplin darf nun nur noch für den Freihandel agitiert werden.

Selbstverständlich kann es aber dem Stuttgarter Parteitage nicht eingefallen sein, nun zu verlangen, daß die Gegner Kautskys auch genau so denken müßten wie dieser.

Diese Zumutung liegt aber in der giftigen Art, wie Kautsky gegen Schippel vorgeht. Wenn Kautsky in derselben Weise früher gegen andre hervorragende Parteigenossen geschriebe hätte, die dies oder jenes in der Partei kritisierten, so hätte er seine Rolle wohl längst ausgespielt.

Es ist ein Skandal, daß der Leiter der wissenschaftlichen Revue unserer Partei sich derart in Tagesangelegenheiten der Partei mischt. Eine Wissenschaft, die darin ihre Stärke sucht, die Leute herumtanzuputzen, anstatt sie auf dem Wege wohlwollender, objektiver Diskussion vom Irrtum zum richtigen Erkennen zu belehren, das ist keine Wissenschaft mehr, die uns imponieren könnte, mag sie auch noch so gelehrt und principieell thun.

Gegen diese gehässige, einen Parteiskandal nach dem andern provozierende Art wenden wir uns und wir glauben, hierbei nicht nur die Parteigenossen des 16., sondern aller Wahlkreise hinter uns zu haben, die zum Verbreitungsbezirk unsres Blattes gehören. Es wird keinen einzigen unter ihnen geben, der es billigen möchte, daß Reichstags-Abgeordnete unserer Partei bei jedem Quark gezwungen werden können, ihr Mandat niederzuliegen, wenn es Kautsky und seinen Leuten so gefällt.

Was hat Schippel eigentlich gethan? Hat er gegen den Stuttgarter Beschluß öffentlich agitiert? Hat er im Reichstags oder sonstwo öffentlich für die Junker agitiert? Nichts davon ist nachgewiesen.

Er hat auf Wunsch des Wahlvereins des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises eine Rede gehalten über den unsern Lesern bekannten Gegenstand. Was er gesagt haben, was er will, er sprach zu Parteigenossen, und zu Parteigenossen wird ein Socialdemokrat wohl noch reden dürfen, ohne Gefahr zu laufen, geschmort zu werden. Wo wäre denn sonst noch die Stätte, wo ein Parteigenosse seine etwa abweichenden Ansichten vorbringen könnte?

Nun soll Schippel einen Zurückzieher gemacht haben. Daraus wird ihm in größtlich beleidigender Weise der Vorwurf der Unaufrichtigkeit konstruiert. Kautsky sollte sich aber, bevor er diesen Vorwurf gegen Schippel erhebt, selber erst auf Herz und Nieren prüfen, ob seine Junge immer nur das gesprochen und seine Hand immer nur das geschrieben hat, was er wirklich denkt.

Wir sind natürlich der Ansicht, daß jeder zu dem zu stehen hat, was er meint. Hat Schippel so, wie Kautsky behauptet, es Kautsky aber nicht wissen kann, weil dieser der Versammlung nicht beigewohnt hat, im Wahlverein des dritten Berliner Kreises gesprochen, dann wäre es unrecht von ihm gewesen, das zu bestreiten. Wir glauben aber Schippels Versicherung und nehmen an, daß der Verichterstatte Kautsky, vielleicht unter ungünstigem Einfluß oder weil er vielleicht selber Schippels Gegner ist, das aus dem Vortrage herausgehört hat, was er herausgehört wollte. Wir glauben das Schippel deshalb, weil er ein zu gewöhnlicher Taktiker und zu — beunruhigt dazu ist, als daß er beabsichtigt haben könnte, einen Sturm gegen sich herauszubekämpfen, den er doch hätte voraussehen müssen.“

Die letztgenannte Ansicht über Parteitaggen, die uns bisher begegnet ist, ist jedenfalls die, daß der Leiter einer wissenschaftlichen Revue der Partei sich nicht in Tagesangelegenheiten einmischen soll oder doch wenigstens nicht so kritisch, wie Kautsky es gethan. Genosse Kautsky hat uns noch nicht mitgeteilt, ob er die Absicht hat, Genossen Schippel aus der Partei zu drängen; wäre es seine Absicht, so könnten darauf gerichtete Vorwürfe auf keinen Fall damit begründet werden, daß Kautsky der Leiter der wissenschaftlichen Revue der Partei ist; es läme vielmehr einzig auf die Frage an, ob sachliche Gründe für ein solches Vorgehen vorhanden sind. Ebenso selbstan, wie diese Ansicht der Chemnitzer „Vollstimme“ ist der Widerspruch, in den sie sich mit sich selber bei der Bewertung des Streitfalles verwickelt. Im letzten Absatz spricht sie die Ueberzeugung aus, daß Schippel die ihm unterliegenden Ansichten nicht geäußert habe, da er die ihm unabweisbaren Folgen hätte voraussehen müssen; einige Absätze vorher aber sieht die Chemnitzer „Vollstimme“ nichts weiter wie die harmlos-gemüthliche Diskussion harmloser wissenschaftlicher Fragen im Kreise der Parteigenossen, einen Quark gewissermaßen. Weshalb hätte Schippel, wenn es sich um nichts weiter handelte, die Entfesselung eines Sturmes voraussehen müssen? Entweder es handelt sich um etwas Harmloses, dann ist die Begründung hinsichtlich, die die Chemnitzer „Vollstimme“ für ihren Glauben an die Richtigkeit der Schippelschen Darstellung des Vorganges giebt, oder diese Begründung ist zutreffend, dann kann man nicht von einem harmlosen Quark reden.

Der Führer durch das Gewerbe-Unfallversicherungs-Gesetz ist soeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, wieder neu herausgegeben. Das Heftchen war eine Zeitlang vergriffen; doch veranlaßten die zahlreichen Nachfragen unsere Parteibuchhandlung es wieder zu drucken. Der Führer ist eine übersichtliche Zusammenstellung nach der am 1. Oktober 1900 in Kraft getretenen Fassung des Gesetzes und enthält ein ausführliches Inhaltsverzeichnis, sowie ein umfangreiches und erschöpfendes Sachregister. Der Verfasser ließ sich bei der Herausgabe von dem Gedanken leiten, daß es für jeden Arbeiter, der unter das Gesetz fällt, notwendig ist, sich mit den Bestimmungen desselben vertraut zu machen, wenn er sich vor wirtschaftlichem Nachteil schützen will. Die Gesetze selbst sind aber meist zu teuer und auch nicht jedem verständlich. Beide Nachteile verbietet der Führer, der nur 25 Pf. kostet und die Bestimmungen des Gesetzes gemeinverständlich darlegt. Wahlvereine und Gewerkschaften, aber auch Krankenkassen sollten das Heft, das in Partien billiger geliefert wird, für ihre Mitglieder erwerben. Außer diesen Führern sind noch vorhanden: Führer durch das Invalidenversicherungs-Gesetz 0,25 M.; Führer durch das Bau-Unfallversicherungs-Gesetz 0,25 M.; Führer durch das Unfallversicherungs-Gesetz für Land- und Forstwirtschaft 0,25 M.; Führer durch das Vereins- und Versammlungs-Recht — zugleich ein Begleiter bei Reichstagswahlen — 0,30 M.; Führer durch die Strafprozess-Ordnung; Rechte des Angeklagten vor Strafgericht und Polizei von Dr. H. Heinemann 0,40 M. Diese Führer sind in allen Parteibuchhandlungen zu haben und werden von jedem Kolporteur und jedem Zeitungsausträger besorgt. In Berlin sind diese Führer in allen Parteipublikationen zu haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Die neuen Lizen der Briefträger waren vom „Vollstille“ in Hannover einer Kritik unterzogen und dabei besonders getadelt worden, daß die Briefträger diese „Auszeichnungen“ selbst bezahlen müssen. Die Anklage erblühte in dem Artikel eine Beleidigung des Reichs-Postamtes, welches die Verfügung betreffs jener Dekorationen erlassen hat. Das Landgericht Hannover hat am 22. August v. J. den verantwortlichen Redakteur des genannten Blattes, Genossen Robert Dolar Leinert, nur wegen des in dem Artikel gebrauchten Wortes „verwerflich“ für schuldig befunden, aber in den Worten „Ains-zichten“ und „unerhört“ keine Beleidigung erblickt. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob heute das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück, weil nicht geprüft ist, ob nicht durch die beiden Worte eine Beleidigung nach § 186 begangen ist.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstagabend 8 1/2 Uhr im „Hofjäger-Palast“, Holtenbeide 52/53, statt. Die Tagesordnung enthält zunächst den Vorstands- und Kassenbericht, ferner werden die Mitglieder eingeladen zur Beschlußfassung über die Aenderung des alten Statuts und Ein-

führung eines neuen Organisationsplanes sowie Statuts des Wahlvereins. Im Anschluß hieran findet die Neuwahl des Gesamtvorstandes sowie der Mitglieder für die Lokal-, Preis und Agitations-Kommission statt, ferner die Wahl von drei Revisoren für die Zeitungsredaktion. Die reiche Tagesordnung verpfichtet die Mitglieder pünktlich zu erscheinen.

Charlottenburg. Sonntagvormittag 7 1/2 Uhr findet zur Stadtverordneten-Wahl eine Flugblattverbreitung statt. Für den dritten Wahlbezirk versammeln sich die Parteigenossen des ersten Bezirks bei B. Gimpel, Osnaabrückerstr. 4; die des zweiten Bezirks bei Müller, Volkshaus, Köpenickerstr. 3; die des vierten Bezirks bei D. Fischer, Guttenbergstr. 3. Für den siebenten Bezirk versammeln sich die Genossen des fünften und siebenten Bezirks bei Röttger, Leibnizstr. 3; die des sechsten und achten Bezirks bei Brill, Ede der Grolman- und Goethestraße.

Steglitz. Am Sonntag, den 7. d. M., früh 7 1/2 Uhr, findet von den Genossen Lohsen aus eine Flugblattverbreitung statt. Rege Beteiligung wird erwartet.

Treptow-Baumfchulenweg. Heute, Sonnabendabend 8 Uhr, hält der Wahlverein seinen Jahlabend im Lokal „Sängerheim“, Wehringstraße 15, ab. Der Vorstand.

Grünau. Heute abend 9 Uhr hält der Wahlverein in der „Grünen Ede“, Köpenickerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab.

Lokales.

Die kommunalen Ehrenämter eine Domäne des Freisinn.

Ältere Berliner kennen die freisinnig-kommunale Äquienwirtschaft, die Jahrzehnte hindurch in Berlin — allmächtig, weil unangefochten — geherrscht hat. Die Stadtverordneten-Versammlung war das erste Vollwerk, in das vor jetzt zwei Jahrzehnten die Arbeiterklasse siegreich anstürmend eine Brücke legte. Der Freisinn stützte sich in die dunklen Schlußwinkel der Verwaltungs-Deputationen, aber den Vertretern der Arbeiterklasse ist es in schrittweisem Vordringen gelungen, auch hier hineinzuweichen und den Gegner aufzusuchen. Desto hartnäckiger führt er außerhalb der Festung, die man „das rote Haus“ nennt, den Kleinkrieg von den zahlreichen Stützpunkten aus, die er in all den kleineren Verwaltungsorganen besitz, in den Armenkommissionen, den Waisenrater-Kollegien, den Schulkommissionen u. s. w. Hier hat das freisinnige Bürgerthum sich bisher noch ziemlich ungeschwächt behauptet, hier ist die Arbeiterklasse der Arbeiterklasse, die sich zu den Anschauungen der Socialdemokratie bekennen, erst in einer Minderzahl von Fällen der Zutritt erzwingen worden. In der Mehrzahl dieser Kommissionen gebietet noch jene Freisinnigkeit, die bis vor zwanzig Jahren in der Stadtverordneten-Versammlung, in den meisten Verwaltungs-Deputationen bis vor zehn Jahren in ungeführtem Meistern die Geschäfte besorgte.

Man sollte erwarten, daß es den städtischen Behörden sehr erwünscht wäre, gerade aus der Arbeiterklasse recht viele Personen zu den kommunalen Ehrenämtern, zur Mitarbeit in diesen Kommissionen heranzuziehen. Im Volksbewußtsein wie in der Armen- und Waisenpflege hat die Gemeindeverwaltung es mit der weniger bemittelten oder ganz unbemittelten Bevölkerung zu thun. Wer aber wäre besser als die Vertreter der Arbeiterklasse im Stande, die wirtschaftliche Lage dieser Gesellschaftsschicht, ihre Lebenshaltung und ihre Bedürfnisse, ihre Anschauungsweise und ihre Wünsche zu beurteilen? Doch das freisinnige Bürgerthum ist offenbar anderer Ansicht. Wenn die kommunalen Ehrenämter aufhören sollten, eine Domäne der Freisinnigen zu sein, wo bliebe da die „Selbstverwaltung“, die sie meinen! Einen Arbeiter, der als Socialdemokrat bekannt ist, in die Kämmer hineinzubringen, das ist ein Kunststück, das manchmal viel Mühe und Geduld erfordert. Die Mitglieder der Armenkommissionen usw. werden durch die Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Vorschläge hat der Stadtverordnete zu machen, den für das laufende Jahr der betreffende Bezirk zugewiesen ist, dann er darin nach geeigneten Personen Umschau halte. Ist der Stadtverordnete freisinnig, so läßt sich begreifen, daß er zu allererst freisinnige Männer findet; und erweist er sich etwa als ungeschickt im Finden, so helfen die Kommissionen selber ihm auf die Spur. Kommt ein socialdemokratischer Stadtverordneter in die Lage, Vorschläge zu machen, so wird man's ihm nicht verdenken können, daß er die Gelegenheit benutze, einen Socialdemokraten hinauszubringen. Das ist auch verschiedentlich gelungen; aber, wo sie's machen läßt, da werden von der andern Seite Gegenvorschläge eingebracht, die Kommissionen selber tragen ihre Wünsche vor, die natürlich auf die Wahl eines freisinnigen abzielen, und es beginnt eine rege Agitation für oder wider die Vorge schlagenen. In vorrätiger Woche mußten von der Stadtverordneten-Versammlung drei Stellen einer Armenkommission, über deren Besetzung keine Einigung erzielt werden konnte, durch Zettelwahl besetzt werden. Ueber das Wahlergebnis haben wir berichtet; die drei vorge schlagenen Socialdemokraten belamen nur die Stimmen unserer Parteigenossen. Was lag gegen die drei Männer vor, das sie unwürdig gemacht hätte, diese Ehrenämter zu bekleiden? Nichts, nicht das geringste! Aber sie waren Socialdemokraten.

Der Freisinn treibt seinen Widerstand gegen die Mitarbeit der ihm unabweisbaren Personen noch weiter. Er treibt ihn so weit, daß man fragen muß, ob dieser Widerstand nicht geradezu eine Verletzung der Gesetze darstellt. Im Stadbezirk 78 B (zwischen Schönleinstraße und Kottbusser Damm) hat unser Genosse Stadtverordneter Ewald, dem der Bezirk zugeteilt ist, unsere Genossen Pögel naheinander für die Schulkommission, den Waisenrat und für die Armenkommission vorgeschlagen. In die Schulkommission ist Pögel hineingelangt und er arbeitet dort seit längerer Zeit mit. In den Waisenrat wurde er im September 1902 gewählt, aber er ist bis heute nicht eingeführt worden, obwohl das möglichst schon in der nächsten Sitzung zu geschehen hat. Vorsitzender dieses Waisenrats ist Maurer und Zimmermeister Köfel, Popst. 5. In die Armenkommission wurde Genosse Pögel im November 1903 gewählt. Als er auch hier auf seine Einführung warten mußte, ging er unzufrieden zur nächsten Sitzung und zeigte seine Verstellungskunde vor. Der Vorsitzende, Eigentümer Man, Lehmannstr. 6, fragte ihn, was er hier wolle, und forderte ihn an, den Raum zu verlassen. Pögel ging, aber er hat inzwischen Beschwerde bei der Armendirektion eingebracht.

Man sieht, was freisinnige Männer im kommunalen Ehrenamt sich herausnehmen zu dürfen glauben. Von nun an wird dafür gesorgt werden, daß diesen Herrschaften sehr energisch auf die Finger geklopft wird, wenn sie dieses Treiben fortzusetzen versuchen. Man's nicht paßt, in der Kommission neben einem Socialdemokraten zu sitzen, der soll sein Amt niederlegen. Kein Verhängender wird solchen Stützen der „Selbstverwaltung“ eine Thron nachweihen.

Die Zugänge nach Berlin sind im letzten Jahr beträchtlich z. h. reicher als im vorletzten gewesen. Im Jahre 1903 sind 254070 Personen als nach Berlin zugezogen gemeldet worden, während für das Jahr 1902 die Meldungen nur 238602 Zugzogene ergaben hatten. Gleichzeitig haben die Zugänge von Berlin um ein geringes abgenommen. Im letzten Jahre wurden 196836 Personen als von hier weggezogen gemeldet, im vorletzten waren 200069 gemeldet worden; mit den Zuschlägen jedoch, die wegen der Unvollständigkeit der Meldungen zu den Zugängen gemacht werden, haben rechnermäßig für das letzte Jahr 234539 Personen, für das vorletzte 235759 Personen als weggezogen zu gelten. Der Uberschuh der Zugzogenen über die Weggezogenen beliefte sich hiernach für 1903 auf 19531 Personen, während er im Jahre 1902 nur 2843 Personen betragen hätte. Das Jahr 1901 hatte sogar einen Ueber-schuh an Weggezogenen gebracht, der sich rechnermäßig auf 5925 Personen belief. Damals waren als zugezogen 232271 Personen gemeldet worden, denen aber 238196 Weggezogene (Meldungen samt den Zuschlägen) gegenüberstanden.

Von der illustrierten Wochenschrift „In freien Stunden“ ist soeben das 6. Heft des achten Jahrganges erschienen. Die Zeitschrift bringt in diesem Heft die Fortsetzung des Gerdäcker'schen Romans „Die Kuppelanten des Mississippi“, zu dem der Münchener Maler N. Damberger die Illustrationen zeichnet. Das Heft enthält ferner die Fortsetzung von Alexander Dumas' „Gabriel Lambert“, der „Galeerenflucht“, eine kleine Schilderung aus der Tierwelt: „Das Leberkreuzgefäß und die Tierpflege“, sowie kleinere Beiträge, die den Inhalt des Heftes in anregender Weise beleben. In jeder Woche erscheint ein Heft zu 10 Pfennig, das in Berlin in allen Parteipublikationen zu haben ist und von jedem Kolporteur oder Zeitungsausdräger bezogen wird. Abonnenten können noch jetzt eintreten und erhalten Heft 1 auf Wunsch zur Ansicht.

Die neue Stadtverordneten-Fraktion. Die sieben aus der Neuen Fraktion der Linken ausgeschiedenen Stadtverordneten Deutsch, Friedemann, Kollowatz, Marggraf, Dr. Kathan, Dr. Preis und Ullstein haben eine eigene Fraktion gebildet, deren Vorsitzender Herr Deutsch und deren Schriftführer Rechtsanwalt Ullstein ist.

Stadtverordneter Pflücker ist aus dem Vorstande des Kommunalvereins des Westens ausgetreten.

Scherzgedichtwerte Mahnung an die Armenpflege. Eine nachahmende Mahnung, die die Charlottenburger Armen-Direktion nach dem Vorgange des Direktors der französischen Wohlfahrtsvereine an ihre Organe erging. Dieser, der frühere Minister Mesurere, hat ein Rundschreiben an die Armenbehörden gerichtet. Dessen Inhalt empfiehlt die Armen-Direktion von Charlottenburg allen Organen der Armen- und Waisenpflege. Das Schreiben weist die Beamten an, sich allen Hilfsbedürftigen, welches Anliegen sie auch haben, nach Möglichkeit zugänglich zu zeigen. „Treffen Sie Maßnahmen“, heißt es weiter, „um jeden Tag zu bestimmten Stunden das Publikum persönlich zu empfangen. Empfangen Sie vor allem alle Unglücklichen ihres Bezirkes; ich bitte Sie sie anzuhören, ihnen zu raten, sie über die gegebenen Mittel der Hilfeleistung zu unterrichten, der ärztlichen Behandlung, wenn sie krank, einer Arbeit, wenn sie gesund sind und ihnen die privaten Wohltätigkeitsinstitute namhaft zu machen, die manchmal besser als wir in der Lage sind, dem augenblicklichen Elend abzuhelfen. Unterweisen Sie das Ihnen unterstehende Personal in demselben Sinne. Sie werden sicher den Sinn Ihrer Mission begreifen: es handelt sich darum, das Publikum nicht hinter einem Schalter zu empfangen. Das Wohltätigkeits-Bureau muß in seinem Verkehr mit dem Publikum immer mehr den Charakter einer Behörde abstrahieren und an die Stelle der bürokratischen Mäßen ein unermüdliches Wohlwollen, eine fruchtbare Initiative in den Entschlüssen und Schnelligkeit in seinen Leistungen setzen.“

Die „Große Berliner“ und die Landes-Vertheidigung. Die Genehmigungsurkunde der Großen Berliner Straßenbahn vom Mai 1900 ist durch einen Rattrag der Aufsichtsbehörde ergänzt worden, nach welchem die Gesellschaft nach Aufgabe ihrer Leistungsfähigkeit im Frieden und im Kriege verpflichtet sein soll, Militär-Transporte aller Art zu befördern. Im Mobilisations- und Kriegsfall ist die Militärverwaltung, falls ihr die Hilfe des öffentlichen Verkehrs nicht genügt, berechtigt, in den Fahrplan „Militär-Verkehr“ und „Sonder-Füge“ einzuführen, auch zeitweise die Beschränkung bezw. vollständige Aussetzung der Füge des öffentlichen Verkehrs anzuordnen und einen besonderen „Militär-Fahrplan“ einzuführen. Hierfür wie für die Ueberlassung ihres Personals erhält die Gesellschaft natürlich angemessene Entschädigung. Wie die andern für Militärzüge in Betracht kommenden Kleinbahnen, so wird auch der „Großen Berliner“ vom Bezirkskommando zeitweise mitgeteilt, wieviel einberufene Mannschaften, wieviel Füge z. B. im Mobilisationsfall auf ihren Bahnstrecken voraussichtlich zur Beförderung gelangen würden. Der Nachtrags-Urkunde ist ein Plan der Straßenbahn beigesetzt, in welchen die älteren Strecken rot, die neueren grün und die mit Unterleitung versehenen blau eingezeichnet sind. „Die zur Zeit auf dem Potsdamer Platz vorhandenen Oberleitungen“, so schließt der Rattrag, „sind nur provisorisch, vorbehaltenlich jederzeitigen Widerrufs genehmigt worden.“

Falsches Geld. In letzter Zeit sind wiederholt im Gewicht vorzüglich verringerte Doppellitonen und falsche Zwanzigmstücke bayerischen Gepräges mit der Jahreszahl 1902, Münzzeichen D, sowie falsche Dreimarkstücke sächsischen Gepräges mit der Jahreszahl 1899 in Verkehr gebracht worden. Die Doppellitonen haben ein Mindergewicht von ca. 1/4 Gramm, ungeachtet dessen aber einen Klang wie vollwertige Stücke. Die Zwei- und Dreimarkstücke sind von guter Prägung, die Dreimarkstücke tragen aber statt des richtigen Münzzeichens F das falsche Zeichen B. Es wird ersucht, Verursager derartiger Stücke polizeilich feststellen zu lassen.

Alter Schwindel in neuer Auflage. Das Polizeipräsidium teilt mit: Ein Schwindler, der seit Jahren sein Unwesen hier getrieben und Kaufleute und Gewerbetreibende jeder Art zu brandstiftigen Verbrechen hat, ist endlich in der Person des Tischlers Georg Krüger aus der Hagerstraße ergriffen worden. Er war in einer Fabrik beschäftigt und verdiente monatlich 100 M. Doch dies genügte ihm nicht, denn er hatte sich im Laufe der Zeit Bedürfnisse angewöhnt, die weit über seine Mittel hinausgingen. So verfiel er darauf, sie durch „billige Einkäufe“ zu befriedigen. Er suchte sich aus dem Adreßbuch irgend eine beliebige Adresse aus, wählte dann in einem Geschäft in der Nähe den Gegenstand, den er gerade brauchte, und ließ ihn sich zu einer bestimmten Zeit an die dem Adreßbuch entnommene Adresse schicken, quittierte Rechnung sollte beigelegt werden. Untrauige Geschäftsleute überzeugten sich im Adreßbuch, daß der Käufer wirklich, wie er angegeben hatte, wohnte und bezahlten ihn damit. Wenn sie dann die ausgelieferte Ware hinschickten, bezahlte der Käufer regelmäßig dem Boten auf der Treppe, hatte es sich aber und ließ sich das Geld übergeben, während der Boten nach der Wohnung geht und sich das Geld dort abholen sollte. Dort wurde der Boten natürlich, weil man nichts bestellt und auch nichts erhalten hatte, abgewiesen. Krüger erkannte ein junger Mann in einem Geschäft den Schwindler, den er aus seiner früheren Stellung her kannte, und veranlaßte die Festnahme. Die Polizei fand bei ihm ein reiches Lager von erkrankelten Gegenständen, Taschentüchern und Strümpfen an bis zum Jubelohr eines Segelbootes in Grünau. — Geschädigte, die noch keine Anzeige erstattet haben, können dies jetzt noch auf jedem Polizeirevier und im Zimmer 43 des Polizeipräsidiums thun.

Brandstiftung. In Säcken verpackt wurden die Bewohner des Savoye Woyenstr. 38, als sie zu später Abendstunde einen brandigen Geruch wahrnahmen. Sofort wurde eine eingehende Untersuchung vorgenommen, die zu einem überraschenden Ergebnis führte. Im linken Seitenflügel waren auf der Bodentreppe und hinter Holzlaten Kleinfässer und Papier — mit Petroleum getränkt — angezündet worden. Die Masse schwallte aber noch, und eine helle Flamme hatte sich noch nicht entwickelt. Der Brand konnte noch in seinen Anfängen erstickt werden. Vielleicht ist der Brandstifter geflohen worden und hat das Weite gesucht, bevor er seinen verbrecherischen Plan durchgeführt hatte.

Eine kleine Ehegrabschele spielte sich in dem Hause Andreasstr. 70 ab. Die Arbeiter August Sternberg'sche Eheleute lebten nach einer vierjährigen Ehe in Unfrieden, weil der 27 Jahre alte Ehemann dem Kartenpiel zuneigte und daher zu wenig Geld von seinem Verdienst nach Hause brachte. Nach einem Streit ging die Frau am Sonntag mit ihrem kleinen Kinde zu ihren Eltern nach der Kleinen Markusstraße 11. Als sie am Donnerstagsmorgen die Wohnung in der Andreasstraße noch einmal betreten wollte, um etwas zu holen, erhielt sie keinen Einlass. Nachdem ein Schlosser die von innen verschlossene Thür geöffnet hatte, fand Frau St. ihren Mann tot im Bett liegend an. Er hatte sich mit einem Revolver eine Kugel in das Herz geschossen. Hausbewohner hörten am Abend vorher um 8 1/2 Uhr einen Knall, achteten aber nicht weiter darauf. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

Polizeilich als vermist gemeldet wurden im Monat Januar 13 Personen, von welchen sich acht wieder bei ihren Angehörigen

eingefunden haben. Zwei der Beschwundenen hatten Selbstmord verübt und es wurden deren Leichen im Spreelanal gefunden. Verschollen ist das Dienstmädchen Anna Fuhrmann, welches die in der Steglitzerstr. 34 belegene Wohnung ihrer Herrschaft Anfang vorigen Monats verließ und deren Verbleib trotz sorgfältiger Recherchen seitens der Kriminalpolizei nicht ermittelt werden konnte. Ebenso verschollen ist das Verführerinnen der 27jährigen Arbeiterin Louise Herms, Turmstr. 77, und des Dienstmädchens Schröder aus der Chausseest. 77.

Feuermeldungen. Gestern früh um 3 Uhr kam in der Melchiorstraße 23 in einem Kesselhause Feuer aus, das durch energisches Vorgehen der Feuerwehr und kräftiges Wassergeben auf das Kesselhaus beschränkt werden konnte. In der Mühlentstraße auf dem Schlesienschen Güterbahnhof, in der Petersburgerstr. 74, Reinickendorferstraße 64, Wiesenstr. 33 zc. mußten kleinere Brände gelöscht werden.

Ein Schwindler-Ehepaar treibt gegenwärtig in Berlin und den Vororten sein Unwesen. Gestern ist ihm eine Familie in Charlottenburg zum Opfer gefallen. Dort trat in Begleitung einer Frau ein Mann zu einem Vermieter ein mit der Angabe, daß seine Ehefrau, die er als Monteur seit Jahr und Tag nicht gesehen habe, aus Vererbung zum Besuche eingetroffen sei und bis zum nächsten Tage verweilen werde. Er beehrte eine Wohnung, die er dann auch für sich allein behalten würde. Die Eheleute, die einen Koffer mit sich führten, verkehrten sehr zärtlich miteinander und blieben gleich in der gemieteten Wohnung. Natürlich hatten sie sich nach der langen Trennung vieles zu erzählen und wurden von den Wirtseuten ungehört gelassen. Schon am nächsten Morgen sollten den Vermietern die Augen über das verleihte Ehepaar aufgehen. Es hatte die Nacht benützt, um die Wohnung gründlich zu plündern: Betten, Spiegel, Uhr und was irgendwie fortzubringen war, hatten sie den ahnungslos schlafenden Wirtseuten fortgenommen. Der Mann, 1,70 Meter groß, hatte ein rotes, ansehend gebunnes Gesicht, zeigte eine lächelnde Miene, hatte eine Schmarre über der Nase, einen dunklen Schnurrbart und trug einen grauen Mantel mit Gurt. Die Frau, etwa 32 Jahre alt, ist unterseht, hat ein fahles Aussehen und ist dunkel gekleidet, daß ihr einige Schneidezähne fehlen. Sie trug ein buntes Kleid, ein schwarzes Jackett und einen schwarzen Federhut.

Die Neue Freie Volksbühne bringt für die fünf Abteilungen ihrer Mitglieder an den nächsten fünf Sonntagnachmittagen (7., 14., 21., 28. Februar und 6. März) Jbend's Schauspiel „Rosmersholm“ unter der Regie Friedrich Roest zur Aufführung.

Orgelkonzert. Den Dienstlichen Orgelvortrag in der Marienkirche am Montag, den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, werden Frau Louise Rieter-Wester, Fel. Marianne Wolff, das Damen-Terzett der Geschwister Else, Gertrud und Rosa Paehold, Herr Paul Bronsch, der Cellist Herr Armin Liebermann, Herr Paul Schneider und Herr Leopold Weidens unterstehen. Der Eintritt ist frei.

Belle-Alliance-Theater. Seit Menschengezeiten war das Haus in der Tempelhofer Vorstadt vom Glück verfolgt: Pleiten und Direktionswechsel überfüllten sich alljährlich. Das ist jetzt anders geworden. Das Thalia-Theater hat im Schatten der großen Dragonerkaserne eine Filiale eröffnet und mit einem Male scheint das Geschäft flott zu gehen. Helmerding, Else Mannowius, Gerda Walde und Ernst Kettner ernten Männen und Lorbeeren, und gestern konnte vor ausverkauftem Hause gar eine besondere Nummer vom Stapel gelassen werden. „Götterweiber“ hieß der nicht ganz nebensächliche Titel der von den Hausdichtern des Thalia-Theaters hergerichteten Vorleses. Götterweiber im Sinne des großen Adolf Ernst waren es, welche in schweren Mäßen über die Bühne schritten; sie traten auf im altgriechischen Gewande, in Civil sowie als Trommelcorps im militärischen Phantasiestil. War auf die Kleidung der Choristinnen schon ein schweres Stück Geld verwendet worden, so gingen die Sterne der Bühne, wie Else Mannowius, Gerda Walde und Helene Ballot, geradezu märchenhaft gekleidet. Und doch waltete eine weise Oekonomie über die Prachtwerke der Firma Hugo Varach u. Co., denn in der Bekleidung des Körpers sowohl der sehr hervorragenden wie der nicht sehr hervorragenden Künstlerinnen war oben und unten alles mit äußerster Knappheit bemessen. War nun auch auf diesen Teil der Ausstattung hervorragend Bedacht genommen worden, so fehlte es doch auch sonst nicht an originalen Ueberarbeitungen. Im ersten Akt tanzten Helmerding und Gerda Walde einen „Kilapoo“ genannten amerikanischen Tanz, der noch gräßlicher ist als der berühmte Casewall, und an das Hopfen eines Kängurupaares erinnert. Dabei mußten Leute aus dem Publikum ein mörderisches Geschrei erheben, als ob sie ihr Eintrittsgeld wieder haben wollten. Dieses Publikum trat in der Gestalt eines Weizen und eines Rogers in den beiden Seitenslogen in Aktion. Noch mehr überraschte ein anderer sehr gelungener Scherz der Verfasser. Im ersten Akt sah es so aus als ob Handlung in dem Stück vorkommen sollte. Helmerding als ein ins Privatleben retirierter Schauspieler hat hundert eifersüchtig und suchte durch fingierte Liebesbriefe seinem unschuldigen Freunde zu helfen. Das führt zu kühnen Verwicklungen. In den beiden folgenden Akten aber stellte sich diese Beigabe zur Ausstattungsbürde wie gesagt als vielbelächter Scherz heraus; von Handlung war keine Rede mehr und die Unterhaltung that sich nach Gebüde in Couplets, Skauern und Gruppenvorstellungen genig. Das Publikum blieb bis zum Schluß vernünftig und konnte sich nicht satt sehen an den zu Tausenden auftretenden Götterweibern. Aber auch die Männer waren nicht ohne. Helmerding als Kaiser der Sahara z. B. ist eine Nummer, die man ebenfalls gesehen haben muß.

Die Leitung des Wintergartens hat als Hauptattraktion ihres neuen Jahresprogramms wieder Léon de Mérode engagiert, deren graziose Kunst schon früher an dieser Stelle stolze Triumphe gefeiert hat. Inmitten ihres „Corps de Ballet“, dessen Tanzleistungen den ihrigen gewissermaßen als dekorative Fülle dienen, fand sie auch gestern bei der eleganten Herrenwelt reichen Beifall, obgleich trotz aller Pariser Toilettenkünste die „schöne“ überblanke Léon dem Alter ihren Tribut zu zollen beginnt. Für Körperfülle scheint der Landesvater des Kongostaates beim schönen Geschlecht nicht zu schwärmen, abgesehen von jenem wichtigen Körperteil, der belamlich bei den Gottentötten am stärksten entwickelt ist — vielleicht eine allergnädigste Konzeption seiner Majestät an den Geschmack ihrer getreuen, schwarzen Unterthanen. Anher durch Léon ist die leichtgeschürzte Kunst noch durch die graziose Signora Fiorentini vertreten, während die Brothers Damm sich als vorzügliche Arabanten und die sechs weiblichen Mitglieder der Kaufmann-Truppe sich als solche, durch die Sicherheit ihrer schwierigen Exerzieren imponierende Kunst-Modifizierungen erweisen. Weiterer Beifall erzielte ferner Herr Vernard als humoristischer Verwandlungsschauspieler, namentlich für seine gelungene Imitation der Komponisten Wagner, Rossini, Gounod, Mascagni, Bizet, Meyerbeer, Verdi und schließlich des Großhens von allen; des amerikanischen Marsch und Walzerkönigs Sousa. Alles in allem ein auch hochgepannten Anforderungen genügendes Programm.

Zum Gedächtnis an den bevorstehenden 100. Todestag von Kant wird Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 5 Uhr, Direktor Arkenhold auf der Treptow-Sternwarte über „Die Kant-Laplacische Entstehungshypothese unfres Planetensystems“ sprechen. Im Anschluß an den Vortrag wird mit dem großen Fernrohr der Andromeda-Rebel gezeigt, welcher von allen Urnebeln des Himmels am besten die Kant'sche Vorstellung illustriert. Das Thema des Stenograph-Vortrages lautet: „Die Verwahrheitung der Welten“.

Aus den Nachbarorten.

Von der Hofsagd. Infolge eines Unfalls bei der letzten Hofsagd, die im Beisein des Kaisers und des Kronprinzen vor kurzem auf dem hinter dem Neuen Palais belegenen Golmer Bruch auf wilde Mannen und Hasen stattfand, liegt der Kommandant des Garde-Jäger-Bataillons in Potsdam, Oberlieutenant von Bodien sehr schwer verletzt darnieder. Durch einen Schützen wurde derselbe

bei der Jagd aus Unachtsamkeit angeschossen und nach dem Sanft-Josephs-Krankenhaus in Potsdam gebracht. Da jetzt die Wundrose hinzugezogen ist, erscheint der Zustand des Offiziers recht besorgnis-erregend.

Schöneberg. Seit Jahren fordert die arbeitende Bevölkerung unserer Stadt eine städtische Badeanstalt. Vor kurzem hat der Magistrat nun ein Projekt ausgearbeitet, das aber so unbrauchbar war, daß es in der gestrigen Ausschussung einstimmig abgelehnt wurde. Der Magistrat wurde ersucht, ein neues Projekt vorzulegen, worin folgende Forderungen zu berücksichtigen wären: Da das in Aussicht genommene Grundstück allen Anforderungen im Laufe der Zeit nicht genügen dürfte, so sollen in sämtlichen Stadtbezirken Anstalten mit je 15 bis 20 Brausebädern nach dem bekannten Prof. Lassar'schen Vorschlage errichtet werden, und zwar in der Weise, daß noch in diesem Jahre mindestens eine Anstalt im sogenannten Inselviertel (jenseits der Ringbahn) dem Verkehr übergeben werden kann. Nach dem Urteil Sachverständiger könnte schon in drei Monaten ein solches Gebäude in gefälliger Form hergestellt werden. Von einem Fallstrick des Projektes einer großen Badeanstalt mit Schwimmbassin zc. sollte jedoch keine Rede sein. Bestehen doch bereits in verschiedenen Städten, z. B. Hamburg, Dresden, Leipzig usw. diese Lassar'schen Brausebäder.

Aus Wilmersdorf. Die Angriffe, welche der Vorstand des hiesigen liberalen Vereins in der mehrfach erwähnten Angelegenheit des Grundstücksverkaufs sowohl gegen die Gemeindevertretung als insbesondere gegen den stellvertretenden Amts- und Gemeindevorsteher Kammerath als den Mitbesitzer des in Frage kommenden Grundstücks erhoben hat, sollen jetzt die Gerichte beschäftigen. In den „Wilmersdorfer Nachrichten“ vom Sonntag bestand sich eine Einwendung des erwähnten Vereinsvorstandes, worin von neuem Herrn Kammerath nachgefragt wurde, daß er seine amtliche Stellung dazu benützt habe, um für seine Tasche Nutzen zu ziehen. Diese Anschuldigung hat jetzt den Landrat v. Stubenrauch veranlaßt, dem Herrn Kammerath aufzugeben, gegen den Vorstand des liberalen Wahlvereins die Beleidigungssklage anzustrengen. Von dem Ausgang dieser Klage soll dann die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den stellvertretenden Amts- und Gemeindevorsteher abhängig gemacht werden. Es kommen als Beklagte folgende Herren in Betracht: Amtsgerichtsrat Gaulte, Lehrer Köpcke, Maurermeister Götz, Kaufmann Heine, Dr. Soldin, Dr. Badwig, H. Seleng, L. Sauer und Albrecht. Da die Zahl der Zeugen in diesem Prozeß voraussichtlich die Zahl der Beklagten noch erheblich überschreiten wird, so kann man sich auf einen leichten Prozeßprozeß gefaßt machen.

Die Neuwahlen zur Gemeindevertretung werden für die dritte Klasse voraussichtlich an den drei Tagen vom 21. bis 23. März vorgenommen werden. Es stehen in dieser Klasse vorläufig zwei Mandate, nämlich das unfres Parteigenossen Katusch und das des bürgerlichen Gemeindevertreters Henze in Frage. Außerdem ist damit zu rechnen, daß von den in der dritten Klasse vor zwei Jahren neugewählten Gemeindevertretern entweder ein oder gar zwei Vertreter der dritten Klasse ausgelost werden. Die Wahlen finden für den Ort gemeinsam in einem Wahllokal statt. Unfres Parteigenossen thun gut, sich jetzt schon für den Wahlkampf zu rüsten.

Schmargendorf. Das Defizit im Gemeindehaushalt beträgt für das Jahr 1902 43 000 M., wird aber aus den Einnahmen des Jahres 1903 gedeckt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende der Rechnungs-Kommission Bericht über die Abrechnung, operierte aber nur mit Endzahlen. Entgegen früherem Brauch war die Rechnungs-Kommission nicht zu der Sitzung zugezogen. Gegen die unzulängliche Revision der Abrechnung vom Rathausbau hatte ein Mitglied der Kommission Protest eingelegt. Wer nun etwa erwartet hatte, daß jetzt eine gründliche Abrechnung mit dem Gemeindevorsteher erfolgen würde, sah sich völlig getäuscht. Die Kosten für das Rathaus belaufen sich auf 44 000 M., obwohl dieselben nur auf 185 000 M. veranschlagt waren. Im Oktober 1902 war dem Gemeindevorsteher aufgegeben worden, die Mehraufwendungen unter Vorlegung des einschlägigen Materials und der Kostenaufschläge nachträglich zu begründen und für die inzwischen bereits geleisteten Mehraufgaben innerhalb drei Monaten nachträgliche Bewilligung nachzusuchen. 15 Monate sind ins Land gegangen, ohne daß der Gemeindevorsteher diesem Beschlusse nachgekommen wäre. Nicht einmal die als Oppositionelle gewählten bürgerlichen Vertreter fanden für diese Nichtachtung der Befehle ein kritisches Wort. In trauriger Harmonie mit den Amisstreuen erteilten sie Decharge und erwießen sich somit als unfähig, Gemeindefürsorge zu vertreten. Es wird bei der bevorstehenden Wahl Aufgabe der Arbeiterschaft sein, dafür zu sorgen, daß diese Herren durch Socialdemokraten abgelöst werden. Aus allen politischen Wahlkämpfen des Vorjahres ist die Socialdemokratie als die stärkste Partei hervorgegangen. Der freigeordnete Sitz in der Gemeindevertretung gebührt nur der Socialdemokratie.

Verfammlungen.

Schöner Wahlkreis. Der Socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Bernau's Saal eine Districtsversammlung für die Schönhauser Vorstadt ab. Genosse Vartels sprach daselbst über den Ursprung der Familie, stützte auf die wissenschaftlichen Forschungen Morgans und deren Ergänzungen durch Engels legte der Referent in populärer Weise die Entwicklung des Familienlebens und die mit den verschiedenen Zeitperioden wechselnden Sittlichkeitsbegriffe von der Wiege der Menschheit an bis zur Gegenwart klar. In treffenden Worten charakterisierte er zum Schluß die Moralheudelei in den Kreisen der heutigen Staats- und Gesellschaftsklassen, wie sie uns aus deren lediglich auf Geldheirat basierenden Ehen tagtäglich entgegenleuchtet. Eine Diskussion schloß sich an den beifällig ausgenommenen Vortrag nicht an.

Eine öffentliche Hiesener-Versammlung, einberufen vom Vertrauensmann der Hiesenerler Deutschlands, tagte am Mittwoch in Wendts Festhallen, um gegen die Abmachungen, die die „Freie Vereinigung der Hiesenerler“, eine sogenannte „blaue“ Organisation, die nicht mit der Freien Vereinigung der Hiesenerler Deutschlands verwechselt werden darf, mit den Firmen Rosenfeld, Billeroy u. Vogt und Emil Ende getroffen hat, zu protestieren. Als in diesem Sommer die Hiesenerler in die Lohnbewegung traten, nahmen die von der zuerst erwähnten Freien Vereinigung nicht daran teil mit der Begründung, sie hätten einen Tarifvertrag mit den Unternehmern, der bis zum 1. Februar 1904 gelte und den sie auf keinen Fall brechen könnten; wenn dieser Vertrag abgelaufen sei, würden sie das Verträge nachholen. Im übrigen versprochen sie, sich bei der Bewegung neutral zu verhalten, was sie aber, wie der Referent Franz Wagner und andre in der Versammlung ausführten, durchaus nicht gethan haben. Nun hat jene Freie Vereinigung mit den genannten Firmen einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen, der sich von den in diesem Sommer durch die Freie Vereinigung der Hiesenerler Deutschlands und die Sektion der Hiesenerler des Maurerverbandes mit den Unternehmern getroffenen Abmachungen, durch die Festlegung von Klassenlöhnen unbestimmter Unterscheidet. Beim Uebertritt in die Branche soll der Lohn — wie das auch nach dem im Sommer geschlossenen Vertrag der Fall ist — der freien Vereinbarung unterliegen, danach erst auf 75 Pf., dann auf 77 1/2 Pf. und erst nach vierjähriger Tätigkeit in der Branche auf 80 Pf. steigen, also auf den Lohnsatz, der im Sommer der eigentliche Minimallohn festgelegt wurde. Diese Sonderabmachungen, die auch noch einige andre unglückliche Bestimmungen, wie zum Beispiel die, daß die erste Ueberstunde mit nur 10 Pfennig Aufschlag bezahlt wird, enthalten, wurden vom Referenten als durchaus unverfäglich bezeichnet. Ferner wurde der sogenannten „blauen“ Organisation Terrorismus, Streikbruch und dergleichen vorgeworfen, wogegen die Vertreter dieser Richtung entschieden Widerspruch erhoben. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen beiden

Parteien. Schließlich wurde unter lauten Protesten der „Blauen“ eine Resolution angenommen, in der das Vorgehen ihrer Vereinigung aufs Schärfste verurteilt und gegen die Sonderabmachungen mit den Firmen Rosenfeld, Willeroy u. Vogt und Emil Ende protestiert wird.

Charlottenburg. Am 28. Januar hielt der hiesige sozialdemokratische Wahlverein seine Generalversammlung im Volkshaus ab, in welcher Reichstags-Abgeordneter Genosse Vaudert unter großem Beifall über: „Was lehrt uns der Kampf in Grimnitschau“ sprach. In der Diskussion sprachen die Genossen Flemming und Gile im Sinne des Referenten und forderten zur Agitation für die Organisation auf. Hierauf gab Genosse Baake den Bericht des Vorstandes, welcher sich auf die Zeit von April bis Januar erstreckte. Es haben demnach stattgefunden 28 Vorstandssitzungen, sechs Versammlungen des Wahlvereins, 20 öffentliche Versammlungen und zwölf Flugblattverbreitungen. Den Kassenbericht gab Genosse Müller, der trotz der vielen Wahlen, welche im Laufe des Jahres stattgefunden haben, eine zufriedenstellende Bilanz vortragen konnte. Den Bericht der Parteipresse gab der Expediteur Genosse Scharenberg, welcher gleichfalls der Versammlung ein gutes Resultat mitteilte. Der Vorstand wurde bis zum April in seiner bisherigen Zusammensetzung belassen. Im Anschluss hieran bestätigte die Versammlung die Genossen Diez als Bezirksführer für den ersten Bezirk, Rud für den Bezirk Sa. Nieder für den fünften und den Genossen Oberländer für den siebenten Bezirk. Den Bericht von der Generalversammlung des Kreises erstatteten die Genossen Müller und Rosenthal.

Eine lebhafte Debatte veranlasste die von der Generalversammlung des Kreises angenommene Resolution, worin sich dieselbe mit der Haltung der Fraktion gegenüber dem Nachtragset für Südwestafrika nicht einverstanden erklärt. Es wurde nachschiebende vom Genossen Baake eingebrachte Resolution gegen eine starke Wiederarbeit angenommen. Die heutige Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Charlottenburg hält es für richtig, wenn Resolutionen allgemeiner Natur, wie diejenige, die die Stimmhaltung der Fraktion bei der Abstimmung über den Nachtragset für Südwestafrika kritisiert, vor ihrer Verhandlung auf der Generalversammlung des Centralvereins den einzelnen Orten zur Beschlussfassung unterbreitet werden, damit die Delegierten mit Instruktionen versehen werden können. Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit dem Beschluss der Fraktion und seiner Begründung durch den Genossen Vebel einverstanden. Es wurden 103 neue Mitglieder aufgenommen. Genosse Baake teilte dann noch mit, daß die Nachwahlen für das Stadtverordneten-Parlament am 9. Februar stattfinden.

Die Jahreshilfleistungen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hielt am 28. Januar eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kirchner gab zuerst den Kassenbericht vom 4. Quartal. Danach betrug die Einnahme der Verbandskasse inklusive des Bestandes vom vorigen Quartal 2585,89 M., die Ausgabe 1427,55 M., bleibt ein Bestand von 1107,84 M. Die Einnahme der Lokalasse war mit dem Bestande vom 3. Quartal 5975,84 M. Ihr stand eine Ausgabe von 718,48 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 5259,36 M. verbleibt. Die Mitgliederzahl hat sich erfreulicherweise gehoben. Sie stand am Anfang des 1. Quartals auf 253 und ist bis Ende des 4. Quartals auf 413 gewachsen. Davon sind 405 vollberechtigt. In Arbeitslosen-Unterstützung wurde ausgezahlt im 1. Quartal 273,30 M., im 2. Quartal 280,80 M., im 3. Quartal 128 M. und im 4. Quartal 90,50 M., in Summa 767,90 M. Nachdem die Obsteuere der Kontroll-Kommission ihre Berichte gegeben hatten, erfolgte die Neuwahl derselben. Es wurden gewählt: Reineke, Lippmann, Hein, Gröger, Kohnschmidt und Demmig. Die nächste Mitgliederversammlung wird sich jedoch mit einer Nachwahl beschäftigen, da die gewählten 6 Obsteuere zu wenig sind, und aus Interessenlosigkeit in dieser Versammlung eine größere Stärke nicht zu stande kam. Den Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission gab Schlenninger. Es wurden in verschiedenen Jahren 73 Arbeitsstellen bei 25 Unternehmern vermittelt. Klage wurde darüber geführt, daß der Berliner Arbeitsnachweis nach Weisensee vermittelt. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurden gewählt: Emil Drohne, Kötter, Dehner, Krause, Bernhardt, Schnell und Weber. Als Delegierter zum Gewerkschaftsartikell wurde Reichardt gewählt. Sodann erfolgte die Wahl der Delegierten für die am 21. und 22. Februar im Gewerkschaftshaus stattfindenden Konferenzen. Es wurde Schröder und Kirchner gewählt.

Als Diäten schlug Schröder einen Betrag von 12 M. vor. Dieser Vorschlag wurde abgelehnt und 12 M. festgesetzt. Hierauf legte Schröder sein Mandat nieder und wurde an dessen Stelle Skola gewählt. Beschlossen wurde noch, den beiden Hilfskassierern pro 8 M. vierteljährlich zu gewähren.

Der Wahlverein für Mariendorf hielt am 2. Januar eine außerordentlich besuchte Mitgliederversammlung ab. Dieselbe nahm zunächst den Bericht von der Kreis-Generalsversammlung entgegen. Die Wahl der Funktionäre ergab als Revisor Löggow, Lokal-Kommissionmitglied für Mariendorf D. Gohl, für Marienfelde Schliebner. Als Beiratsmitglieder fungieren für Mariendorf Heiz und Schwager, für Marienfelde Stein. Als Bezirksführer gelten für Mariendorf Spaunberg, Lehmann II, Heher, Lindner; für Marienfelde Greulich. Als Bibliothekar wurde Komnid gewählt. Vom Vorstande wurde eine Resolution vorgelegt, welche forderte, von der diesjährigen Gemeinderatswahl Abstand zu nehmen. Die Versammlung nahm dieselbe an.

Eingegangene Druckschriften.

Kriegskarte von Deutsch-Südwestafrika 1: 800 000. Im Auftrage des Großen Generalstabes auf Grundlage aller bisher veröffentlichten Karten und der unerschöpflichen Materialien der Kolonialabteilung des k. u. k. Generalstabes in Wien u. a. m. hergestellt in dem kartographischen Institut Dietrich Reimer (Eust. Bohlen) unter Leitung von Paul Sprigade und Max Rosell. Blatt Windhut nebst Ueberblicksblatt des gesamten Schutzgebietes. Preis 1 M. Berlin 1904. Dietrich Reimer (Eust. Bohlen), Wilhelmstr. 29.

Protokoll der ersten Generalversammlung des Verbandes der Land- und Fabrikarbeiter Deutschlands, abgehalten in Leipzig 1903. 119 Seiten. Dietz Verlag, Stuttgart 1904.

Vermischtes.

Die Darmstücker Vergiftungen. Ueber das Ergebnis der Untersuchungen in den Darmstücker Vergiftungsfällen wird jetzt mitgeteilt: Das Gift gehört nach den Untersuchungen von Prof. Gaffky in Wien zu den sogenannten Stomachinen oder Leichenalkaloiden. Diese bilden sich unter dem Einfluß bestimmter Keime in verwesenden tierischen und pflanzlichen Körpern und haben, in den menschlichen Körper gebracht, eine den bekannten Pflanzenalkaloiden (z. B. Atropin, Strichnin, Morphin usw.) ähnliche, d. h. giftige Wirkung. Gaffky gelang es, aus den übrig gebliebenen, verdorbenen Wohnresten einen Keim rein zu züchten, der, auf Meersehweincheln und Kanarienvögeln überimpft, deren Tod zur Folge hatte. Immerhin ist noch nicht aufgeklärt, wie dieses Gift in die Kommerzen gelangt ist oder sich dort bilden konnte. Wertwürdigerweise sind die beiden Damen, welche das verdorbene Gemüse, ohne Schaden zu nehmen, genossen haben, hochbetagt.

Ershossen aufgefunden wurde gestern früh in Diedenhofen der vor dem Pulverhütten stehende Posten, Musikier Eichhorn von der 10. Kompanie des 3. Thüringischen Infanterie-Regiments Nr. 135. Ob Mord oder Selbstmord vorliegt, ist noch nicht festgestellt. Im geladenen Gewehr des Postens fanden sich die Patronen vollständig, nicht abgeköpft, vor.

36 900 Mark Geldstrafe. Die Magdauer Strafkammer verurteilte den Kaufmann Joseph Auerbach, Mitinhaber der Manufakturwaren-Großhandlung Lazarus Söhne und Compagnie wegen Einkommensteuer-Hinterziehung von 36 900 Mark in den letzten fünf Jahren, da frühere Steuerhinterziehungen verjährt, zu 36 900 Mark Geldstrafe eventuell sechs Wochen Haft.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Ludwig Böhmer, „Kraft und Stoff“, Volkshausgasse 3 Karl. — Brief, 25 000 M. — Patriker. Herrschende Klasse im alten Rom, später auch in den Städten während des Mittelalters. — P. R. Durch Arzt zu behandeln. Wo Dichtung? — Wasage. Ist bereits beantwortet. 1. — Centralverband des Massage-Personals durch die Adresse B. Strunt, hier, Reanderstr. 13. Dort auch Geschäftsstelle. — P. St. (Darlehen). Verleihen Sie es im Rathaus: a) Bürger-Rettungsinstitut, b) Friedrich Wilhelm-Anstalt, c) Fieber-Entsorgung, d) Kärner Bedingungen z. stellen Sie selbst fest. — P. 2. 193. Vielleicht sprechen Sie einmal in der Mittags- oder Vormittagszeit bei uns vor. Jedenfalls sind Sie schwer im Irrtum. — G. 77. Vollständig verschiedene Namen. — Klem. Dazu hat man Kursbücher. Auf jedem Postamt unentgeltlich benutzbar. Land- und Seereise sowie Briefe, Zeit u. s. w. sicher festzustellen. — R. 4. Auskunftsbureau des Potsdamer oder Anhalter Bahnhof. — Schach.

1. Ist nahezu unmöglich, da der Händlerpreis fünf Pfennig beträgt. 2. Bei Spielzeugen können wir leider nicht eingehen. — M. R. 25. Lesen Sie im Inzeratenteil des „Konfessionär“, Kurstraße 43/44, das Erforderliche nach. Fragen Sie auch in der Expedition an. — Galensee. Eine geschäftliche Verbindung soll vor zwei Jahren tatsächlich eingetreten sein; jedoch ist der Nachweis darüber, wie weit die Beteiligung geht, äußerst schwierig. — R. 2. 100. D. ist zunächst fast gestellt. Es wurde mit „schlichtem“ Abschied entlassen. — M. R. Klein, aber man plant so etwas in E. Warum keine Dichtung? — P. V. Charlottenburg. Das sind Fragen für Vogelbändler und Tierärzte. — P. 3. Gemeint das Sprichwort: Es ist eine böse Frau, die ihre eigenen Hefel kriegt. — 166 Stralau. Wegen Aufnahme in eine Rentenliste für Frauen wenden Sie sich an den Vorsitzenden der Offenbacher Frauen-Rentenliste, B. Ding, Prinzenstr. 66.

Juristischer Teil.

Die juristische Zeitschrift findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühre: 7 M.

C. P. C. Fordern Sie zunächst zur Zahlung auf. Eventuell ist die Fortführung der Klage nicht ohne Aussicht auf Erfolg. — Hirsch. Verlangen Sie es mit einer Eingabe. Leider wäre der Ausgang eines Prozesses recht zweifelhaft. Sollte absehender Bescheid ergehen, so versuchen Sie es mit einer Petition an die Stadtverordneten-Versammlung. — G. 2. R. Bis seit 1901 keine Anerkennung erfolgt, so liegt Verjährung vor. — R. 54. 1. Kein. 2. Nachen Sie den Verlauf; er wird schwerlich Erfolg haben. — P. 2. 00. 400. 1. In der Regel nein. 2. Das Kind wird durch Ihre Anerkennung aus Ihrem vorerblichen Erb erbbliches Kind. — Charlottenburg 48. 1. Kein. 2. Der Stempel beträgt 50 Pf., aber er ist für die Zeit von Januar zu Januar, und zwar auf jede des Kalenderjahres zu zahlen. — Morgentern. M. 5. 66: kein. — G. R. 77. 200. Von einer Strafverurteilung ist abzuraten. — R. M. 77. Gegen den Beschluss ist mit Aussicht auf Erfolg beim Amtsgericht Klage seitens des Obermannes und seiner Frau anzustellen. — Gienach 100. Ein Vorgehen wäre ungestört. — M. R. Der Inhalt des Mietvertrages und die Hinsichtlichkeit ist entscheidend. Nach beiden Richtungen hin fehlen Überschüssigkeiten. — W. Beckmann, J. Briele, Raabestr. 11, Aboer: Ja. — P. 2. 9759. Lassen Sie sich vom Gewerbeamt das Urteil mit der Vollstreckungsklausel versehen und beantragen Sie einen Gerichtsvollzieher mit Vollstreckung. — M. 11. Ja. — R. 22. Ja. — Vertha 28. Eine polizeiliche unechte Behauptung darf vor Gericht nicht aufrecht erhalten werden. Die Wahrung der Klage würde Verurteilung erfolgen. — Kurt Sogunig. 1. Ja. 2. Nein. — P. 2. 20. Rag keine Entmündigung vor, so war die Schenkung, soweit ersichtlich, gültig. — M. R. 30. Der Auftrag ist auszuführen. Wird derselbe abgelehnt, so ist beim Amtsgericht eventuell Beschwerde zu führen.

Marktpreise von Berlin am 4. Februar 1904

nach Ermittlungen des h. Polizeipräsidiums

*Weizen, gut D.-Gr.	16,35	16,31	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00	
mittel	16,27	16,23	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20	
gering	16,19	16,15	„ „ „ 1 kg	1,40	1,10	
*Roggen, gut	12,70	12,69	Schweinefleisch	1,60	1,00	
mittel	12,68	12,67	„ „ „ 1 kg	1,80	1,20	
gering	12,65	12,65	Dammfleisch	1,80	1,10	
†Gerste, gut	13,80	12,80	Butter	2,60	2,00	
mittel	12,70	11,70	Eier	60 Stück	5,00	3,00
gering	11,60	10,70	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	15,40	14,40	Hale	„ „ „ 1 kg	2,50	1,40
mittel	14,30	13,30	Hender	„ „ „ 1 kg	3,00	1,20
gering	13,20	12,30	Hechte	„ „ „ 1 kg	2,40	1,20
Richtstroh	4,00	3,50	Barche	„ „ „ 1 kg	1,80	0,80
Heu	7,00	4,82	Schale	„ „ „ 1 kg	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Mele	„ „ „ 1 kg	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	25,00	Arabis	per Schaf	15,00	3,00
Linien	60,00	20,00				

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 5. Februar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	
Swinemünde	756	SE	2	Rebel	-1	Haparanda	765	R	Rebel	2
Danzig	755	SE	2	Rebel	2	Vietarsburg	765	R	Rebel	2
Berlin	757	SE	1	Rebel	2	Gort	748	R	Rebel	2
Frankfurt a. M.	755	R	2	bedeckt	2	Niederbeeren	765	R	Rebel	2
München	753	SE	4	Rebel	1	Paris	753	SE	Rebel	2
Wien	758	SE	1	Rebel	1					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 6. Februar 1904. Ein wenig kälter, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordöstlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Ortsverwaltung Berlin. Bureau: SO., Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt 4, 3353. Sonntag, 7. Februar, vorm. 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4: **Versammlung der Bauanschläger.**

Tagesordnung: 1. Ausgabe der Steuer-Unterstützungsmarken. 2. Branchenangelegenheit: Anker Tarif. 3. Verbandangelegenheiten. Mitgliedbuch legitimiert.

Morgensprache der Schraubendreher bei Wesel, Brangelstr. 133.

Die Statistik ist fertig und laut Befehl der Ortsverwaltung für unsere Mitglieder im Bureau für 25 M. zu haben. Die Kollegen, die sich als Vertrauensleute ausweisen, erhalten die Statistik gratis. Im Buchhandel kostet dieselbe 2,00 M.

Wir machen hiermit nochmals auf die Versammlung am Sonntagvormittag 10 Uhr bei Kessler, Koppensstraße 29, aufmerksam. Die Ortsverwaltung.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Duffenstr. 40: **Versammlung.**

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Die Stellen für die Mitglieder zur Ausstellung eines Kollegen? 3. Verzeichnis und Ausgabe der Billets zum **Basketball** am 6. März in 2. Keller's Behältnis, Koppensstr. 29. In den Versammlungen sowie in folgenden Jahrestellen werden jeden Sonntag von 8-10 Uhr Beiträge entgegengenommen: Brunnenstr. 96; Fallborferstr. 16; Blumenstr. 38; Borsdorferstr. 8; Dammstr. 197; Gellikerstr. 59; Michori, Steinmühlstr. 108; Wäldenbergr, Friedrichs-Kastelstr. 11; Weisensee, König-Georgstr. 55. Die Jahrestellenfahrschein werden hiermit erlucht, am Mittwoch, den 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Blumenstr. 38, zur Verbandssitzung zu erscheinen. Die Generalversammlung findet am Mittwoch, den 17. Februar, Koppensstraße 29 statt. Der Vorstand.

Central-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgen. Deutschlands, Berlin u. Umgegend.

(Ortsverwaltung) Sonntag, den 7. Februar, nachmittags pünktlich 3 Uhr, bei Voigt, Mitterstraße 75: **Versammlung.** Generalversammlung in Halle gefälligen Anträge. — Um zahlreiches Erscheinen bittet Die Ortsverwaltung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29) Filiale Berlin 3.

Sonntag, den 7. d. M., vormittags 10 Uhr, im Lokale „Zad-Of“, Waldemarstr. 75:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur kommenden Generalversammlung und Aufstellung von Kandidaten. 3. Verschiedenes. 111/3 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Verantw. Redakteur Julius Kallisch, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vordwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler usw.

Verliche Verwaltung Berlin E. Sonntag, den 7. Februar 1904, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Herrn Raabe, Kolbergerstr. 28. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Kassen-Angelegenheit. 3. Verschiedenes. Mitgliedbuch legitimiert. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht 158/2 Die Ortsverwaltung.

Central-Franken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter. (Eingetr. Filiale Nr. 3 Hamburg.) Verliche Verwaltung Berlin A. Montag, 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Wollschläger, Adalberstr. 24:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1903. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten. Um rege Beteiligung ersucht 181/2 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankentafel der Schmiede u. verw. Gew.

Am Montag, den 15. Februar, finden im Lokal von Werchowki, Andreasstr. 26, die **Wahlen der Delegierten für 1904** statt.

1. Abends 7 Uhr: Wahl von acht Delegierten seitens der Herren Arbeiter (8 47). 2. Abends 8 1/2 Uhr: Wahl von 17 Delegierten seitens der Herren Arbeitnehmer (8 47). Der Vorstand: Ad. Pilgrim, Vork. Sonntag, den 7. Februar 1904:

Gr. Bockbier-Anstich bei Wasserjule in Schmargendorf

Restaurant „Sanssouci“, Rublaerstr. 20/21. +143* R. B.: Julius Rogall.

Socialdemokrat. Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.)

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maurer

Wilhelm Pötzsch

Stahlstr. 94, am 4. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, 7. Februar, nachm. 2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs aus statt. 342/7 Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Central-Verband der Maurer Deutschlands, Zweigverein Berlin.

Unsern Kollegen die traurige Mitteilung, daß am Donnerstag, den 4. Februar, der Kollege

Wilhelm Pötzsch

im Alter von 31 Jahren an der Reibkopfschwundstich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmauskirchhofs (Brick) aus statt. Um rege Beteiligung der Kollegen bittet 186/17 Die Verbandsleitung.

Socialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf. II. Bezirk.

Am Dienstag, den 2. Februar, verstarb unser Mitglied, der Tischler

Friedrich Müller

nach langem Leiden an der Prostatierkrankheit. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, vom Trauerhaus, Kirchhofstraße 4, nach dem neuen Jakobskirchhof (Hermannstraße) statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 232/5 Der Vorstand.

Am 2. Februar, abends 10 1/2 Uhr, entließ nach kurzem Leiden unser heiligeliebter, treuerorgender Vater, Bruder, Schwiegersohn, Schwager und Onkel

Feodor Bense

im vollendeten 48. Lebensjahre. Dies zeigen an im Namen der trauernden Hinterbliebenen die trauerbeträubten Kinder 15496

Gertrud, Paula, Karl, Anna Bense.

Die Beerdigung findet am Sonntag, 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes Friedrichs-felde aus statt, nicht Central-Friedhof.

Deutscher Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin).

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bauanschläger

Adolf Fibiger

am 2. d. M. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Lazarus-Kirchhof, Wilhelmberg, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 111/6 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am Dienstag, den 2. Februar, verstarb infolge eines Unfalles mein lieber Mann, der Fuhrer

August Arndt

im Alter von 56 Jahren. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Schönleinstr. 15 aus nach dem alten Thomas-Kirchhof, Hermannstraße, statt. 153/6 Marie Arndt.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes 155/6 Richard Dochow meinen herzlichsten Dank. Edith Therese Dochow.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen

Verwaltungsstelle Berlin A. Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser

Gotthelf Gosslar

am 2. Februar verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Lützen-Kirchhofs in der Bergmannstraße aus statt. 152/2 Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Centralverband der Tonler Filiale Berlin.

Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 3. Februar, verstarb unser Mitglied

Paul Knack.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 7. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedens-Kirchhofes, Nieder-Schönhausen-Kirchhof, aus statt. 150/4 Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Gut's-Ruh-Butter.

Liefere loco 10 Pf.-Koll 7,50 M., gute Bauernbutter 6,50 M., 6 Pf. Koll 4,25 M. u. 3,80 M., 10 Pf. Dose H. Stärenhonig 3,80 M., 1/2 Butter, 1/2 Honig 5,- M. J. L. Schaefer, Buznoz No. 37 via Edl.

Stenographie

Stolze-Schrey. Unterrichtsstunden finden statt: Freitag, 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gruppe, Annenstr. 16. Sonntag, 7. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Rottschy, Reichendergerstr. 19, am Rottbuscher Thor. Unterrichtsgeld 6 Mark inkl. Lehrmittel. Die erste Stunde ist frei. Für Fortgeschrittene findet jeden Freitagabend bei Gruppe, Annenstr. 16, Übungsstunden statt. 127/25

Gewerkchaftliches.

Für die Opfer der Ausperrung in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:
Glaseri Kriegerli 185. Rahmenmacher von Schner 2. Tischlerei...

3. 2 3.15. 4. Blauweiss-Fabrik. St. Krüger, 3. Rate 22.20. 11. Tischlerei Koppmann, Rottbiber Ufer 6.90. 12. 8.30. 13. Tischlerei...
Tischlerei, Kriegerli, 4. Rate 11.60. 15. 3.20. 56. Tischlerei v. Schner...

1. Jeder Raum, in dem zwei und mehr Personen im Auftrage und auf Rechnung eines Dritten mit der Zurechtung, Aufzucht, Aufzucht, Ausbesserung und Reinigung von Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidungsgegenständen, Wäsche, Woll- und Wollewaren, Korsetts, Bandagen, Spitzen, Strickwaren und Tapfereien, Handarbeiten, Hüte, Hüben, Pelz- und Rauchwaren, künstliche Blumen und Kunstfedern, Schuhwaren aller Art, Cigaretten, Cigaretten und sonstige Tabakfabrikate, Holz- und Spielwaren jeglicher Art, Galanterie- und Luxusartikel, sowie Produkten der Kleinindustrie beschäftigt sind, darf weder zum Kochen, noch zum Schlafen, noch als Krankenzimmer benutzt werden.
2. Für die Durchführung dieser Vorschrift, sowie aller von der Gesundheitsbehörde angeordneten Maßnahmen ist sowohl der Heimarbeiters-Inspektor als der Hausbesitzer resp. Vermieter der von den Heimarbeitern demnächst Vertretung zu machen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Sonnabend, 6. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Königl. Opern-Theater.
Hidello.
Schauspielhaus. Wenn wir altern.
Die Schule der Weiber.
Der Schatzkammer.
Deutsches. Rosella & Andrea.
Berliner. Stella und Antonio.
Festung. Japanisch.
Weiten. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues. Minna von Barnhelm.
Neuburg. Die Empfehlung. Der deutsche Casimir.
Central. Das Schwalbennest.
Nachm. 4 Uhr: Der gestiefelte Kater.
Thalia. Guido Thielscher als Hochtourist.
Velle. Alliance. Götterweiber.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Ballen-Theater.)
Uriel Kocsa.
Schiller N. (Biederich-Wilhelmshild.)
Die Kinder der Exzellenz.
Sullen. Die goldene Eva.
Kleines. Rastplatz.
Trianon. Madame X.
Carl Weis. Der Alte kommt.
Nachm. 4 Uhr: Robinson Crusoe.
Metropol. Durchlaucht Radiessen.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Cafino. Wie einst im Mai. Baderbrüder.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Gedr. Herrnsfeld. Nur eine Nacht.
Festung-Theater. Entführung.
Specialitäten. Anfang 5 Uhr.
Apollo. Frühlingluft. Blütenhochzeit.
Wintergarten. Cléo de Mérode. Specialitäten.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Um 4 Uhr (kleine Preise):
An den Seen Oberitaliens.
Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.
Hörsaal: Prof. Dr. Müller: „Die Erzeugung der lebendigen Substanz durch die Pflanze.“
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Ein Naturwunder:
Die bildschönen
Herkules-Brüder
Der Indianer-Riese Mianko Karoo.
Deutsch-Amerikanisches Theater.
Heute: Köpniokerstrasse 67.
Zum Anfang 8 Uhr.
Ende 10 Uhr 30 Min.
GASTSPIEL
Ad. Philipp.
Ueborn grossen
TEICH.
Male:
164.
Metropol-Theater
Durchlaucht Radiessen!
Paraske Ausstattungspisze mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Scene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Central-Theater.
Heute nachmittag 4 Uhr, halbe Preise.
Jeder Erwachsene ein Kind mit einem Eintritt frei: Der gestiefelte Kater.
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten v. H. Ordonneau.
Musik von Henry Heibin.
Sonnabend, 8 Uhr halbe Preise:
Die Geisha.
Ab. 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a-5.
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Residenz-Theater
Direktion G. Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Empfehlung.
Abends 8 Uhr:
Der deutsche Casimir.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die goldene Eva.
Sonnabend, 8 Uhr:
Die goldene Eva.
Sonnabend, 8 Uhr:
Montag: Die relegierten Studenten.
Dienstag: Die Baixe aus Lonsod.
Mittwoch: Die goldene Eva.
Donnerstag: Der Weihenreifer.
Freitag zum erstenmal: Minna von Barnhelm.

Apollo-Theater.
8 Uhr:
Frühlingsluft
mit dem Blütenhochzeit.
Ballett.
9 1/2 Uhr:
Das glänzende Februar-Programm.
Robert Steidl
mit neuem lustigen Repertoire.
Josuary, Akrobaten.
Drei Zagan, Luftakt.
Debut! Nordini!
Martin Kettner, Humorist.
Legay, französischer Tänzer.
Morris Cronin, Jongleur-Akt.
Meisters Kosmograph. Neus Bilder.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, 7 Uhr.

Bernhard Rose-Theater
Gelanddrummen, Badstraße 58.
Heute: Keine Vorstellung.
Morgen Sonntag, den 7. Februar etc., nachmittags 3 Uhr:
Mutterliebe.
Abends 7 Uhr:
Der Walzerkönig.
Nach der Vorstellung:
Grosser Ball.

Palast-Theater
Burgstraße 22, früher Foon-Palast.
Heute abend 8 1/2 Uhr:
Das Millionenmäd.
Am Spezialitäten:
Signora Ernesto mit ihrem mysteriösen Geliebten.
Lilli Erlston, Kostüm-Soubrette.
Osamando u. Ann, Trapez- u. Kraftakt.
Mr. C. Jürgensen, Mimiker.
Les Raffabie, Duo-Landschaftsmaler.
Morgen nachmittags 3 Uhr: Erste Vorstellung. Halbe Rassenpreise.
Deborah. Abends 8 Uhr: **Das Millionenmäd.**
Socher Sonnet und Luftreiter der ersten Specialitäten.
Anfang Sonntag, 8. Febr., 7 1/2 Uhr.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Privatfeiern
geschlossen.
Sonnabend:
Ein gemachter Mann.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ball.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132
Oranienburger Theater.
Niedererfolg:
Das teure Vaterhaus.
Dramolet von Fritz Steidl.
Vollständig neues Programm.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
„Pas des Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Sgr. Corutti.
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.
Sisters Mueller Reckturnerinnen.
Brothers Damm Exzentrische Akrobaten.
Paul Batty Dressierte Bären.
O'Neil und Terry Excentrics.
Dora Kepplinger Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.
Costantino Bernardi
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.
Georg Hartmann Zauberkünstler.
Athleta & Brada Kraftproduktion.
Cléo de Mérode Biograph.

Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, 7 Uhr.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 12/13. Amt IV 4440.
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction Jean Kron
Heute und folgende Tage:
Guido Thielscher als Hochtourist.
Sonnabend 8 1/2 Uhr: Charleys Tante.
Dienstag, d. 6. u. Donnerstag, d. 11.
Gastspiel Isadora Duncan.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Anf. 7 1/2 Uhr. Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage:
Götterweiber.
Kassations-Burleske in 3 Aufzügen
mit Gesang und Tanz.
Sonnabend, 8 Uhr: Maria Stuart.

Cirkus Schumann.
Nur kurze Gastspiel.
Einzig und allein dasehendes Naturwunder der Zeit.
Der Chimpanse gen. Consul.
Phänomenale Löwendressur 25 Löwen des Herrn
Ruberhem: **Riesen-Programm.**
BABEL. Grosse Ausstattungs-Pantomime.
Sonnabend in beiden Vorstell. der Chimpanse gen. Consul.
Nachmittags: Pierrots Weihnachten. Abends: Babel.

Passage-Theater.
Anfang Sonntag, 3. Wechentags 6 Uhr.
Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Die neue Sensation Berlins:
To To, der mysteriöse Musiker.
Fred Edlawi, d. beste Verwandlungskünstler, schneller als der Blitz.
Madge u. Nelly Perry, die reizend. Amerikanerinnen.
14 erstklassige Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater
H. Puhmann, Schönhauser Allee 148.
Sonnabend, 8 Uhr:
Norddeutsche Sänger.
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Grosser Ball.
Entree 30 Pf. Speerisch 50 Pf.
Montag 8 1/2 Uhr: Gastspiel des
Burmestroschen Goethe-Ensembles.
Gebrüder

Herrnsfeld-Theater. Sonntags 8 Uhr.
Die amerikan. erfolgreichste Noctül
Nur eine Nacht!
2 Akte aus einer Ehe.
Komödie von A. und O. Herrnsfeld
mit den Hauptfiguren
Will Waldheim... Donat Herrnsfeld.
Tuschek... Anton Herrnsfeld.
Dambitsch... Ferd. Grünecker.
Bermer: Das neue Februar-Künstler-Programm.
Lyrico-Quartett, Italienisches Opern-Ensemble, 5 Schwestern Longonelli in ihren Orig.-Gesängen u. Tänzen.
Harka Freya. — Hilda Stadthagen.
Neu! Neu!
Bendix
als „**Monna Vanna**“.
Sonnabend 11-12 Uhr.

Carl Weiss-Theater.
Grosse Frankfurter Straße 132.
Nachmittags 4 Uhr: Abendvorstellung.
Keine Preise: Robinson Crusoe.
Abends 8 Uhr:
Der Alte kommt!
Bauders-Operette in 3 Akten von Max Feldberg und Max Lortzow.
Morgen nachmittags 3 Uhr (Partei 60 Pf.): Hse Römer. Ab. 7 1/2 Uhr: Der Alte kommt.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Heute wegen Privatfeiern
geschlossen.
Sonnabend:
Ein gemachter Mann.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ball.

Steidl-Theater
Linienstrasse 132
Oranienburger Theater.
Niedererfolg:
Das teure Vaterhaus.
Dramolet von Fritz Steidl.
Vollständig neues Programm.

WINTERGARTEN
Neues Programm:
„Pas des Deux“ getanzt von Sign. Fiorentini u. Sgr. Corutti.
Kaufmann-Truppe Weibl. Radfahrer.
Sisters Mueller Reckturnerinnen.
Brothers Damm Exzentrische Akrobaten.
Paul Batty Dressierte Bären.
O'Neil und Terry Excentrics.
Dora Kepplinger Sängerin vom k. k. priv. Theater a. d. Wien.
Costantino Bernardi
In einer Komödie mit 9 Personen v. Bernardi allein dargestellt.
Georg Hartmann Zauberkünstler.
Athleta & Brada Kraftproduktion.
Cléo de Mérode Biograph.

Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend, 7 Uhr.

Cirkus Busch.
IX. Berliner Saison.
Parade-Gala-Vorstellung.
Nur noch kurze Zeit!
Wunder-Dressur des
Herrn Richard Sawade mit seinen
wilden Königstigern.
Der Burkhardt-Footist auf Neapolitano
Gaja, Kippianer Hengst
von Neapolitano Trompeta a. d.
Soja v. Pluto. Fräulein Martha
Mohrke auf Alka Sabory, Kippianer
Hengst, erworben von der
k. k. spanischen Hofreitschule in
Wien. Alle 40 Kolstein auf ihrem
irrefährlichen Springpferd Milton.
Zum Schluss zum 40. Male:
Aus den Alpen.
Bemerkenswert:
Der Automobilsturz.
Kais. Sonntag, 7. Februar:
Speziell Vorstellungen: Nachmittags
4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. In
beiden Vorst.: Wunderdressur des
Herrn Richard Sawade mit seinen
wilden Königstigern.

Königstadt-Kasino
Holzmärkerstr. 72, Ecke Alexanderstrasse.
Täglich:
Franz Sobanski.
Die neuen Specialitäten mit
Hedwig Döring.
Zum Schluss die **Der Polack.**
Gefangenschaft.
Nach der Vorstellung: **Mittwoch,**
Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Sofatisch-Fabrik in Frankfurt
halber billig zu
verkauften Käsegerichte 9. Minner.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Rixdorf
Vereinslokal: **H. Thiel, Bergstrasse 151/152**
Sonnabend, den 7. Februar, abends 6 Uhr
(nicht 8 Uhr): Vortrag des Herrn **M. H. Baegz.**

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlichst einladen, recht zahlreich zu erscheinen.
Eintrittskarten a 50 Pf. sind vorher bei den unterzeichneten Komitee-
mitgliedern zu haben: **Reich, Hoffmann, 22; Post, 22; Schulz, 109,**
5. Aufgang 2 Treppen; Jahn, Hedemir, 10, I. Etage, 2 Tr.; Hagen-
stein, Colmsht, 21, Seitenstr. 3 Tr.; Saxon, Kollnien-allee 12;
3 mm, Schreiner, 50, 2. Aufg. 3 Tr.; Giese, Waldemarstr. 49, vorn
partiere; außerdem bei den Mitgliedern Herrn Babelow, Lange-
straße 13 im Restaurant, und Drunzel, Bismarckstr. 61, Seitenstr. 3 Tr.
Anfang 8 1/2 Uhr. Das Komitee.

Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.
Eingetretener Umstände halber findet der schon bekannt gemachte
Maskenball nicht am 20., sondern schon am **13. Februar**
statt in den Geläumräumen der **Opern- u. Schauspiel-Theater**, Schönhauser
Allee (am Schönhauser Thor), wozu wir die Mitglieder, Freunde und
Gönner unseres Vereins freundlich